



Institut für Arbeits-, Organisations- und Gesundheitspsychologie
(WE 10) der Freien Universität Berlin

Fachbereich 12: Erziehungswissenschaft, Psychologie und
Sportwissenschaft, Studiengang Psychologie

Diplomarbeit

Subjektive Vorstellungen zur Ökologischen Steuerreform bei meinungsbildenden Personen im öffentlichen Diskurs

Vorgelegt von:

Malte Schophaus

Betreuer / Erstgutachter: Prof. Dr. Ernst-H. Hoff
Zweitgutachter: Prof. Dr. Detlev Liepmann

Berlin, März 2000

Inhaltsverzeichnis

1 EINLEITUNG	4
2 DIE ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM	8
2.1 GESCHICHTE	8
2.2 KONZEPT UND AKTUELLE GESETZESLAGE	9
2.3 ÖSR UND NACHHALTIGE ENTWICKLUNG	12
3 MEINUNGSUMFRAGEN ZUR ÖKOSTEUER-REFORM	15
4 THEORETISCHE GRUNDLAGEN DER "SUBJEKTIVEN VORSTELLUNGEN ZUM ÖKOSTEUER-DISKURS"	23
4.1 "WISSENSCHAFTLICHES" VERSUS "SUBJEKTIVES" WISSEN	24
4.2 PSYCHOLOGIE SUBJEKTIVEN WISSENS	27
4.3 SOZIOLOGIE SUBJEKTIVEN WISSENS	29
4.4 DAS "FORSCHUNGSPROGRAMM SUBJEKTIVE THEORIEN" NACH GROEBEN/SCHEELE	32
4.4.1 Entwicklung des Forschungsbereiches Subjektive Theorien	33
4.4.2 Definition der "Subjektiven Theorien" nach Groeben/Scheele	34
4.4.3 Das "dialog-konsenstheoretische Wahrheitskriterium" nach Groeben/Scheele	35
4.4.4 Implikationen für das Menschenbild und normativer Anspruch	36
4.5 EXPLIKATION DER "SUBJEKTIVEN VORSTELLUNGEN ZUM ÖKOSTEUER-DISKURS"	38
4.5.1 Das Entstehen von subjektivem Wissen im öffentlichen Diskurs	39
5 PRÄZISIERUNG DER FRAGESTELLUNG	43
6 DIE UNTERSUCHUNG	46
6.1 ERHEBUNGSMETHODE	46
6.1.1 Zur Wahl der Methode	46
6.1.2 Das leitfadenorientierte (Experten-)Interview	48
6.1.3 Der Interviewleitfaden	52
6.2 DIE DURCHFÜHRUNG DER UNTERSUCHUNG	53
6.2.1 Die Auswahl der Interviewpartner	53
6.2.2 Die Durchführung der Interviews	56
6.3 DIE AUSWERTUNG	57
6.3.1 Zur Transkription und Dokumentation der Interviews	58
6.3.2 Computergestützte Auswertung der Interviews	58
6.3.3 Das Vorgehen bei der Auswertung	59
6.3.4 Argumentative Validierung	65

7	ERGEBNISSE: SUBJEKTIVE VORSTELLUNGEN ZUM ÖKOSTEUER-DISKURS	67
7.1	ERKLÄRUNG: DER ÖKOSTEUER-DISKURS AUS SUBJEKTIVER SICHT DER AKTEURE.....	68
7.1.1	Erklärung und Bewertung des ÖSR-Konzeptes.....	69
7.1.1.1	Die ÖSR aus Sicht des "ökonomischen ÖSR-Gegners"	70
7.1.1.2	Die ÖSR aus Sicht des "ökologisch-ökonomischen ÖSR-Befürworters"	72
7.1.1.3	Die ÖSR aus Sicht des "sozialen ÖSR-Gegners"	78
7.1.2	Erklärung und Bewertung des öffentlichen Diskurses	82
7.1.2.1	Der öffentliche Diskurs aus "expertokratischer Sicht"	84
7.1.2.2	Der öffentliche Diskurs aus "konventioneller parlamentarisch-demokratischer Sicht"	86
7.1.2.3	Der öffentliche Diskurs aus "basisdemokratischer Sicht"	92
7.1.3	Zusammenhang zwischen den Vorstellungsmustern zum ÖSR-Konzept und zum öffentlichen Diskurs	94
7.1.3.1	Die "Wachstums-Rationalität"	95
7.1.3.2	Die "win-win - Rationalität"	95
7.1.3.3	Die "egalitäre Rationalität"	96
7.1.3.4	Anmerkungen zur Typenbildung.....	97
7.2	PROGNOSE: SUBJEKTIVE VORSTELLUNGEN ÜBER DIE ZUKUNFT DES ÖSR-DISKURSES	100
7.2.1	Vier Zukunftsszenarien des Ökosteuere-Diskurses	100
7.2.1.1	Zukunftsszenario aus Sicht der "Wachstums-Rationalität": Zunahme des öffentlichen Diskurses ist hinderlich für die ÖSR	101
7.2.1.2	Zwei Zukunftsszenarien aus Sicht der "win-win - Rationalität": Sowohl Zu- als auch Abnahme des öffentlichen Diskurses können förderlich für die ÖSR sein	102
7.2.1.3	Zukunftsszenario aus Sicht der "egalitären Rationalität": Abnahme des öffentlichen Diskurses ist hinderlich für die ÖSR	103
7.3	TECHNOLOGIE: SUBJEKTIVE VORSTELLUNGEN ÜBER ERFOLGSBEDINGUNGEN UND VERBESSERUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR DEN ÖSR-DISKURS	105
7.3.1	Verbesserungsmöglichkeiten aus Sicht der "Wachstums-Rationalität"	106
7.3.2	Verbesserungsmöglichkeiten aus Sicht der "win-win - Rationalität"	109
7.3.3	Verbesserungsmöglichkeiten aus Sicht der "egalitären Rationalität"	114
7.4	ZUSAMMENFASSUNG UND POINTIERUNG DER AKTEURS-TYPOLOGIE	116
7.4.1	Typus 1: Die "Wachstums - Rationalität"	116
7.4.2	Typus 2: Die "win-win - Rationalität"	118
7.4.3	Typus 3: Die "egalitäre Rationalität"	119
8	DISKUSSION UND AUSBLICK	122
8.1	DIE DISKURSARENA IM LICHT DER NACHHALTIGKEIT	122
8.2	DER ÖFFENTLICHE DISKURS ALS ERFOLGSFAKTOR FÜR DEN UMWELTSCHUTZ	126
8.3	DIE SOZIALWISSENSCHAFTEN IN DER POLITIKBERATUNG	128
8.4	AUSBLICK	129
9	ZUSAMMENFASSUNG	131
10	LITERATUR	132
ANHANG		

1 Einleitung

Die Ökologische Steuerreform (ÖSR) wird seit mittlerweile 20 Jahren als eines der zukunftssträchtigen Umweltschutzinstrumente diskutiert. Bereits 1994 brachten alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppen - Parteien, Gewerkschaften, Unternehmensverbände, Umweltverbände - eigene ÖSR-Vorschläge in die öffentliche Diskussion ein. Zahlreiche wirtschaftswissenschaftliche Studien haben positive arbeitspolitische und umweltpolitische Effekte vorausgesagt. Befürworter beziehen sich auf Erfolgsgeschichten von Ökosteuern in europäischen Nachbarländern wie Dänemark und Großbritannien.

Dennoch spiegelt der öffentliche Diskurs (ÖD) zur ÖSR in Deutschland ein anderes Bild wider. Die Debatte ist von scharfer Kritik an der ÖSR und von Uneinigkeiten bei den Befürwortern geprägt. Was bleibt, ist ein umstrittener Einstieg in eine ÖSR, die allgemein als halbherzig gilt. Laut Umfragen überwiegt die ablehnende Stimmung in der Bevölkerung (vgl. Kap. 3). Immer weitere Nachbesserungen des Gesetzes machen die ÖSR für die Öffentlichkeit unübersichtlich.

Wie auch immer man die ÖSR in der jetzigen Form und der zukünftigen Entwicklung der weiteren Stufen bewertet, die Reibungsverluste in der Umweltpolitik gehen letztendlich auf Kosten der Umwelt. Umweltziele können nicht eingehalten werden. Um die Klimaschutzziele der Bundesregierung zu erreichen, nämlich den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2005 um 25 Prozent gegenüber 1990 zu senken, bräuchte man eine ÖSR in etwa 2,5 facher Höhe. Das Ziel der nachhaltigen Entwicklung - auch für die zukünftigen Generationen eine langfristige Lebensgrundlage auf unserem Planeten sicherzustellen - ist weiterhin gefährdet.

Um diese Reibungsverluste im umweltpolitischen Prozeß zu verstehen und letztendlich verringern zu können, bemüht sich die vorliegende Untersuchung, einen Beitrag zur stärkeren Einbeziehung sozialwissenschaftlicher Forschung in den Planungs- und Umsetzungsprozeß zu leisten. Das Ziel der Untersuchung ist die Suche nach Bedingungen für einen öffentlichen Diskurs, der die Entwicklung einer möglichst "idealen" ÖSR vorantreiben könnte. Hinter dieser "idealen" ÖSR steht kein konkretes Modell, das favorisiert wird. Es muß also unterschieden werden zwischen dem 1999 beschlossenen ÖSR-Gesetz und der generellen Idee einer ÖSR, die in ganz unterschiedlichen Ausformungen denkbar ist und auch bereits in zahlreichen Ländern in sehr unterschiedlichen Formen zur Anwendung kommt. So geht es vielmehr um das Verständnis der Bedingungen für den Entwicklungsprozess einer (noch) hypothetischen Ökosteuer, deren Profil sich erst durch den sozialen Austausch im öffentlichen

Diskurs herausbildet. Die Systematisierung des Diskurses durch die Bildung einer Akteurstypologie soll zu diesem Verständnis beitragen.

Die wissenschaftliche Bearbeitung und Begleitung der ÖSR fiel bislang maßgeblich in den Bereich der Wirtschaftswissenschaften. Es bleibt aber ein Defizit an Wissen über subjektive Vorstellungen, Wahrnehmungen, Wirklichkeitskonstruktionen der beteiligten Personen. Damit sind Personen gemeint, die an der Konzeption und an politischen Entscheidungen zur ÖSR beteiligt sind, die sich an der Diskussion in der Öffentlichkeit beteiligen, aber auch alle diejenigen, die letztendlich von dem Gesetz in irgendeiner Weise betroffen sind.

Hieraus ergeben sich hinsichtlich der Implementation ökologischer Instrumente wie der ÖSR große Erkenntnisdefizite (vgl. Homburg, 1995). Politische Entscheidungen berufen sich nicht nur auf (wirtschafts)wissenschaftliche Erkenntnisse. Wenn zur Lösung eines gesellschaftlichen Problems wie der Umweltkrise eine Intervention eingeleitet werden soll, bedarf es ebenso der Erfassung subjektiver, vorwissenschaftlicher Wissensstrukturen der beteiligten Menschen. Jede Form von Intervention - somit auch die Implementation der ÖSR - ist auf das Wissen über die konstruierte Wirklichkeit der Individuen angewiesen. Denn erst dieses Wissen ermöglicht eine erfolgreiche Kommunikation und Umsetzung von Lösungsansätzen im Bereich der Umweltpolitik. Dies gilt besonders, wenn es um die Akzeptanz von Planungs- oder Implementierungsmaßnahmen geht (vgl. Homburg, 1995: 68ff.).

Ein plakatives Beispiel für die Bedeutung subjektiven Wissens ist die Höhe der Mineralölbesteuerung im Zuge der ÖSR. Die Festlegung einer wirkungsvollen Steuererhöhung müßte sich idealerweise an mindestens zwei Kriterien orientieren:

1. An (wirtschafts)wissenschaftlichen Modellen, die Vorhersagen darüber anbieten, wie hoch eine Steuer rechnerisch angesetzt sein muß, um die gewünschte ökologische und arbeitspolitische Lenkungswirkung zu erlangen.
2. An den subjektiven Vorstellungen der Beteiligten - Steuerzahler und Akteure - über Sinn und Wirksamkeit der Steuer und der davon beeinflussten Bereitschaft, die Steuer in einer bestimmten Höhe zu zahlen.

Im Falle der zum 1. April 1999 eingeführten ÖSR, die u.a. die Mineralölsteuer um sechs Pfennig an hob, sind beide Kriterien unbeachtet geblieben. Die beliebige Erhöhung von sechs Pfennig wurde durch den damaligen Niedersächsischen Ministerpräsidenten Schröder zusammenhangslos in den öffentlichen Diskurs eingebracht und konnte dann scheinbar nicht mehr korrigiert werden. Die *Bild am Sonntag* titelte: "Schröder: Erstes Machtwort: Benzin

nicht mehr als 6 Pfennige teurer!" (4.10.1998). Lafontaine (1999) dagegen kritisierte: "Die Festlegung auf sechs Pfennige war unter keinem Gesichtspunkt vertretbar" (S. 164). An diesem Beispiel zeigt sich, daß diese Art Entscheidungen nicht ausschließlich von wissenschaftlichem Wissen geleitet sind, sondern ebenfalls von subjektiven Vorstellungen der Akteure abhängen. Das ist in der Öffentlichkeit auch durchaus bekannt, was die Bezeichnung der sechs Pfennig - Entscheidung als "Machtwort" oder als "rational unvertretbar" deutlich macht. Bei der Entscheidung über die Höhe der Mineralölsteuer könnten z.B. subjektive Vorstellungen darüber eine Rolle gespielt haben, wie die Akzeptanz und Zahlungsbereitschaft in der Bevölkerung aussieht; die Einschätzung, wie die Medien über so eine Steuererhöhung berichten; welche Rolle die Automobilindustrie für die deutsche Wirtschaft spielt; oder die Vorstellung darüber, wie Interessen im Bundestagswahlkampf durchgesetzt werden können.

In dieser Hinsicht ist die Konzeption und die Implementationsstrategie der ÖSR verkürzt. Es fehlt die Integration von folgenden zwei Erkenntnisquellen:

- von ökonomischem Wissen über die Konzeption der ÖSR und
- von sozialwissenschaftlichem¹ Wissen über das Alltagsdenken der beteiligten Menschen hinsichtlich der ÖSR.

Um diesen komplexen Einflüssen auf umweltpolitische Interventionen Rechnung zu tragen, werden hier subjektive Vorstellungen von Akteuren zum Ökosteuer-Diskurs untersucht. Das Forschungsinteresse kreist um die Frage, wie sich ein umweltpolitisches Instrument wie die ÖSR konzeptionieren und implementieren läßt, so daß es im Sinne der nachhaltigen Entwicklung² wirkt. In dieser Arbeit sollen dazu subjektive Sichtweisen beteiligter Personen betrachtet werden. Die Literatur bietet dazu maßgeblich Ergebnisse aus der demoskopischen Forschung. Diese verschaffen aber nur einen sehr groben Überblick über die Einstellung der Bevölkerung zur ÖSR. Um die Sichtweisen der Personen auf die ÖSR zu begreifen, scheint es angemessen, über die Einstellungsforschung hinaus auch die zugrundeliegenden subjektiven Vorstellungsmuster meinungsbildender Akteure im Ökosteuer-Diskurs zu untersuchen. Daraus ergeben sich die zwei folgenden Forschungsfragen:

¹ Ich verwende hier den engen, im deutschen Sprachraum üblichen Begriff von Sozialwissenschaften, der die Wirtschaftswissenschaften nicht umfaßt (wie es hingegen etwa die UNESCO-Definition tut).

² Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung ist generell positiv besetzt, wird aber m.E. häufig in unreflektierter und vereinfachter Weise benutzt und teilweise gar als "politisch korrekter" Begriff instrumentalisiert, um hinter dieser Fassade beispielsweise doch die Machtverhältnisse zwischen Industriestaaten und "dritter" Welt aufrecht zu erhalten. Die Kritik am Begriff der Nachhaltigkeit kann in diesem Rahmen leider nicht diskutiert werden. Verwiesen sei hier aber auf die kritische Diskussion des Themas bei Spehr (1996).

- Welche subjektiven Vorstellungen haben meinungsbildende Akteure über den Ökosteuer-Diskurs?

Weiter interessieren Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Denken der Akteure. Daraus ergibt sich die weitere Frage:

- Nach welchen gemeinsamen Vorstellungen lassen sich einzelne Akteure in Akteursgruppen zusammenfassen?

Der Auswahl der meinungsbildenden Akteure als Zielgruppe liegt die Annahme zugrunde, daß eine begrenzte Anzahl von Akteuren den öffentlichen Diskurs maßgeblich beeinflussen und somit stark das Bild der ÖSR in Deutschland prägen.

Die vorliegende Diplomarbeit gliedert sich in folgende Teile:

Zunächst wird das Konzept der Ökologischen Steuerreform dargestellt (Kap. 2). Dazu gehört ein kurzer geschichtlicher Abriss der Entwicklung des Ökosteuer-Diskurses und seine Einbettung in das Leitbild der Nachhaltigkeit. In Kapitel 3 werden Ergebnisse von Bevölkerungsumfragen zur Bekanntheit und Akzeptanz der ÖSR referiert, die einen Eindruck über die Stimmung zur ÖSR in Deutschland vermitteln sollen. Der Theorieteil (Kap. 4) befaßt sich mit subjektivem Wissen. Daraus geht das der empirischen Untersuchung zugrunde liegende Konzept der "Subjektiven Vorstellungen zum Ökosteuer-Diskurs" hervor. Dieses Konzept basiert auf der Forschung zu subjektiven Theorien. Zur theoretischen Einbettung wird zuvor "subjektives" Wissen von "wissenschaftlichem" Wissen abgegrenzt und dann aus psychologischer und soziologischer Perspektive beleuchtet. Auf Grundlage der dargestellten Theorie wird in Kapitel 5 die Fragestellung der Untersuchung präzisiert. Der Methodenteil umfaßt die Beschreibung der Erhebungsmethode sowie des Zugangs zur Stichprobe. Weiterhin werden Auswertungsmethoden zur Rekonstruktion subjektiver Vorstellungen und zur Bildung von Idealtypen erläutert (Kap. 6). Der Ergebnisteil (Kap. 7) gliedert sich entsprechend der drei Strukturelemente von subjektiven Theorien: Erklärung, Prognose und Technologie (Handlungsannahmen). Hier werden die subjektiven Vorstellungen der Akteure zum Ökosteuer-Diskurs dargestellt. Anhand der Akteursvorstellungen zum ÖSR-Konzept und zum öffentlichen Diskurs wird jeweils eine Typologie gebildet. Diese zwei Typologien werden zu einer umgreifenden Akteurstypologie integriert, deren drei Idealtypen am Ende des Kapitels zusammenfassend dargestellt werden. Den Abschluß der Arbeit bildet die Diskussion der Ergebnisse und ein Ausblick auf künftigen Forschungsbedarf (Kap. 8).

2 Die Ökologische Steuerreform

2.1 Geschichte

Der Grundstein für die Idee einer Umweltsteuer wurde schon 1920 von dem britischen Ökonomen Arthur Cecil Pigou gelegt. Pigou (1920) wollte die Wirtschaft über Steuern in eine umweltverträgliche Richtung lenken.

Als Vater der "Ökologischen Steuerreform" (ÖSR), die vielfach abgewandelt zum April 1999 gesetzlich in Deutschland eingeführt wurde, gilt der Schweizer Ökonom Hans Christoph Binswanger. Schon Ende der 70er Jahre schlug er in der Publikation "Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung" (Binswanger, Geissberger & Ginsburg, 1979) eine dynamisch ansteigende Energiesteuer vor (erstes Jahr zwei Prozent, zweites Jahr vier Prozent, usw.). Das Aufkommen sollte für eine "Politik der Energiebegrenzung" benutzt werden, also beispielsweise zur Förderung von alternativen Energien und öffentlichem Nahverkehr.

Die Basis für das heutige ÖSR-Konzept schuf Binswanger in seinem 1983 vom BUND herausgegebenen Buch "Arbeit ohne Umweltzerstörung" (Binswanger et al., 1983). Nun sollte das Aufkommen aus einer Energiesteuer zur Rentenfinanzierung herangezogen werden, um somit die Arbeitskosten zu senken.

Nach der Entwicklung der Grundidee legte das Heidelberger Umwelt- und Prognose-Institut (UPI, 1988) die erste umfassende Konzeption für eine Ökologische Steuerreform vor. Das UPI-Konzept betrachtete eine ganze Reihe ökologischer Probleme und sah zwölf neue Umweltsteuern auf insgesamt 35 umweltbelastende Produkte vor - von Atomstrom über Benzin bis hin zu Waschmitteln und Streusalz. Das Steueraufkommen sollte etwa durch eine Streichung der Mehrwertsteuer zurückgegeben werden. Das Gutachten löste eine breite Debatte aus. Weitere Konzepte, wie zum Beispiel das von Ernst Ulrich von Weizsäcker (1988/89), wurden vorgelegt. Auch politische Parteien konnten sich nicht entziehen. Alle Parteien hatten in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 1990 verschiedene Öko-Abgaben vorgeschlagen. Viele vermuten, daß ohne die Wiedervereinigung, die die ÖSR-Debatte in den Hintergrund rückte, die Chance für die Einführung einer ÖSR schon zu dem Zeitpunkt gut gewesen wäre. Die ÖSR-Debatte brach jedoch vorläufig ab, nachdem ein Gesetzentwurf für eine Kohlendioxid-Abgabe des damaligen Umweltministers Klaus Töpfer 1991 im Zuge der Wiedervereinigung vom damaligen Wirtschaftsminister Jürgen Müllemann gekippt wurde (vgl. Krebs & Reiche, 1998, S. 24).

Die Diskussion wurde durch das 1994 von Greenpeace beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Auftrag gegebene Gutachten (DIW, 1994) neu entfacht. Somit waren es die Umweltverbände, die die zweite Phase der ÖSR-Debatte einleiteten. Das DIW-Gutachten sah eine jährlich um sieben Prozent steigende Energiesteuer vor und versprach durch eine gleichzeitige Absenkung der Lohnnebenkosten die Schaffung von rund 300.000 bis 800.000 neuen Arbeitsplätze in zehn Jahren. Im Anschluß an das DIW-Gutachten brachten alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppen - Parteien, Gewerkschaften, Unternehmens- und Umweltverbände - eigene ÖSR-Vorschläge in die Diskussion ein (vgl. Krebs & Reiche, 1998, S. 25).

Trotz eigener Konzepte der FDP und mehrerer ÖSR-Befürworter in den ehemaligen Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP - wie zum Beispiel Wolfgang Schäuble - legte sich die Koalition auf ein "Nein" zu den Ökosteuer-Plänen fest. Die FDP hatte sich mit dem Generalsekretär Guido Westerwelle das Image einer "Steuersenkungspartei" gegeben. Der damalige Kanzler Helmut Kohl war beeinflusst von massiver Ablehnung der Steuer durch die Industrie, die über den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) immer stärker in die öffentliche Debatte eingriff.

Innerhalb der SPD gingen die Meinungen zur ÖSR auseinander. Besonders der damalige niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder hat die grundsätzlich befürwortende Haltung seiner Partei gegenüber der ÖSR angegriffen. Bündnis 90/Die Grünen als parlamentarischer Vorreiter haben zunächst großen Widerstand besonders in der Industrie erzeugt. Die Grüne Bundestagsfraktion hat sich dann aber mit Ihren Vorschlägen für Ausnahmeregelungen für energieintensive Branchen Respekt verschafft.

Im Zuge des Bundestagswahlkampfes 1998 und dem umstrittenen Beschluß von Bündnis 90/Die Grünen, den Benzinpreis schrittweise und langfristig (über zehn Jahre) auf fünf Mark zu erhöhen, ist die Thematik wieder verstärkt in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt (vgl. Krebs & Reiche, 1999, S. 207ff.). Mit der Wahl der neuen Bundesregierung und der Bildung der rot-grünen Koalition war endgültig grünes Licht für die ÖSR gegeben.

2.2 Konzept und aktuelle Gesetzeslage

Seit dem 1. April 1999 ist die erste Stufe der ÖSR in Kraft. Das Grundprinzip ist einfach: Der Energie- und Ressourcenverbrauch wird verteuert, dafür werden die Arbeitskosten gesenkt. Durch die Kopplung der Faktoren Umwelt und Arbeit ist die ÖSR aufkommensneutral

gestaltet. Durch die höheren Preise soll der Anreiz gesetzt werden, weniger Rohstoffe zu verbrauchen. Gleichzeitig sollen mit dem Steueraufkommen aus der ÖSR die Rentenversicherungsbeiträge gesenkt werden und dadurch sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber entlastet werden. Dieses Prinzip soll die Umwelt über Marktmechanismen statt über ordnungsrechtliche Vorschriften schützen, neue Arbeitsplätze schaffen und zu ökologischen Innovationen in der Wirtschaft führen.

Die erste Stufe der Ökosteuer (seit 1. April 1999)

In der ersten Stufe der ÖSR wurde die Mineralölsteuer um 6 Pfennig/l erhöht, die Heizölsteuer um 4 Pfennig/l, die Erdgassteuer um 0,32 Pfennig/kWh. Die einzige Steuer, die ganz neu eingeführt wurde, ist die Stromsteuer. Diese beträgt 2 Pfennig/kWh (s. Abb. 1).

	Bisherige Steuer	Ökosteuer-Erhöhung 1. Schritt	Ermäßigte Steuer für produzierendes Gewerbe	Geplante Einnahmen 1999
Mineralölsteuer	98 Pf./l (Normal unverbleit)	6 Pf./l	6 Pf./l = keine Ermäßigung	3,9 Mrd. DM
Heizölsteuer	8 Pf./l	4 Pf./l	0,08 Pf./l = 80% Ermäßigung	1,4 Mrd. DM
Erdgassteuer	0,36 Pf./l	0,32 Pf./kWh	0,064 Pf./kWh = 80% Ermäßigung	1,8 Mrd. DM
Stromsteuer	neu	2 Pf./kWh	0,4 Pf./kWh = 80% Ermäßigung	4,2 Mrd. DM
				11,3 Mrd. DM

Abb.1: Die erste Stufe der ÖSR

Ermäßigungen. Es gibt einige Sonderregelungen, die Ermäßigungen der Steuern für bestimmte Branchen festlegen

- Das produzierende Gewerbe sowie die Land- und Forstwirtschaft erhalten bei den Steuererhöhungen auf Strom, Öl und Gas eine Ermäßigung um 80 Prozent. Zum produzierenden Gewerbe gehören z.B. Bergbau, Energie- und Wasserversorgung, verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe. Nicht dazu gehören z.B. Handel, Verkehr, Dienstleistungen, Kreditinstitute und Versicherungen.
- Jedes Unternehmen muß bei der Stromsteuer einen Sockelbetrag von 1000 DM und bei der Summe aus Erdgas- und Heizölsteuer ebenfalls einen Sockelbetrag von 1000 DM ohne Ermäßigung bezahlen.

- Die Bahn erhält 50 Prozent Ermäßigung auf die Stromsteuer.
- Die Stromsteuer für bestehende Nachtspeicherheizungen wird um 50 Prozent ermäßigt.
- Die Mineralölsteuer für Kraftstoffe (Benzin, Diesel) wird nicht ermäßigt.

Rückerstattungsregelung. Zusätzlich zu der generellen Ermäßigung in Höhe von 80 Prozent, die alle Unternehmen des produzierenden Gewerbes erhalten, gibt es eine weitere Ermäßigung in Abhängigkeit von der jeweiligen Ökosteuer-Belastung eines Unternehmens. Wenn die ermäßigten Ökosteuer-Zahlungen um mehr als 20 Prozent über dem Betrag liegen, um den die Lohnnebenkosten in dem Unternehmen gesenkt wurden, kann die darüber hinausgehende Summe in voller Höhe zurückerstattet werden. Dazu müssen die Unternehmen einen Antrag beim Zollamt einreichen. Der Sockelbetrag in Höhe von zweimal 1000 Mark wird nicht zurück erstattet.³

Verwendung des Ökosteuer-Aufkommens. Im ersten Jahr der Reform sollen ca. 11,3 Milliarden Mark Ökosteuern eingenommen werden. Diese werden in vollem Umfang zur Senkung des Beitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung von 20,3 Prozent auf 19,5 Prozent des Bruttolohns verwendet. Von diesen 0,8 Prozentpunkten kommen jeweils 0,4 Prozentpunkte den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern zugute. Am 1. April 1999 ist die Senkung der Lohnnebenkosten gleichzeitig mit der Einführung der Ökosteuern in Kraft getreten.

Weitere Stufen der ÖSR bis 2003

Die nächsten Stufen der Ökologischen Steuerreform wurden im November 1999 im Bundestag beschlossen. Anstatt ursprünglich zwei weiterer Stufen wird es vier Stufen geben, die jeweils am 1. Januar in den Jahren 2000 bis 2003 in Kraft treten. Die Erhöhung der Mineralölsteuer beträgt je Stufe 6 Pfennige pro Liter - wie in der ersten Stufe. Die Erhöhung der Stromsteuer beträgt je Stufe 0,5 Pfennige je Kilowattstunde - das ist ein Viertel der

³ Es gibt noch eine Reihe von Ausnahmeregelungen, die aber immer wieder in die Diskussion geraten und sich noch weiter verändern können. Dazu gehört z.B. die Ausnahmeregelung für Strom aus Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen ab einem Jahresnutzungsgrad von 57,5%, die im Dezember 1999 zu sehr konträren Diskussionen geführt hat. Diese Regelungen werden hier nicht im einzelnen ausgeführt und sind für die Fragestellung dieser Arbeit auch nicht zentral. Die neuesten Veränderungen im ÖSR-Gesetz lassen sich aber in regelmäßig aktualisierter Form auf dem Info-Server des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V (BUND) nachlesen: <http://www.oeko-steuer.de/>

Erhöhung der ersten Stufe. Die Ökosteuern auf Heizöl und Erdgas werden vorerst nicht weiter erhöht (vgl. Abb. 2).

Der im Koalitionsvertrag beschlossene Umfang der Senkung der Lohnnebenkosten um 2,4 Prozentpunkte innerhalb dieser Wahlperiode wird aufgrund der niedrigen Ökosteuer-Schritte erst zu einem späteren Zeitpunkt erreicht werden. Bis zum Jahr 2003 sollen die Rentenbeiträge aber um insgesamt 3,1 Prozentpunkte auf 17,2 Prozent verringert werden.

ÖSR - Schritte	1. Schritt (1.4.1999)	2. Schritt (1.1.2000)	3. Schritt (1.1.2001)	4. Schritt (1.1.2002)	5. Schritt (1.1.2003)
Mineralölsteuer	6 Pf./l	6 Pf./l	6 Pf./l	6 Pf./l	6 Pf./l
Heizölsteuer	4 Pf./l	Keine Erhöhung	Keine Erhöhung	Keine Erhöhung	Keine Erhöhung
Erdgassteuer	0,32 Pf./kWh	Keine Erhöhung	Keine Erhöhung	Keine Erhöhung	Keine Erhöhung
Stromsteuer	2 Pf./kWh	0,5 Pf./kWh	0,5 Pf./kWh	0,5 Pf./kWh	0,5 Pf./kWh
Senkung der Lohnnebenkosten	0,8 Prozent- punkte	0,2 Prozent- punkte	0,4 Prozent- punkte	0,7 Prozent- punkte	1,0 Prozent- punkte

Abb. 2: Weitere Schritte der ÖSR im Überblick

2.3 ÖSR und nachhaltige Entwicklung

Die vorliegende Untersuchung wird zeigen, daß sich die Diskussion um die ÖSR an der unterschiedlichen Bewertung der Säulen der Nachhaltigkeit - Ökologie, Ökonomie und Soziales - entfacht. Daher sei das Konzept der nachhaltigen Entwicklung im folgenden kurz dargestellt.

"Nachhaltige Entwicklung" ist die nicht ganz eindeutige Übersetzung des Begriffs "Sustainable Development", der z. T. auch mit dauerhafter, zukunftsfähiger oder zukunftsbeständiger Entwicklung übersetzt wird. Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung ist weltweit zu einem Schlüsselbegriff der Umweltpolitik der 90er Jahre geworden. Erstmals breit diskutiert wurde das Konzept im Zusammenhang mit dem Brundtland-Report der United Nations Commission on Environment and Development (1983-1987) und der sich hieran anschließenden Rio-Konferenz 1992 (vgl. Fritz, Huber & Levi, 1995).

Ziel der nachhaltigen Entwicklung ist die Gewährleistung der zukünftigen Entwicklungsfähigkeit der menschlichen Zivilisation unter Beachtung der Belastungsgrenzen des globalen Ökosystems und der sozio-ökonomischen Zusammenhänge. Dazu ordnet das Leitbild der Nachhaltigkeit die drei Säulen Ökologie, Ökonomie und Soziales als ein untrennbares Spannungsgefüge einander zu (vgl. Abb. 3), das immer im

Gesamtzusammenhang betrachtet werden soll. Von welcher Seite man dieses triadische System auch immer angeht, man muß sich unter dem Gebot der Nachhaltigkeit stets auch mit den übrigen beiden Seiten auseinandersetzen (vgl. Lange, 2000, S. 54).

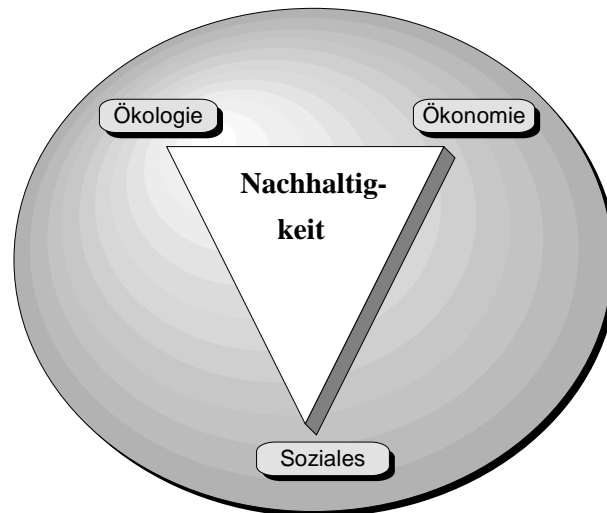


Abb. 3: Die drei Säulen der Nachhaltigkeit

Kopfmüller (1995, S. 107) nennt für die drei Säulen einige Veränderungen, die im Sinne der Nachhaltigkeit berücksichtigt werden sollten:

- In *ökonomischer* Hinsicht wäre ein Überdenken bzw. die Abkehr der ausschließlichen Orientierung an den Parametern Markt, Effizienz, Wachstum oder einzelwirtschaftlicher Gewinn nötig, da diese nicht mit einer zukunftsfähigen Wirtschaftsweise vereinbar seien. Künftig müßten vor allem Verteilungsfragen und die Frage nach dem optimalen Produktions- und Konsumniveau ("wieviel ist genug?") im Vordergrund stehen.
- In *ökologischer* Hinsicht müsse vor allem berücksichtigt werden, daß nur erneuerbare Ressourcen im Umfang ihrer Regenerationsrate genutzt werden dürfen. Nicht erneuerbare dürften nur so weit verbraucht werden, daß ihre Reichweite erhalten bleibt. Die Menge anthropogener Schad- und Abfallstoffe dürfe die Verarbeitungskapazitäten der Ökosysteme nicht überschreiten.
- In *sozialer* Hinsicht komme der Schaffung bzw. Stärkung partizipativer Politikelemente und der Wahrung kultureller Vielfalt und Identität zentrale Bedeutung zu.

Obwohl im Leitbild der Nachhaltigkeit diese Triade von Zielsetzungen verfolgt werden soll, hat sich in der Nachfolgediskussion der in Rio beschlossenen Agenda 21 eine

Konzentration auf den langfristig tragfähigen Umgang mit natürlichen Ressourcen und Umweltgütern ergeben (vgl. Heins, 1998, S. 24). Der Begriff Nachhaltigkeit wird in daher häufig einfach bedeutungsgleich mit "ökologisch" benutzt.

Die häufig abgekürzt genannte "Ökosteuer" heißt in offizieller Bezeichnung "Ökologisch Soziale Steuerreform" (vgl. Deutscher Bundestag, 1996). Somit verspricht sie eine originär nachhaltigkeitsorientierte Reform zu sein: Sie verbindet schon im Titel eine ökologische, eine soziale und eine wirtschaftliche Komponente. Daher ist die Frage nach der Einbettung der ÖSR in das Leitbild der Nachhaltigkeit hier von besonderem Interesse.

3 Meinungsumfragen zur Ökosteuer-Reform

Ich gehe davon aus, daß meinungsbildende Akteure den öffentlichen Diskurs zur ÖSR gestalten und darüber die öffentliche Stimmung zur ÖSR mitbestimmen (vgl. Alemann, 1987). Die öffentliche Stimmung beeinflusst wiederum das Handeln der Akteure. Für diesen interaktiven Prozeß müssen Akteure sowohl die vorhandene politische Stimmung, als auch die Wirkung der eigenen Handlung (z.B. des Lobbying) auf die öffentliche Stimmung abwägen. Bei dieser Abschätzung sind die politischen Akteure nicht unmaßgeblich auf ihre subjektiven Vorstellung über die politische Stimmung zurückgeworfen. Handlungsplanungen, wie z.B. bezüglich der Gestaltung des öffentlichen Diskurses, orientieren sich also stark an den subjektiven Theorien der Akteure. Die Wichtigkeit der Untersuchung von subjektiven Theorien zum Verständnis der öffentlichen Stimmung läßt sich auch durch die Unzulänglichkeit der demoskopischen Forschung zur Abschätzung dieser Stimmung unterstreichen.

Die Messung der öffentlichen Stimmung zu Einzelthemen ist schwierig. Reaktionen auf politische Maßnahmen und deren politische Verarbeitung sind "das fehlende Glied in der Policy-Zyklus-Forschung" (Windhoff-Heritier, 1987, zitiert nach Krebs & Seiche, 1999, S. 241). Neben Wahlergebnissen, die aber kaum Aussagen über spezifische Einzelthemen zulassen, liefern Umfragen von Meinungsforschungsinstituten präziseren Aufschluß über politische Stimmungen in der Bevölkerung. Im folgenden werden einige Umfrageergebnisse zur ÖSR dargestellt und anschließend Rückschlüsse auf die Vorteile der Betrachtung von subjektiven Vorstellungen der politischen Akteure gezogen.

Zunächst wird eine allgemeine Umfrage zur Wichtigkeit politischer Maßnahmen in verschiedenen gesellschaftlichen Problemfeldern dargestellt. Diese wird hier referiert, da sich in der empirischen Untersuchung gezeigt hat, daß der Zusammenhang des Ökosteuer-Diskurses mit anderen gesellschaftlichen Diskursen von den Akteuren für sehr wichtig gehalten wird. Anschließend werden spezifische Umfragen zur ÖSR aus den Jahren 1989 bis 1999 dargestellt. Die Ergebnisse stammen aus unterschiedlichen Umfragestudien und sind somit nicht ohne weiteres vergleichbar. Die chronologische Darstellung der Ergebnisse zeigen daher auch keine kontinuierliche zeitliche Entwicklung der Einstellungen zur ÖSR auf. Die Tendenz der Ergebnisse über die öffentliche Stimmung zur ÖSR wird dennoch deutlich sichtbar: Die Bevölkerung zeigt nur geringe Akzeptanz für die ÖSR und nur ein Teil der Bevölkerung verfügt überhaupt über Wissen über die Reform.

Umfrage des Bundesumweltministeriums zur Wichtigkeit politischer Maßnahmen in verschiedenen gesellschaftlichen Problemfeldern (1998)

Seit einigen Jahren wird in der Öffentlichkeit die Zerstörung der Umwelt nicht mehr als das primäre politische Problem wahrgenommen. Umfragen ergeben, daß nun das Problem der Arbeitslosigkeit an der Spitze der gesellschaftspolitischen Fragen steht und die Priorität des Umweltschutzes im Verlauf der 90er Jahre gesunken ist. Preisendörfer findet in einer repräsentativen Umfrage für das Bundesumweltministerium (BMU, 1998), daß die Verminderung der Arbeitslosigkeit an Platz eins steht, während die Verbesserung des Umweltschutzes von Platz drei im Jahr 1996 auf Platz vier im Jahr 1998 abgerutscht ist (S. 21). Die Ergebnisse der Auszählungen für die Erhebung finden sich in Abb. 4.

Frage: Wie wichtig sind für Sie persönlich politische Maßnahmen zu folgenden Problemen?			
Befragte	Deutschland gesamt	West	Ost
1. Verminderung der Arbeitslosigkeit	9,6	9,5	9,8
2. Verbesserung der Verbrechensbekämpfung	8,7	8,6	9,1
3. Mehr tun für die Aufrecht-erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	7,9	7,9	8,2
4. Verbesserung des Umweltschutzes	7,8	7,8	8,0
5. Mehr tun für den Erhalt des Sozialstaates	7,8	7,5	8,8
6. Verringerung des Zuzugs von Ausländern	7,3	7,3	7,4
7. Verbesserung der Wohnraumversorgung	6,4	6,5	6,0

Abb. 4: Wichtigkeit politischer Maßnahmen in verschiedenen gesellschaftlichen Problemfeldern (Mittelwerte auf einer Skala von 0 = "überhaupt nicht wichtig" bis 10 = "sehr wichtig"). Quelle: BMU (1998, S. 21)

Infas - Umfrage zur ÖSR (1989)

In einer repräsentativen Umfrage des Infas Sozialforschungsinstituts von 1989 (Infas, 1989, zitiert nach von Weizsäcker, 1992, S.169) wurde die Bevölkerung nach ihrer Meinung zur Ökosteuer mit Steuerausgleich befragt. Demnach empfinden 55 Prozent der Bevölkerung im August 1989 die Einführung von Umweltsteuern als richtigen Weg (vgl. Abb. 5).

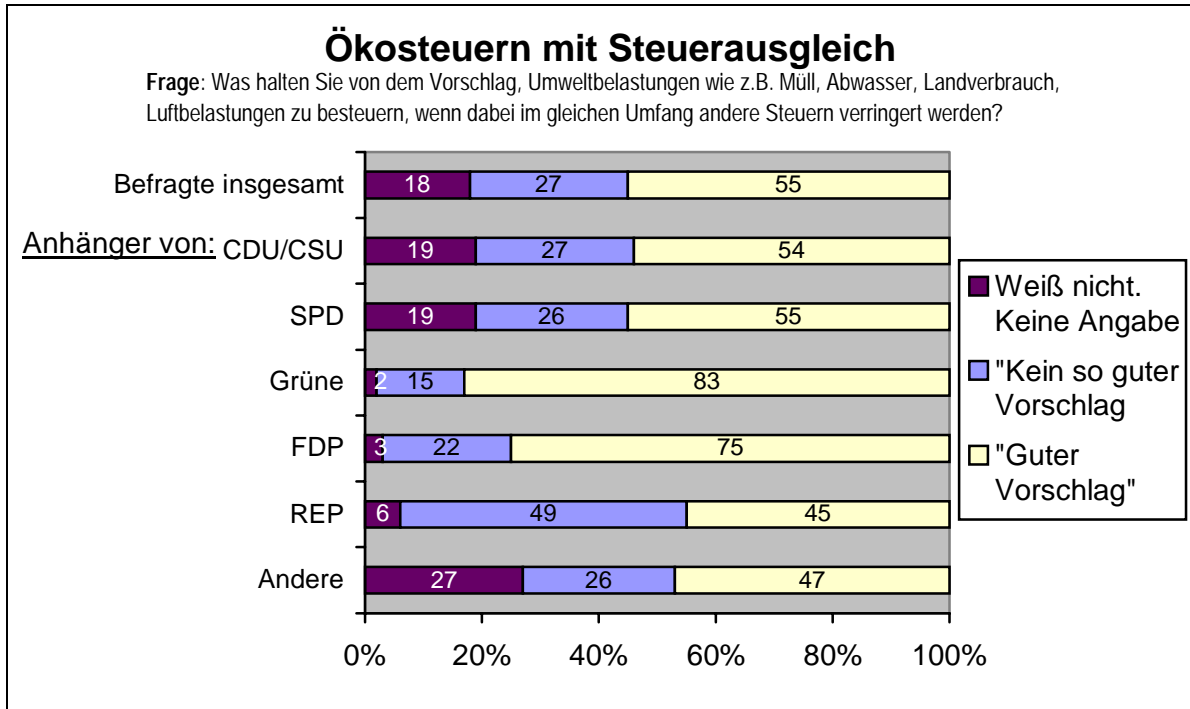


Abb. 5: Infas-Umfrage zur ÖSR, 1989 (nach: von Weizsäcker, 1992, S.169)

Infas - Umfrage zur ÖSR (1995)

Im Auftrag des Deutschen Verkehrsforum e.V. hat die Infas Sozialforschung GmbH im Oktober 1995 eine weitere repräsentative Erhebung mit 2340 Erwachsenen im Bundesgebiet zum Bekanntheitsgrad der Ökosteuer und über Einstellungen zur Einführung einer Ökosteuer durchgeführt (Infas, 1995).

Bekanntheitsgrad. Nach dieser Umfrage haben 1995 zwei Drittel der Bundesbürger⁴ Informationen zur ÖSR registriert (64%), das restliche Drittel nichts wahrgenommen (35%) (vgl. Abb. 6). Besonders hohe Resonanz findet das Thema in den höheren Bildungs- und Einkommensgruppen, mit steigender PKW-Verfügbarkeit, sowie im westlichen gegenüber dem östlichen Bundesgebiet.

Frage: Haben Sie in letzter Zeit etwas zum Stichwort "Öko-Steuer" bzw. "Ökologische Steuerreform" gehört oder gelesen?			
Zahl der Befragten	Gehört, gelesen	Nichts gehört, gelesen	Keine Angabe
2340	64 %	35 %	1 %

Abb. 6: Infas-Umfrage zum Bekanntheitsgrad der ÖSR, 1995 (Quelle: Infas-Repräsentativerhebung im Bundesgebiet; Mitte Oktober 1995; Einwohner ab 18 Jahre)

⁴ In dieser Arbeit verwende ich den generischen Maskulinum. Wenn immer ich von Bürgern, Wissenschaftlern, Politikern etc. als nicht weiter spezifizierte Gruppe spreche, sind ebenso Bürgerinnen, Wissenschaftlerinnen, Politikerinnen etc. gemeint.

Bedeutung der ÖSR. Unter dem Mechanismus der Öko-Steuer versteht 1995 jeder zweite Bundesbürger eine zusätzliche Besteuerung (48%), nur jeder vierte eine aufkommensneutrale Umschichtung (26%) und eine kleine Minderheit eine Steuerermäßigung (5%) (vgl. Abb. 7). Innerhalb der Gruppen mit hoher allgemeiner Resonanz liegt das Votum für "Umschichtung" auf deutlich höherem, der Anteil der Unentschiedenen auf entsprechend niedrigerem Niveau.

Frage: Was ist mit dem Stichwort "Öko-Steuer" gemeint bzw. was könnte am ehesten damit gemeint sein?						
	Zahl der Befragten	Zusätzliche Steuern	Steuerermäßigung	Umschichtung der Steuern	Anderes, weiß nicht	Keine Angabe
	2340	48 %	5 %	26 %	19 %	3 %
Über Ökosteu... gehört, gelesen	1486	57 %	5 %	31 %	5 %	1 %
nicht informiert	828	32 %	6 %	17 %	43 %	3 %

Abb. 7: Infas-Umfrage zur Bedeutung der ÖSR, 1995 (Quelle: Infas-Repräsentativerhebung im Bundesgebiet; Mitte Oktober 1995; Einwohner ab 18 Jahre)

Umfrage des Bundesumweltministeriums (1996 und 1998)

Preisendörfer kommt im Auftrag des Umweltministeriums (BMU, 1996) in einer repräsentativen Umfrage zum Umweltbewußtsein in Deutschland zu ganz anderen Ergebnissen. Laut der im Januar 1996 veröffentlichten Ergebnisse haben erst 30 Prozent der Befragten (32 % in West- und 24 % in Ostdeutschland) von der Diskussion gehört (BMU, 1996).

In einer weiteren Umfrage von Preisendörfer (BMU, 1998), die im Januar/Februar 1998 durchgeführt wurde, gaben 35 Prozent der Befragten (36 % in West- und 31 % in Ostdeutschland) die Antwort, von der Diskussion um eine ökologische Steuerreform schon gehört zu haben. Gegenüber der Erhebung von 1996 haben sich die Einstellungen zu einer ÖSR also nicht nennenswert verändert (vgl. Abb. 8).

Aufgrund dieses geringen Bekanntheitsgrades der ÖSR stellt Preisendörfer die Studien zur Akzeptanz massiv in Frage: "Vor dem Hintergrund dieses Ergebnisses erscheinen Befragungsstudien, die berichten, daß x-Prozent der Bevölkerung die Öko-Steuer befürworten und y-Prozent ablehnen, in hohem Maße fragwürdig. Jeder ernsthafte Versuch, die Meinung der Bevölkerung zur Öko-Steuer zu ergründen, muß zunächst einmal von dem Faktum ausgehen,

daß bislang mehr als zwei Drittel der Bundesbürger von der Diskussion über die entsprechende Problematik schlichtweg noch nichts oder nur sehr wenig mitbekommen haben" (BMU, 1996, S. 84).

	Erhebung 1996			Erhebung 1998		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
Von Diskussion um ÖSR ...						
schon gehört	30	32	24	35	36	31
noch nichts davon gehört	70	68	76	65	64	69
Einstellungen zur ÖSR bei den Befragten, die schon davon gehört haben						
rasche Reform befürwortet	24	25	19	27	28	21
schrittweise Reform	60	60	57	55	55	55
auf Reform verzichten	16	15	24	18	17	24
Fragen: (1) Haben Sie von der Diskussion um eine ökologische Steuerreform schon gehört? (2) Unter der Annahme, daß sich die gesamte Steuerbelastung für die Bevölkerung und die Unternehmen nicht verändert, was würde am ehesten Ihre Zustimmung finden: eine rasche ökologische Steuerreform, eine schrittweise ökologische Steuerreform, oder ein Verzicht auf eine solche Reform?						

Abb. 8: Wissen um und Einstellungen zur ÖSR, 1996 und 1998 (Angaben in Prozent; BMU, 1996, 1998)

Umfrage des Politbarometer (1999)

In einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage für das Politbarometer⁵ fragte die Forschungsgruppe Wahlen e.V. im Februar 1999: "Die Bundesregierung plant eine zusätzliche Steuer auf alle Energiearten, also Strom, Gas, Benzin und Heizöl, um damit eine Senkung der Lohnnebenkosten zu finanzieren. Finden Sie das gut oder finden Sie das nicht gut?". Knapp 30 Prozent der Befragten befürworteten eine Energiesteuer, um damit die Senkung der Lohnnebenkosten zu finanzieren (vgl. Abb. 9).

⁵ Die Politbarometer-Ergebnisse wurden im Februar 1999 im Fernsehen veröffentlicht. Ergebnisse laut telefonischer Mitteilung von einem Mitarbeiter der Forschungsgruppe Wahlen e.V. aus Mannheim, die die Erhebungen für das Politbarometer durchgeführt haben.

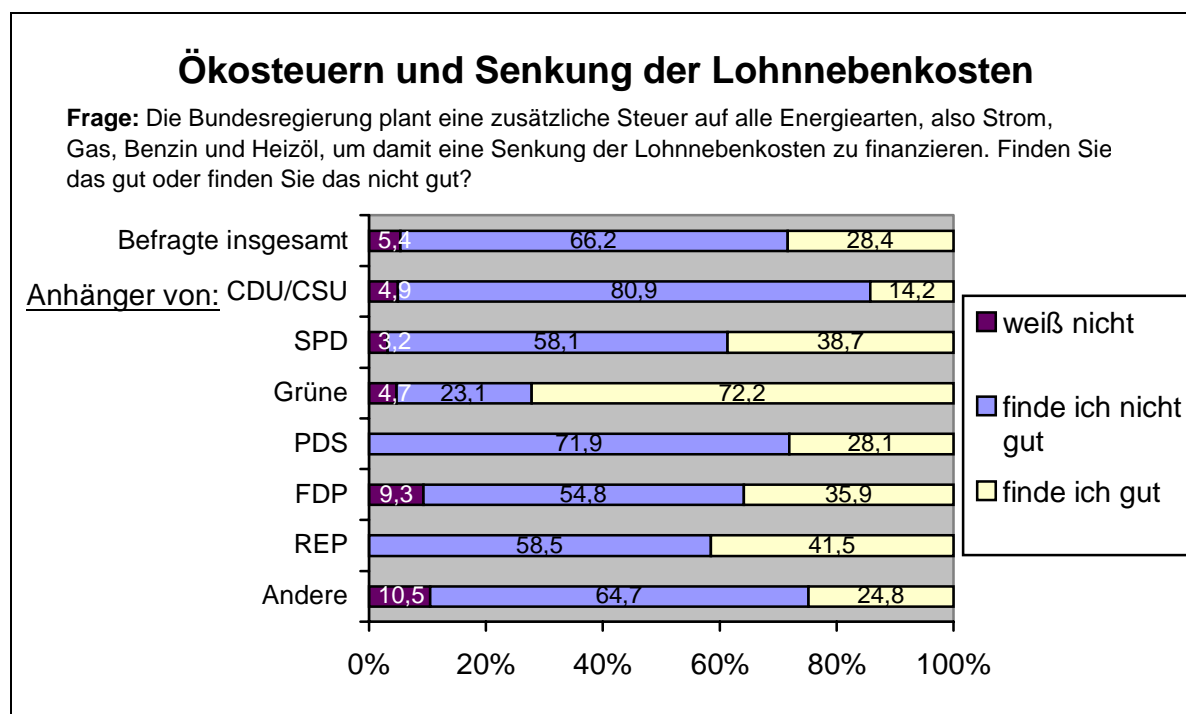


Abb. 9: Umfrage des Politbarometer zur ÖSR, 1999

Im Vergleich zu den Ergebnissen der Infas-Umfrage von 1989 ist also die Akzeptanz einer ÖSR in den letzten zehn Jahren massiv zurückgegangen (von 55 auf 28,4 Prozent). Bei solchen Vergleichen ist aber wie gesagt zu berücksichtigen, daß es sich um zwei unterschiedliche Studien mit nicht ganz identischen Fragestellungen handelt. Hinzukommt der Einwand von Preisendörfer, daß aus diesen Studien nicht erkenntlich wird, wie genau die Befragten überhaupt über eine Umweltsteuer informiert sind. Allerdings kann man annehmen, daß im Februar 1999 die ÖSR einen deutlich höheren Bekanntheitsgrad hat als noch zur Zeit der Infas- und der BMU-Umfrage, da das Thema ÖSR besonders durch den Bundestagswahlkampf 1998 auch in den Medien breit diskutiert wurde. Krebs und Reiche (1999) erklären sich die abnehmende Akzeptanz folgendermaßen: "Aus einem Informationsdefizit wurde ein Imagedefizit. Beide Defizite haben die Durchsetzbarkeit nicht gefördert, sondern im Gegenteil Unwissenheit bzw. später weitgehenden Widerstand provoziert" (S. 196).

Delphi-Befragung 1999

Eine Delphi-Befragung im Frühjahr 1999 von Sohr & Macpherson (1999) kommt ebenfalls zu einer überwiegend negativen Beurteilung der ÖSR. In dieser Befragung wurden Ökologie-

ExpertInnen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen in Deutschland befragt. Es wurden hier offene Fragebogen verwendet. Einige Antworten sind in Abb. 10 präsentiert.

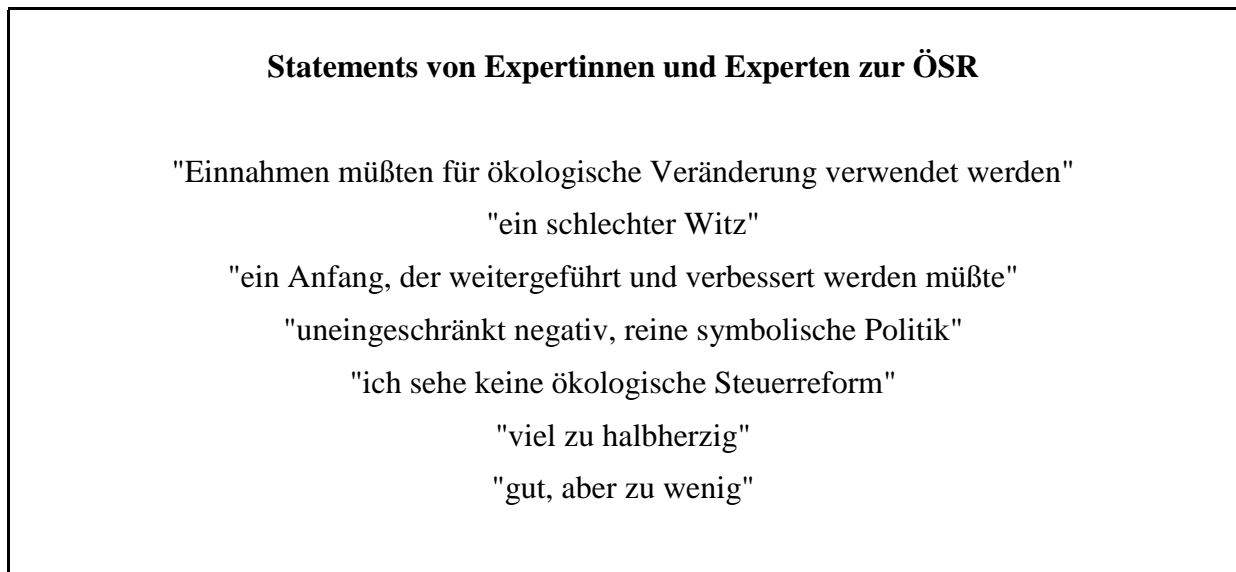


Abb. 10: Delphi-Expertenbefragung zur ÖSR, 1999 (nach: Sohr & Macpherson, 1999)

Die Bedeutung der subjektiven Vorstellungen politischer Akteure

Die Bevölkerung verfügt mit den Wahlen über ein großes Druckmittel auf Politiker und kann so politische Entscheidungen beeinflussen. Auch Bevölkerungsumfragen können von Politikern als Feedback über ihr Handeln verstanden werden. Aussagen über die Stimmung in der Bevölkerung dürften also das Handeln von Entscheidungsträgern erheblich mitbestimmen.

Die Ergebnisse aus Umfragen sind aber keine sicheren Informationen, anhand derer sich Entscheidungsträger klar orientieren könnten. Die Umfrageergebnisse sind nur teilweise aufschlußreich. Sie sind schwer vergleichbar und z.T. widersprüchlich. Welche Schlüsse sollte wohl ein Öffentlichkeitsreferent aus Umfrageergebnissen über den Bekanntheitsgrad der ÖSR ziehen, die von 30 bis 60 Prozent variieren? Der Informationsgehalt der Umfrageergebnisse ist relativ gering, nämlich beispielsweise eine Zahl, wieviele Menschen schon von der ÖSR gehört haben, oder wieviele Menschen sich für oder gegen die Maßnahme geäußert haben. Über das Ausmaß und die Form des Wissens oder über Gründe für die Zustimmung oder Ablehnung der ÖSR wird nichts ausgesagt.

Ohne solchen Ergebnissen die handlungsleitende Funktion vollkommen abzuspochen, sind diese doch ein Ausgangspunkt dafür, subjektive Theorien von politischen Akteuren als wichtige Ergänzung zum Verständnis von politischen Prozessen zu betrachten. Somit sind subjektive Theorien von Akteuren, wie sie im folgenden Kapitel dargestellt werden, hier aus

zweierlei Perspektive für das Verständnis des politischen Diskurses zur ÖSR interessant. Zum einen als alltagstheoretische Ergänzung zu wirtschaftswissenschaftlichem Wissen zum ÖSR-Konzept. Zum anderen als alltagstheoretische Ergänzung zum Wissen über den öffentlichen Diskurs und seine Wirkung auf die politische Stimmung in der Bevölkerung bzw. in den unterschiedlichen Interessensgruppen.

4 Theoretische Grundlagen der "Subjektiven Vorstellungen zum Ökosteuer-Diskurs"

[Subjektive Theorien sind definiert als] "Kognitionen der Selbst- und Weltsicht, als komplexes Aggregat mit (zumindest impliziter) Argumentationsstruktur, das auch die zu objektiven (wissenschaftlichen) Theorien parallelen Funktionen der Erklärung, Prognose, Technologie erfüllt." (Groeben, Wahl, Schlee & Scheele, 1988, S. 19, Klammern im Original)

Was geht in den Köpfen von politischen Akteuren vor? Ein solcher Einblick kann immer nur ein indirekter, mittelbarer sein, der aus Beobachtungen oder erfragten Informationen erschlossen wird. Subjektive Theorien sind wie viele andere Konzepte, die sich um eine Vorstellung von internen Strukturen und Prozessen bemühen, ein "wissenschaftliches Konstrukt" (Dann, 1983: 81). Als solches rekurriert es auf den Erfahrungsschatz und die Mitteilungsbereitschaft und -fähigkeit (in der vorliegenden Arbeit) von politischen Akteuren.

Das Konstrukt der "Subjektiven Theorien" basiert auf der Annahme, daß der Alltagsmensch – vergleichbar mit Wissenschaftlern – Theorien generiert, in denen Vorstellungen über die Verursachung von bestimmten Phänomenen sowie deren Folgen und Auswirkungen organisiert sind. Es handelt sich dabei um mehr oder weniger bewußte Wissenssysteme, die helfen, die eigene Welt zu verstehen und künftige Ereignisse vorherzusagen, und die zumindest potentiell das eigene Handeln steuern können.

Da es in dieser Arbeit darum geht, die Repräsentationen des Ökosteuer-Diskurses als kognitiv bzw. sozial konstruierte Bilder von "Welt" in Form von "Vorstellungen" zu fassen, soll diese Wissensstruktur in diesem Kapitel theoretisch fundiert werden. Dazu wird zunächst "wissenschaftliches" und "subjektives" Wissen gegenübergestellt. Dadurch sollen zum einen Unterschiede zwischen den Wissensformen aufgezeigt werden. Ebenso soll aber auch die Annahme der Strukturparallelität von wissenschaftlichen und alltäglichen Theorien dargestellt werden, die für die Betrachtung subjektiver Vorstellungen von Bedeutung sein wird. Weiter wird der Zugang zu Wissen von Seiten der Psychologie und der Soziologie beleuchtet. Die Darstellung beider (m.E. zusammengehörigen) Perspektiven soll den sozialen Zusammenhang der individuellen Wissensstrukturen verdeutlichen. Aufbauend auf dieser Grundlage wird dann das Konstrukt der "Subjektiven Theorien" vorgestellt und daran angelehnt der Ansatz der "Subjektiven Vorstellungen zum Ökosteuer-Diskurs" expliziert.

4.1 "Wissenschaftliches" versus "subjektives" Wissen

Der Fokus dieser Arbeit liegt auf dem "subjektiven" Wissen zum Ökosteuer-Diskurs. Zur klareren Abgrenzung soll diese Wissensform hier zunächst mit "wissenschaftlichem" oder oft auch als "objektiv" bezeichnetem Wissen verglichen werden.

Wissen stellt das Ergebnis eines Erkenntnisprozesses über Phänomene und deren Eigenschaften dar. Es kann somit als Grundlage für jegliche Repräsentation von "Welt" bezeichnet werden (vgl. Homburg, 1995, S. 69). Menschliches Wissen ist aber immer bruchstückhaft, so daß der Mensch, der rationale Erklärungen der Welt anstrebt, praktikable Verfahren entwickelt, um die Beschränkung seines Wissens und dessen Anwendung auszugleichen. Dazu "konstruiert er vor dem Hintergrund dessen, was er weiß, 'Modelle' der Welt, [...] die uns helfen, unser bereichsspezifisches Wissen so zu organisieren, daß Erscheinungen der Welt einen Sinn bekommen und subjektiv plausibel werden" (Seel, 1991, S. 2).

Eine besondere Form des Wissens sind wissenschaftliche Modelle bzw. Theorien⁶, die Wissenschaftler für die Erklärung der Welt entwerfen und die mehrere Funktionen erfüllen sollen. "Theorien haben die Funktion, Sachverhalte zu beschreiben, zu erklären und vorherzusagen" (Bortz & Döring, 1995, S. 16). Eine gute Theorie sollte darüber hinaus auch insofern prognostisch nützlich sein, als sie Anregungen zur Erklärung neuer, bislang unerforschter Phänomene gibt (heuristischer Wert einer Theorie). Bewähren sich derartige, aus der allgemeinen Theorie logisch abgeleiteten Prognosen bzw. Hypothesen in der Realität, führt dies zu einer Erweiterung des Geltungsbereichs der Theorie.

Die Konstruktion und Anwendung von Theorien ist nicht auf die Wissenschaften beschränkt, sondern kennzeichnet allgemein den Umgang von Menschen mit der Welt und ihren Problemen. "Wissenschaftliche" und "subjektive/Alltags-" Theorien zielen gleichermaßen auf Erkenntnisgewinn ab. Ihre Unterscheidung stellt maßgeblich eine Zuordnung zu unterschiedlichen Kontexten der Theoriebildung dar. "Wissenschaftliche" Theorien sind die kognitiven Artefakte, mittels derer ein Wissenschaftler Phänomene der Welt vor dem Hintergrund seines (Experten-)Wissens erklärt. "Subjektive" Theorien sind die Erklärungsansätze, die von "Laien" auf der Basis ihres Alltagswissens produziert werden, um sich die Alltagswelt zu erklären und Handlungsmöglichkeiten daraus abzuleiten.

⁶ Die Begriffe "Modell" und "Theorie" sind hier analog benutzt, wie es in den Sozialwissenschaften häufig üblich ist (vgl. Dorsch, 1994, S. 485). Im folgenden wird in Übereinstimmung mit dem "Forschungsprogramm Subjektive Theorien" (Groeben et al., 1988) aber der Begriff "Theorie" verwandt.

In der "wissenschaftlichen" Wissensform sind Aussagen über Gegenstände sachlich zu begründen. Der dabei angestrebten "Objektivität" nähert man sich durch Intersubjektivität bei der Entwicklung des Wissens. Diese Intersubjektivität wird systematisch durch methodische Vorgehensweisen gesichert. Im Rahmen wissenschaftlicher Arbeit wird versucht, Wissensbestände ausgehend von spezifischen Fragestellungen und mit spezifischen Methoden zu erweitern. Dabei müssen theoretische Begriffe und ihre Beziehungen möglichst fachsprachlich präzise formuliert sein. Dementsprechend müssen auch die Argumentationsstrukturen objektiver Theorien möglichst explizit gegeben sein, vor allem um der wissenschaftlichen Kritik und Verbesserung zugänglich zu sein. Das gleiche gilt für die methodologischen Merkmale objektiver Theorien wie Generalität, Überprüfbarkeit, etc. (vgl. Groeben et al. 1988, S. 23 ff.). Im Rahmen objektiver Wissensproduktion werden Aussagen zu Systemen (Theorien) verknüpft. Diese Aussagesysteme müssen in sich widerspruchsfrei sein. Sofern es mehrere Theorien in bezug auf einen Gegenstand gibt, die miteinander in Konkurrenz stehen, wird gewöhnlich der Theorie der Vorzug gegeben, die am einfachsten ist, am meisten Phänomene erklärt und (empirisch) am besten bewährt ist (vgl. Kriz, Lück & Heidbrink, 1996, S. 71). Die Theorien sollen nicht wissenschaftlicher Selbstzweck sein, sondern sie zielen darauf ab, die Welt zu erklären, die Folgen bestimmter Gegebenheiten und Ereignisse vorherzusagen und daraus Handlungsempfehlungen abzuleiten. Die Aufgabe dieser Theorien kann mit den Begriffen Erklärung, Prognose und Technologie (Handlungsmöglichkeiten) umrissen werden (vgl. Groeben et al., 1988, S. 23).

Bei der Generierung subjektiven (Alltags-) Wissens kann in der Regel keine Intersubjektivität hergestellt werden. Laucken (1974) begründet dieses wesentliche Unterscheidungsmerkmal zu wissenschaftlichem Wissen damit, daß Menschen im Alltag unter relativ starkem Zeit-, Handlungs- bzw. Orientierungsdruck stehen:

"War dem Wissenschaftler ein erheblicher Orientierungsaufwand zugestanden worden, so steht der Alltagspsychologe im alltäglichen Lebensvollzug unter einem stetigen momentanen Orientierungszwang. Die Möglichkeit eines Orientierungsaufschubs bis zur Erreichung einer ihm angemessen erscheinenden Lagekodierung ist im Alltagsleben wohl nur äußerst selten gegeben." (Laucken, 1974, S. 218)

Subjektive Wissensstrukturen können wegen ihres subjektiven Erklärungswertes erstaunlich robust sein (vgl. Seel, 1991, S. 7). Laucken (1974) beschreibt sie als häufig empirieresistent, in sich widersprüchlich und unpräzise. Eben diese Eigenschaften ermöglichen die

Orientierungsfunktion von Alltagswissen. Der Benutzer ist der Überzeugung, über ein sicheres und jederzeit einsetzbares Orientierungswerkzeug zu verfügen. Explizit formuliertes Wissen wäre dagegen ständig der Gefahr ausgesetzt, widerlegt zu werden und seine Orientierungsfunktion zu verlieren.

Dieser kurze Abriß über "wissenschaftliches" Wissen soll an dieser Stelle zur Abgrenzung von subjektivem bzw. Alltagswissen genügen. Erwähnt werden muß die enge Beziehung der vorgestellten Thematik zu erkenntnistheoretischen Prämissen. Für das Verständnis von Wissen ist die Auffassung weit verbreitet, daß es sich hierbei um eine "Abbildung" von Sachverhalten der äußeren Welt im Gedächtnis handele (vgl. Seel, 1991, S. 9). Dieser abbildtheoretische Standpunkt wird aber in der neueren Erkenntnistheorie, insbesondere in ihrer konstruktivistischen Ausdeutung, als unhaltbar abgelehnt (vgl. von Glasersfeld, 1992). Es würde an dieser Stelle zu weit führen, ausführlicher auf das Thema "Wissen und Wahrheit" einzugehen. Hier wird davon ausgegangen, daß weder "wissenschaftliches" noch "subjektives" Wissen ein wahres Abbild der Welt liefern kann. Vielmehr entstehen beide Wissensformen über soziale und kognitive Produktionsprozesse. Diese Einschränkung von "Wahrheitsnähe" (Homburg, 1995, S. 71) soll aber nicht bedeuten, daß Konstruktionen hier solipsistisch und ohne jegliche Anbindung an die Welt verstanden werden. Vielmehr gehe ich in Anlehnung an Nüse, Groeben, Freitag und Schreier (1991) davon aus, "daß unser Erkennen (sei es alltägliches oder wissenschaftliches) immer zum Teil Entdecken, zum Teil Erfinden sein wird" (S. 6, Klammern im Original). Nüse et al. (1991) formulieren hierzu aus Perspektive des kognitiven Konstruktivismus, in Abgrenzung zum radikalen Konstruktivismus:

"...daß die kognitiven Konstruktionen durchaus als Repräsentationen aufgefaßt werden, die zwar nicht immer als isomorphe oder homomorphe Abbildungen von Umwelt, Außenwelt, Realität, Wirklichkeit (oder wie immer man es formulieren möchte) aufgefaßt werden, für die aber ein strukturell vorhandener (gegebenenfalls auch verzerrter) Bezug zu dem Repräsentierten zugelassen oder unterstellt wird." (S. 6, Klammern im Original)

Nach diesen allgemeinen Ausführungen zu verschiedenen Wissensformen soll das subjektive Wissen, somit auch das subjektive Wissen über den Ökosteuer-Diskurs, aus psychologischer und soziologischer Perspektive genauer betrachtet werden.

4.2 Psychologie subjektiven Wissens

Innerhalb der Kognitionspsychologie befaßt sich die Wissenspsychologie mit "Repräsentation, Erwerb, Anwendung und Veränderung von Wissen" (Spada & Mandl, 1988, S. 2). Fragen nach der Wissensorganisation haben zu der Analyse von Wissen in Form von Propositionen, Schemata, Skripten, mentalen Modellen und subjektiven Theorien geführt.

Unter Propositionen werden abstrakte Wissenseinheiten verstanden, die die Bedeutung von Ereignissen und Abläufen in abstrakter Form intern repräsentieren. Es sind hypothetische Wissensmoleküle, die in Form von Sätzen ausgedrückt werden können. Sie sind die kleinsten Wissenseinheiten, über die man noch wahr-falsch-Urteile abgeben kann (vgl. Kluwe, 1990). Dargestellt werden Propositionen z.B. in Form von Listen, bestehend aus Relationen und einer geordneten Folge von Argumenten, z.B. "Ein Tanker pumpt Säure in die Nordsee. (pumpen, Tanker, Säure, Nordsee)" (Kluwe, 1990, S. 153). Des weiteren werden propositionale Netzwerke dargestellt, in denen die Knotenpunkte durch Relationen, Agenten, Zeiten, Objekte, Rezipienten oder Orte verknüpft werden.

Schemata lassen sich als Verknüpfungen von Propositionen auffassen. Sie beinhalten große Einheiten abstrakten und konkreten Wissens, wobei sie eher Abstraktionen umfassen, da von irrelevanten Informationsdetails abgesehen wird. Schemata umfassen definierende Merkmale von Phänomenen in Form von prototypischen Beispielen. So wird beispielsweise ein Lehrer mit bestimmten Vorstellungen verbunden: ein Beruf, die Wissensvermittlung an Schüler in bestimmten Fächern, die Arbeit an einer Schule, etc.

Eine Variante von Schemata sind Skripte. Skripte sind Schemata für Ereignisabläufe. Man kann Skripte als Drehbücher auffassen, in denen Rollen vorgesehen sind, die von Personen eingenommen werden. In dem von Schank & Abelson (1977) untersuchten "Restaurant Skript" beinhaltet das z.B. die Abfolge des Lesens der Speisekarte, der Bestellung, des Essens, des Bezahlens, etc.

Für den Zusammenhang dieser Arbeit bleibt festzuhalten, daß Schemata wenig bewußte kognitive Strukturen sind, die das Wissen organisieren und dadurch Wahrnehmung und Verstehen steuern und Vorhersagen ermöglichen (vgl. Kluwe, 1990).

Wie Propositionen und Schemata beruhen auch mentale Modelle auf Abstraktionsleistungen. Sie sind jedoch, da sie auf Analogien beruhen, sehr viel stärker in der konkreten Anschauung und Erfahrung verhaftet. Mentale Modelle umfassen subjektives Wissen über komplexe Sachverhalte. Sie werden im Umgang mit Sachverhalten erworben und sind nur begrenzt richtig und vollständig. Mentale Modelle werden insbesondere

gegenüber Phänomenen entwickelt, die sich durch geringe Transparenz und hohe Komplexität auszeichnen. Ihnen kommt die Funktion des Verstehens und Umgehens mit diesen Sachverhalten zu. "Mentale Modelle 'vermitteln' als 'Interpretationen' zwischen dem Weltwissen und der Wirklichkeit" (Seel, 1991, S. 20). Somit besitzen sie Handlungsrelevanz (vgl. Kluwe, 1990). Erfasst werden sie etwa über die Beobachtung von Umgangsweisen oder über Protokolle lauten Denkens.

Mentale Modelle bauen wiederum auf Schemata auf, die relevantes Wissen in generalisierter Form repräsentieren. Dadurch wird ein Bezugssystem aktiviert, auf dessen Grundlage konstruktives Deuten und Schlußfolgern ermöglicht wird, um durch Analogiebildung zur mentalen Modellierung eines bestimmten Wirklichkeitsausschnittes zu gelangen (vgl. Seel, 1991, S. 50ff.).

Das Konstrukt "subjektive Theorien" betont die Subjektivität und den Theoriestatus subjektiven Wissens. Die Subjektivität beruht darauf, daß der einzelne jeweils nach Maßgabe der spezifischen Lebenszusammenhänge und deren Möglichkeiten und Erfordernissen Wissen konstruiert. Dabei ist Subjektivität keinesfalls als willkürlich anzusehen, sondern unterliegt den "historical and social constraints that operate on a particular culture or class" (Mandler, 1975, S. 21).

Zur Erläuterung des Theoriestatus muß zunächst gesagt werden, was eine Theorie auszeichnet. Als Arbeitsdefinition genügt es, eine Theorie über die drei Aspekte Inhalt, Struktur und Funktion zu kennzeichnen (vgl. Kallenbach, 1996, S. 34). Das heißt: Eine Theorie benennt die konstitutiven Elemente eines Sachverhalts (Inhalt), zeigt auf, in welchem Verhältnis diese zueinander stehen, indem sie Argumentationslinien und Begründungszusammenhänge herstellt (Struktur), und sie erklärt, ordnet, prognostiziert und eröffnet Handlungsmöglichkeiten (Funktion).

Die zuvor dargestellten Konzeptionen der Wissensrepräsentationen müssen im Hinblick auf die subjektiven Theorien insbesondere unter strukturellen Gesichtspunkten mitbedacht werden. Es wird von der Aktivierung von Propositionen und Schemata in einer gegebenen Situation - und damit auch in einer Kommunikationssituation wie z.B. dem Diskurs zur ÖSR - ausgegangen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß, ebenso wie beim Aufbau mentaler Modelle auch im Rahmen der Konstruktion von subjektiven Theorien, Wissen in generalisierter und abstrahierter Form aktiviert wird. Der Wert der subjektiven Theorien liegt insbesondere in den Beziehungen, die sie zwischen einzelnen "Wissenseinheiten" aufdecken bzw. herstellen, und nicht in der Aufschlüsselung einzelner

Propositionen und Schemata in ihre konstitutiven Elemente und deren Eigenschaften (vgl. Kallenbach, 1996, S. 22).

Hoff (1992, S. 123 ff.) konkretisiert subjektive Theorien dahingehend, daß er Kognitionen zu Relationen (etwa Valenzen, Bedeutungen), zu Kausalitätsannahmen (als Erklärungen) und zu Annahmen über Auftreten, Dauer, Variabilität und Entwicklung von Ereignissen und Prozessen in das Konzept mit einbezieht.

Die Unterscheidung der subjektiven Theorien von dem Konzept der mentalen Modelle ist besonders an dem zugrunde gelegten Menschenbild und an der Funktion für den Menschen fest zu machen. Das "Forschungsprogramm Subjektive Theorien" nach Groeben et al. (1988) geht von einem epistemologischen Subjektmodell aus, d.h. der Mensch wird als "potentiell autonom, aktiv konstruierend und reflektierend" (S. 13) verstanden. In Anlehnung an Kellys (1955) Konzept des "man as a scientist" wird hier die Kluft zwischen dem rationalen Wissenschaftler und dem weniger rationalen Laien aufgelöst bzw. reduziert. Im Gegensatz dazu basiert die mentale Modellbildung ihren Ansatz gerade auf die Anwendung auf diese Experten-Laien - Kluft. So beschäftigt sich Seel (1991) mit mentaler Modellbildung innerhalb instruktionspsychologischer Fragestellungen mit dem Ziel, die "falschen" mentalen Modelle von Laien zu verbessern. Die Bedeutung dieses Ansatzes liegt in einer Lehr-Lernforschung, durch die die mangelhaften mentalen Modelle der Lernenden an das "korrekte Modell" der Wissenschaft schrittweise angenähert werden soll (vgl. Kluwe, 1990, S. 157 ff.).

Durch diese allgemeine Darstellung von Wissen und Wissensstrukturen sollte deutlich geworden sein, daß Phänomene und ihre Beziehungen durch ihre kognitive Repräsentation "entstehen" und in dieser Repräsentation (theoretisch) betrachtet werden können. Eine spezifischere Definition von "subjektiven Theorien" erfolgt anhand des "Forschungsprogramms Subjektive Theorien" nach Groeben/Scheele nach der Darstellung der wissenssoziologischen Perspektive.

4.3 Soziologie subjektiven Wissens

Um subjektives Wissen näher zu charakterisieren, ist es besonders aus zwei in Wechselwirkung stehenden Gründen notwendig, neben der individuellen auch die soziale Ebene einzubeziehen. Zum einen sind die psychologische und soziologische Ebene in der Funktion subjektiven Wissens miteinander verknüpft: "Wissen ist nötig, um sich in der Umwelt zu orientieren und sich mit den Mitmenschen zu verständigen" (Kallenbach, 1996, S.

22). Zum anderen, weil im sozialen Prozeß (Diskurs) Wissen produziert, überliefert, erweitert und revidiert und so erst Wirklichkeit konstruiert wird (Berger & Luckmann, 1980, zuerst 1966). Auf diese Wechselwirkung soll im folgenden näher eingegangen werden. Dieser soziale Prozeß ist im Rahmen der vorliegenden Arbeit vor allem insofern von Bedeutung, als Vorstellungen über die Generierung subjektiven Wissens über die ÖSR im öffentlichen Diskurs von Interesse ist.

Die Analyse von (Alltags-)Wissen ist im Rahmen soziologischer Forschung insbesondere Thema der Wissenssoziologie. Die Wissenssoziologie hat eine lange Tradition in der Soziologie, die bis ins 17. Jahrhundert zurückgeführt werden kann. An dieser Stelle soll nur auf den neueren Strang der Wissenssoziologie Bezug genommen werden, der auf Berger und Luckmann (1980) zurückgeht.⁷

"Wir behaupten also, daß die Wissenssoziologie sich mit allem zu beschäftigen habe, was in einer Gesellschaft als 'Wissen' gilt, ohne Ansehen seiner absoluten Gültigkeit oder Ungültigkeit" (Berger & Luckmann, 1980). Laucken (1974) bemängelt aber, daß die Betrachtung naiv-psychologischen Wissens in der Wissenssoziologie kaum Beachtung fand. Demnach liefert sie zwar Anregungen zur Beantwortung der Frage nach der Genese und nach der lebenspraktischen Funktion von Alltagswissen, gibt aber keine Hinweise darauf, welche naiv-psychologischen Konzepte der Alltagsmensch benutzt, um das Tun seiner Mitmenschen zu erklären und zu antizipieren.⁸ Aber auch die Betrachtung der sozialen Entstehung von subjektivem Wissen ist für eine "prozessuale Perspektive" (Keller & Pofperl, 1998, S. 137) auf subjektive Vorstellungen zum Ökosteuer-Diskurs zu bedenken.

Bei Berger und Luckmann (1980) sind besonders zwei wichtige Vermittlungsmechanismen zwischen äußerer Natur und gesellschaftlicher Ordnung von Bedeutung: Wissen und Sprache (Esser, 1996, S. 178). Ausgangspunkt ist dabei die "Wirklichkeit der Alltagswelt" des "normalen" und "hellwachen" Menschen. Grundelement dieser Wirklichkeit ist das Wissen der Akteure - als "fraglos" gegebenes Alltagswissen für die routinemäßig zu erledigenden Problemstellungen aller Art. Dieses Wissen ist aber nicht schon biologisch-genetisch vorgegeben, sondern muß über Lernen erworben werden und an andere

⁷ Ein Überblick über die Geschichte der Wissenssoziologie liefern Meuser & Sackmann (1992). Hier wird die Geschichte der Wissenssoziologie bis ins 17. Jahrhundert zurückverfolgt. Die Bezeichnung "Wissenssoziologie" wird aber das erste mal in den 20er Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts von Max Scheeler in dem Aufsatz "Probleme einer Soziologie des Wissens" (1960/1926, zitiert nach Berger & Luckmann, 1980) verwandt.

⁸ Die einzige Ausnahme, die Laucken (1974) nennt, sind Untersuchungen von Alfred Schütz (1962-66, zitiert nach Laucken, 1974, S. 43) zur Wahl zwischen verschiedenen Entwürfen des Handelns, in denen Schütz die Bedeutung des Begriffs "Motiv" ("um-zu" und "weil"- Motive) im Alltagsgebrauch analysiert.

Generationen über Lernen weitergegeben werden. Innerhalb der Lernmöglichkeiten des Menschen ist es nahezu beliebig variier- und kombinierbar.

Wissen hat damit eine Doppeleigenschaft. Es ist einerseits gesellschaftlich vorgegeben und daher nur in Grenzen vom einzelnen Akteur veränderbar oder zu ignorieren. Es ist andererseits aber in keiner Weise durch die Natur des Menschen fixiert, sondern nahezu beliebig kulturell formbar. (Alltags)-Wissen ist nach Berger und Luckmann (1980) immer strukturiert, typisiert⁹ und in sinnhafte Zusammenhänge integriert. Diese Strukturierung, Typisierung und sinnhafte Integration bezieht sich auf räumliche, zeitliche, soziale und sachliche Differenzierungen, insbesondere in bezug auf Pläne und Projekte - etwa über den Tagesablauf oder das Leben insgesamt - und in bezug auf "Sinnprovinzen" (Berger & Luckmann, 1980, S. 28), also Spezialbereiche von Wissen, wie etwa das Wissen über die ÖSR. Für das konkrete Handeln wird Wissen insofern zentral, als es Anweisungen darüber gibt, was hier und jetzt getan werden muß, damit bestimmte gewünschte Folgen eintreten können. Schließlich ist das Wissen immer - und hier folgen Berger und Luckmann am deutlichsten George Herbert Mead - intersubjektives, geteiltes und institutionalisiertes Wissen. Damit ist es zwar "gesellschaftlich", aber nicht "individuell" veränderbar (vgl. Esser, 1996, S. 180ff.).

Die Objektivation des Wissens wird vor allem durch Sprache gesichert. Sprache ist das Mittel der Menschen, sich gegenseitig die Situation zu definieren und die Gesellschaft und das Handeln der Menschen als einen fixierten und objektivierten Vorgang erscheinen zu lassen. Über die Sprache wird die Konstruktion der Gesellschaft für die Menschen eine eigenständige "Wirklichkeit":

"Die Sprache, die im alltäglichen Leben gebraucht wird, versorgt mich unaufhörlich mit den notwendigen Objektivationen und setzt mir die Ordnung, in welcher diese Objektivationen Sinn haben und in der die Alltagswelt mir sinnhaft erscheint." (Berger & Luckmann, 1980, S. 24)

Da die Regeln der Sprache in einer Lebenswelt von anderen Akteuren (weitgehend) geteilt werden, sind die Akteure gezwungen, auch das idiosynkratischste Erlebnis und auch den

⁹ Vorgreifend auf die später geschilderte Typenbildung soll hier angemerkt werden, daß auch hinsichtlich der Typisierung eine Parallelität zwischen wissenschaftlichen und alltäglichen Theorien angenommen wird. In Auseinandersetzung mit Max Weber weist Schütz (1971, zitiert nach Bohnsack, 1992, S. 158) darauf hin, daß Typenbildung nicht erst eine Leistung des Sozialwissenschaftlers ist, sondern sich im Alltag auch immer schon vollzieht. Typenbildung ist also auch im Alltagsdenken ein wichtiges Denkmuster, durch das die Komplexität der Realität reduziert und die Wirklichkeit geordnet wird (vgl. Kluge, 1999, S. 1).

persönlichsten Wissensbestand in einer nach diesen Regeln objektivierten Weise auszudrücken.

Zur Verdeutlichung der Konstruktion der Wirklichkeit unterscheiden Berger und Luckmann (1980) die drei Prozesse "Externalisierung", "Objektivierung" und "Internalisierung". *Externalisierung* bedeutet die Erzeugung von Folgen des Handelns, die die einzelnen Akteure nicht mehr unter Kontrolle haben. Externalisierung ist eine unvermeidliche Folge jedes Handelns (vgl. Berger & Luckmann, 1980, S. 55f.). Die Externalisierung des Handelns ändert wiederum die Bedingungen für das folgende Handeln der Akteure. Die externen Effekte sind jetzt die Randbedingungen des neuen Handelns. Die von einem einzelnen Akteur praktisch nicht zu beeinflussende Wirkung der externen Effekte auf die Situation der Akteure ist der Vorgang der *Objektivierung* der externen Folgen des Handelns (vgl. Berger & Luckmann, 1980, S. 64ff.). Über die beiden Vorgänge Externalisierung und Objektivierung - Entäußerung und Vergegenständlichung - konstruieren die Akteure also die Wirklichkeit der Gesellschaft in einem ununterbrochenen Vollzug. Die objektivierte gesellschaftliche Wirklichkeit geht durch das dritte Element, die *Internalisierung*, in das Wissen der Akteure ein, wodurch sich die individuellen Konstrukteure als gesellschaftlich geprägte Wesen konstituieren. Daher kann zusammengefaßt werden:

"Gesellschaft ist ein menschliches Produkt. Gesellschaft ist eine objektive Wirklichkeit. Der Mensch ist ein gesellschaftliches Produkt." (Berger & Luckmann, 1980, S. 65)

Dieser Abriß der Wissenssoziologie sollte ausreichen, um zu zeigen, daß "der Mensch - freilich nicht isoliert, sondern inmitten seiner Kollektivgebilde - und seine gesellschaftliche Welt [...] miteinander in Wechselwirkung [stehen]" (Berger & Luckmann, 1980, S. 65). Diese Ausführungen über Wissen liefern die theoretische Grundlage der Untersuchung zur "Sinnprovinz" ÖSR.

4.4 Das "Forschungsprogramm Subjektive Theorien" nach Groeben/Scheele

Bevor auf Grundlage der vorhergehenden Ausführungen über subjektives Wissen die "Subjektiven Vorstellungen zum Ökosteuer-Diskurs" expliziert werden, soll an dieser Stelle das "Forschungsprogramm Subjektive Theorien" von Groeben et al. (1988) näher vorgestellt

werden, da dieses Forschungsprogramm für die Erforschung subjektiven Wissens innerhalb der Psychologie in den 80er und 90er Jahren richtungsweisend war.

4.4.1 Entwicklung des Forschungsbereiches Subjektive Theorien

Im deutschsprachigen Raum haben vor allem Groeben und Scheele mit ihren "Argumenten für eine Psychologie des reflexiven Subjekts" (1977) die Erforschung von Subjektiven Theorien vorangetrieben. Dabei konnten sie allerdings auf eine Reihe früherer Ansätze der Auseinandersetzung mit alltagspsychologischem Wissen zurückgreifen. Insbesondere sind hier die Psychologie der "persönlichen Konstrukte" von Kelly (1955) und die "Naiven Verhaltenstheorien" von Laucken (1974) zu nennen. Dieses verstärkte Interesse an einem epistemologischen Subjektmodell entstand aus der Abkehr von behavioristisch orientierten Forschungsansätzen und erlebte besonders in den 70er und 80er Jahren einen starken Trend (vgl. Flick, 1987, S. 125ff.; Barthels, 1991, S. 72ff.). Immer mehr Psychologen, aber auch Wissenschaftler aus anderen Disziplinen, interessierten sich dafür, daß...

"...Menschen im Alltag auch ohne wissenschaftliche Psychologie über mehr oder minder differenzierte Konzeptsysteme verfügen und diese in ihrem alltäglichen Lebensvollzug benutzen." (Dann, 1983, S. 77)

Vor 25 Jahren beklagte Laucken (1974, S. 27), daß dem Alltagswissen als zentralem Untersuchungsobjekt nur ein geringes Interesse entgegengebracht wurde. Eine Durchsicht der deutschen Datenbank für Veröffentlichungen im Bereich der Psychologie, des PSYINDEX (1977-1999), offenbart heutzutage ein ganz anderes Bild: über 550 Einträge unter dem Stichwort *Subjektive Theorien*, 81 Einträge unter *Alltagstheorien*, 102 Einträge unter *Alltagswissen* dokumentieren ein lebhaftes Forschungsinteresse an den Erklärungen, Vorstellungen und Theorien, die das Subjekt im Hinblick auf seine Umwelt und seine Mitmenschen entwickelt.¹⁰

Die Begrifflichkeiten in diesem Forschungsfeld sind ausgesprochen vielfältig und nicht immer trennscharf voneinander abgegrenzt. Das Feld bewegt sich im Bereich der "naiven Theorien", "impliziten Theorien", "Alltagstheorien" und "Subjektiven Theorien". Hoff (1992, S. 124ff.) weist darauf hin, daß der Terminus der "naiven" Theorie dazu verführt, das subjektive Denken im Alltag abzuwerten. Ähnliche Einwände werden gegen den Begriff

¹⁰ Vgl. auch die Spezialbibliographie Subjektive Theorien von Neppl (1993, zitiert nach Kallenbach, 1996) und für den anglo-amerikanischen Raum Furnham (1988: 213 ff.).

"implizite" Theorien vorgebracht. "Nicht alles an all diesen Theorien ist implizit, und nicht alles an allen wissenschaftlichen Konzeptionen explizit" (Hoff, 1992, S. 205). Biedermann (1989, S. 64) weist darauf hin, daß der Begriff "subjektiv" den abwertenden Geschmack von "naiv" vermeidet, gleichzeitig allerdings den Nachteil habe, daß er in ebenfalls mißverständlicher Weise "wissenschaftlich" mit "objektiv" gleichsetzt.

Wenn ich im folgenden auf Forschungsarbeiten aus diesem Bereich verweise, werde ich den Begriff "Subjektive Theorien" benutzen, nicht nur weil er am weitesten etabliert ist, sondern auch weil er m.E. den Status, der der Sicht des Subjekts zugesprochen werden soll, am besten widerspiegelt.

4.4.2 Definition der "Subjektiven Theorien" nach Groeben/Scheele

Groeben et al. (1977, 1988) greifen in dem von ihnen vorgeschlagenen epistemologischen Subjektmodell Kellys Vorstellung vom "man as a personal scientist" (Kelly, 1955) auf. Die im behavioristischen Paradigma als Störvariable aufgefaßte Reflexivität des Individuums wird im kognitiv-epistemologischen Forschungsprogramm zum zentralen Gegenstand. Das epistemologische Subjektmodell unterstellt im Anschluß an Kelly eine grundsätzliche Parallelität zwischen Alltagsmensch und Wissenschaftler und geht von der kognitiven Konstruktivität, Reflexivität und damit (potentiellen) Rationalität des Subjektes aus (vgl. Groeben et al., 1988, S. 98 ff.). Dementsprechend generiert der Alltagsmensch – genau wie der Wissenschaftler – Theorien, wendet diese Theorien an und überprüft und verändert sie gegebenenfalls.

Groeben und Scheele verstehen unter einer subjektiven Theorie:

- Kognitionen der Selbst- und Weltsicht,
- ein komplexes Aggregat mit (zumindest impliziter) Argumentationsstruktur,
- ein Aggregat, das auch die zu objektiven (wissenschaftlichen) Theorien parallelen Funktionen der Erklärung, Prognose, Technologie erfüllt. (Groeben et al., 1988, S. 19)

Diese Definition wird als die *weite* Variante des Konzeptes der Subjektiven Theorien gefaßt. Unter diese Variante können zum einen früher entwickelte Ansätze subsumiert werden, wie z.B. die "personal construct" Theorie von Kelly. Zum anderen sind unter Rückgriff auf dieses weite Konzept eine Vielzahl an neueren Modellen ausgearbeitet worden (s. zum Überblick Groeben et al., 1988, S. 20ff.). Die meisten Vertreter dieser Forschungsrichtung

repräsentieren das Konstrukt der Subjektiven Theorien in dieser weiten Fassung (vgl. Groeben et al., 1988, S. 20 f.; Mandl & Huber, 1982).

4.4.3 Das "dialog-konsentheoretische Wahrheitskriterium" nach Groeben/Scheele

Bei der *engen* Explikations-Variante der Subjektiven Theorien werden folgende Merkmale zusätzlich zu denen der *weiten* Version ergänzt:

- Die Kognitionen der Selbst- und Weltsicht müssen im "Dialog-Konsens" aktualisierbar und rekonstruierbar sein (kommunikative Validierung),
- außerdem muß geprüft werden, ob die Erkenntnis der subjektiven Theorie als objektive Erkenntnis übernommen werden kann. (Groeben, et al., 1988, S. 22)

Der Dialog-Konsens ist eine Zielidee, die von der neueren Frankfurter Schule (Apel, 1964/65; Habermas, 1968; vgl. Groeben et al., 1988, S. 137) ausgearbeitet wurde. Dieser Dialog-Konsens soll sichern, "daß das Erkenntnis-Subjekt auch tatsächlich das versteht, was das Erkenntnis-Objekt verstanden haben will" (Groeben et al., 1988: 137). In einem Dialog entscheidet also der Befragte anhand von Zustimmung über die Adäquanz der ihm vom Forscher zugeschriebenen Reflexionsinhalte und -strukturen. Der Befragte entscheidet, ob seine subjektive Theorie angemessen rekonstruiert wurde. Dieses Vorgehen wird als *kommunikative Validierung* bezeichnet und mit Methoden wie z.B. der Heidelberger Struktur-lege-Technik (Scheele & Groeben, 1988) realisiert.

Das zweite Merkmal, die *explanative Validierung*, überprüft die "Realitätsadäquanz". Hier wird durch externe Beobachtung des (äußeren) Verhaltens die Realitätsadäquanz der motivationalen Überzeugungsgründe des Handelnden überprüft. Im positiven Fall wird die subjektive Theorie als effektive Ursache des Handelnden akzeptiert (vgl. Groeben, 1986, S. 353). Groeben (1986) spricht hier von "Gründen, die auch Ursachen sind" (S. 323). D.h. die Gründe, die der Handelnde für sein Handeln angibt, können von einem (externen) Beobachter als Realgründe (Ursachen) akzeptiert werden. Dieses komplexe Zwei-Phasen-Modell der Forschungsstruktur soll die Verbindung von Innensicht und Außensicht ermöglichen, die eine adäquate Erforschung von Handlungseinheiten zuläßt.

Dieses Zwei-Phasen-Modell wurde in der vorliegenden Untersuchung nicht angewendet. Die kommunikative Validierung war wegen des hohen zeitlichen Aufwands des Forschungsvorgehens leider nicht möglich (vgl. Kap. 6). Die Überprüfung der

Realitätsadäquanz durch externe Beobachtung wäre in diesem Rahmen ebenfalls zu aufwendig gewesen. Aber auch theoretisch halte ich diese Überprüfung für problematisch. In dem Versuch, die Adäquanz der Innensicht durch die Außensicht zu überprüfen, fällt m.E. das Forschungsprogramm Subjektive Theorien hinter ihr eigens postuliertes epistemologisches Subjektmodell zurück, da nun die Adäquanz einer Theorie doch wieder von einem externen Wissenschaftler bestimmt wird.

Aus diesem Grunde orientiert sich die vorliegende Untersuchung an der weiteren Definition der subjektiven Theorien. So wurden die Merkmale der engeren Definition an dieser Stelle nur in aller Kürze dargestellt (zur Vertiefung siehe Groeben et al., 1988, S. 126ff; Scheele & Groeben, 1988; Bergold & Flick, 1987).

4.4.4 Implikationen für das Menschenbild und normativer Anspruch

Wissenschaftliche Forschung hat keinen voraussetzungsfreien Zugang zu ihrem Gegenstand. Sie kann ihn nicht einfach als solchen erfassen und dann unverfälscht darstellen, obwohl das bisweilen immer noch in der Forschungspraxis unterstellt wird. Die wissenschaftlichen Methoden sind keine neutralen Zugangsweisen. Sie beruhen auf Vorentscheidungen und implizieren eine Reihe theoretischer Annahmen.

So impliziert das Forschungsprogramm Subjektive Theorien ein bestimmtes Menschenbild. Es wird von einem Menschen als reflexions-, kommunikations-, rationalitäts-, und handlungsfähigem Subjekt ausgegangen (vgl. Scheele & Groeben, 1988, S. 19ff.). Es ist durchaus nicht unumstritten, inwieweit der Mensch sich über verhaltensrelevante Reize etc. bewußt ist. Beispielsweise bezweifeln Nisbett und Wilson (1977), daß der Mensch sinnvolle Aussagen über tatsächlich vorliegendes Verhalten machen kann. Daher ist es wichtig, zu fragen, unter welchen Bedingungen und in welchen Bereichen der Mensch Selbstauskunft über sich und seine Umwelt geben und wie diese Reflexivität optimiert werden kann.

Die angenommenen Merkmale des Menschen werden hier nicht nur als deskriptive verstanden, für die in der Forschung geklärt werden soll, wann, wie und warum sie vom Menschen realisiert werden, sondern sie werden normativ als positive Zieldimensionen konstruktiver Entwicklungsmöglichkeiten des Menschen postuliert (Groeben et al., 1988, S. 16).

Die hier genannte Menschenbildannahme ist wichtig für das Verstehen der ÖSR und seines Diskurses. Denn m.E. liegt gerade in der Annahme des Homo Oeconomicus in der wirtschaftswissenschaftlichen Konzeption der ÖSR einer der Gründe für die Schwierigkeiten

bei der Gestaltung und Einführung der ÖSR. Für den Homo Oeconomicus wird - im Unterschied zu einem reflexiven Subjekt - angenommen, daß er seinen individuellen Nutzen auf der Grundlage vollkommener Information und stabiler und geordneter Präferenzen im Rahmen gegebener Restriktionen maximiert. Der Homo Oeconomicus kann z.B. nicht lernen und definiert die Situation nicht in Abweichung von den "objektiven" Gegebenheiten (Esser, 1996: 236). Im Terminus der ÖSR hieße das: Energie wird teurer, also wird Energie eingespart, um den Nutzen zu maximieren, also um Geld zu sparen. Konsequenz zu Ende gedacht müßte dieses Denken zu genau zwei Standpunkten gegenüber der ÖSR führen, nämlich zu klaren Befürwortern der ÖSR, also die Menschen, die von der Reform profitieren, und klaren Gegnern, nämlich die Verlierer der ÖSR.

Nicht berücksichtigt werden z.B. Werte und Normen (außer insoweit sie eine Rolle für die Nutzenmaximierung spielen) oder auch eine besondere Findigkeit des Menschen. Die Wahl der Handlung erfolgt in diesem Modell immer nur zwischen vorgegebenen bzw. angebotenen Alternativen. Zur Veranschaulichung dieses inadäquaten Menschenbildes will ich nur zwei Beispiele aus der psychologischen Forschung nennen. Stern, Dietz und Kalof (1993) zeigen in einer Studie zur Relevanz von Werthaltungen für Umweltverhalten, daß nicht nur der persönliche Nutzen handlungsleitend ist, sondern auch verschiedene Werte. Dazu gehört der Schutz der Umwelt (was allerdings noch als Nutzenmaximierung interpretiert werden könnte, da es ja die eigene Lebensgrundlage ist) und anderer Menschen (z.B. zukünftige Generationen). Die Studie besagt auch, daß diese Werthaltungen auch zu einer höheren Zahlungsbereitschaft bei Umweltsteuern und Benzinpreiserhöhung führen.

Ein Forschungszweig, der von der besonderen Findigkeit des Menschen zeugt, ist die Forschung zum Steuerwiderstand innerhalb der Wirtschaftspsychologie. So kann der Steuerpflichtige seine Ökosteuer nicht nur durch weniger Energieverbrauch minimieren. Er kann sich ferner der Besteuerung durch Abwanderung oder durch ungesetzliche Steuerhinterziehung entziehen, oder in offener Auflehnung gegenüber dem Gesetzgeber das Steuergesetz von vornherein zu verhindern versuchen (Schmölders, 1966, S. 82 ff.; vgl. auch Wiswede, 1991).

Um also tatsächlich eine Steuer zu installieren, die eine ökologische und arbeitspolitische Lenkungswirkung hat, müssen mehr Aspekte des Menschen bedacht werden, als die sicherlich auch sehr wichtige Annahme der Nutzenmaximierung im Modell des Homo Oeconomicus. Aus diesem Grunde gehe ich hier angelehnt an Scheele & Groeben (1988, S. 19) von dem Bild eines reflexiven Menschen aus.

4.5 Explikation der "Subjektiven Vorstellungen zum Ökosteuer-Diskurs"

Zur theoretischen Fundierung dieser Untersuchung sollen in diesem Abschnitt der Begriff der subjektiven Vorstellungen in Abgrenzung zu subjektiven Theorien und der Diskursbegriff in seiner hier verwendeten Form genauer expliziert werden.

Theoretisch orientiert sich diese Untersuchung maßgeblich an dem Konzept der Subjektiven Theorien von Groeben et al. (1977, 1988). Die vorliegende Untersuchung wird nicht in allen Punkten den theoretischen und methodischen Kriterien des "Forschungsprogramms Subjektive Theorien" entsprechen können. In der Literatur wird in solchen Fällen häufig von "Subjektiven Vorstellungen" gesprochen, um zu verdeutlichen, daß nicht alle Voraussetzungen der Subjektiven Theorien berücksichtigt sind (vgl. Homburg, 1995, S. 78 ff.). So wird im folgenden der Begriff der "Subjektiven Vorstellungen" verwendet. Damit wird der Einschränkung Rechnung getragen, daß ich mich theoretisch an der oben beschriebenen "weiteren" Definition der Subjektiven Theorien nach Groeben und Scheele orientiere und daß die Daten nicht durch den "Dialog-Konsens" kommunikativ validiert wurden.

Für den Zusammenhang des Ökosteuer-Diskurses läßt sich die Definition subjektiver Vorstellungen folgendermaßen konkretisieren: Subjektive Vorstellungen über den Ökosteuer-Diskurs sind komplexe Wissenskonstrukte, die der einzelne Akteur aus persönlichen Erfahrungen in der Fachdebatte und im öffentlichen Diskurs aufbaut. Sie stellen subjektiv wahrgenommene und relevante Aspekte der ÖSR und ihrem Diskurs in einen individuellen Sinnzusammenhang. Die subjektiven Vorstellungen zum Ökosteuer Diskurs sind nur ein thematischer Ausschnitt einer Gesamtheorie. Sie sind eingebettet in eine Gesamtheit von Vorstellungen zur Selbst- und Weltsicht. Die einzelnen Vorstellungen zur eigenen Person und zur Umwelt einschließlich ihrer Zusammenhänge und Bedeutungen sind zu einem komplexen Vorstellungsmuster verbunden (vgl. Hoff, 1992: 123 ff.).

In dieser Untersuchung, in dem Akteure nach subjektiven Vorstellungen befragt wurden, kann davon ausgegangen werden, daß "wissenschaftliches Wissen" und "Alltagswissen" eng miteinander verknüpft sind. Die befragten Akteure können alle als ÖSR-"Experten" gelten, die sich mit wirtschaftswissenschaftlichen Studien zur ÖSR befaßt haben. Es wird aber davon ausgegangen, daß dieses "Expertenwissen" in die Gesamtheit der Vorstellungsmuster - wie etwa in die Sicht auf die Parteienlandschaft, die Sicht auf die Umweltbewegung oder die Sicht auf die Bevölkerung - integriert ist. Besonders in der Frage der Entstehung und Veränderung von Vorstellungsmustern im öffentlichen Diskurs müssen

die Akteure auf Alltagserfahrungen zurückgreifen. Gerade im sozialen Prozeß der Wissensvermittlung im öffentlichen Diskurs werden ja subjektive Vorstellungsmuster geprägt, in Frage gestellt und verändert.

4.5.1 Das Entstehen von subjektivem Wissen im öffentlichen Diskurs

Aus der oben vorgenommenen Bestimmung subjektiven Wissens ist deutlich geworden, daß es sich bei der Generierung von subjektivem Wissen(ssstrukturen) um einen rekursiven Prozeß handelt. In dieser Untersuchung zum subjektiven Wissen zur ÖSR spielt deshalb der öffentliche Diskurs eine entscheidende Rolle, da der Diskurs Ausdruck und Konstitutionsbedingung von subjektiven Vorstellungsmustern zugleich ist. Daher soll der Begriff des öffentlichen Diskurses in diesem Abschnitt näher erläutert werden.

Der Begriff "Diskurs" wird in den Sozialwissenschaften sehr heterogen definiert, so daß eine kurze Definition des hier verwendeten Begriffs "Diskurs" bzw. "öffentlicher Diskurs" nötig ist. Keller (1997) unterscheidet grob zwischen zwei Gebrauchsweisen von "Diskurs". Der Begriff "Diskurs" ist zunächst die deutsche Fassung des englischen bzw. französischen "discours(e)", der in einem allgemein alltagssprachlichen Verständnis mit "Gespräch", "Rede" oder "Sprechen" unter Anwesenden assoziiert und im Hinblick auf grundlegende Regeln sprachlicher Kommunikation und sprachlich vermittelter Interaktion untersucht wird. In einer zweiten, mittlerweile auch im deutschen Sprachraum geläufigen Verwendung bezeichnet "Diskurs" eine "inhaltlich-thematisch bestimmte, institutionalisierte Form der Textproduktion. Dies umfaßt [...] als 'public discourse' die medienvermittelte, öffentliche Diskussion (insbesondere) politischer Themen als eine Art indirektes Gespräch unter Abwesenden" (Keller, 1997, S. 311 f.). Prägend ist dabei die Übertragung von Grundüberlegungen des Symbolischen Interaktionismus auf die Ebene von Prozessen kollektiver Wirklichkeitsinterpretationen. Im Anschluß an die französischen poststrukturalistischen Diskurstheorien, die besonders durch Jaques Derrida und Michel Foucault geprägt sind, wird der Begriff "Diskurs" auf eine "spezifische, gesellschaftlich ausdifferenzierte Form der Wissensproduktion" (Keller, 1997, S. 312) fokussiert.

Ohne an dieser Stelle genauer auf die einzelnen Traditionen der Diskurstheorien eingehen zu können, orientiere ich mich in Anlehnung an Keller (1997, 1998) an der zweiten Gebrauchsweise von "Diskurs". Unter Diskursen verstehe ich somit themenbezogene Arrangements von Erklärungsmustern. Diskurse verleihen physikalisch-materiellen und sozialen Phänomenen Bedeutung und konstituieren dadurch deren gesellschaftliche Realität.

Die in den Diskursen erzeugten subjektiven Vorstellungsmuster implizieren nicht nur Strukturmuster des Deutens, sondern auch des Handelns in der Welt.

Diskurse können sich in ihrem Formalisierungsgrad unterscheiden. Wissenschaftliche Disziplinen sind hier am strengsten formal-rational organisiert und geschlossen und so mithin auch am lebensweltfernsten. Politische Diskurse - wie z.B. der Ökosteuer-Diskurs - erscheinen demgegenüber sehr viel offener. Politische Diskurse werden mit unterschiedlich starker Beteiligung der Öffentlichkeit geführt. In Abb. 11 sind die unterschiedlichen Aggregationsebenen von Diskursen, wie sie für diese Untersuchung relevant sind, schematisch dargestellt.

Gesamtgesellschaftlicher Diskurs in dem der Ökosteuer-Diskurs mit anderen Diskursen verknüpft ist
Öffentlicher Diskurs zur ÖSR
Politischer Diskurs zur ÖSR
Fachdiskurs zur ÖSR (maßgeblich in der Disziplin der Wirtschaftswissenschaften geführt)

Abb. 11: Diskursebenen

In modernen Gesellschaften haben öffentliche Diskurse zentrale Bedeutung für die Legitimation oder Delegitimation von Weltbildern, Normen, Institutionen und Handlungsmustern. Das zwingt politische Akteure, sich je nach ihren Zielen, Interessen, strategischen oder taktischen Kalkülen, nicht zuletzt auch nach ihren Machtressourcen in Diskurse einzuschalten. Somit ist die gesellschaftliche Wirklichkeitskonstruktion in Diskursen auch als ein andauernder Prozeß zu verstehen, in dem Akteure in einem "symbolischen Kampf um die Durchsetzungen ihrer Deutungen - das heißt etwa der Formulierung von Problemdefinitionen, Verantwortlichkeiten, Handlungsnotwendigkeiten - stehen" (Keller, 1997, S. 314). Im Umweltdiskurs kann das z. B. bedeuten, daß Kernkraftwerksbetreiber die Klimakatastrophe heraufbeschwören, Katalysatorenhersteller das Waldsterben, Automobilhersteller Mobilitätsverluste, Umweltverbände das Aussterben von Arten, Bürgerinitiativen den Lärm von Flughäfen. Politische Akteure aus unterschiedlichen Kontexten bilden bei der Auseinandersetzung um öffentliche

Problemdefinitionen Diskurskoalitionen. Sie benutzen gemeinsame Grundannahmen, in denen spezifische Vorstellungen von Problemen, von kausaler und politischer Verantwortung, von Opfern und Schuldigen formuliert werden (vgl. Keller, 1998).

In der Analyse von öffentlichen Diskursen werden häufig die subjektiven Rationalitäten, Erfahrungen und Orientierungen der Akteure vernachlässigt (vgl. Keller & Poferl, 1999, S. 137 f.). Oftmals wird der Schwerpunkt auf Diskursstrukturen gesetzt und nicht ausreichend berücksichtigt, daß diese nicht aus sich heraus gelten, sondern nur insoweit, wie sie von individuellen Akteuren stabilisiert werden. In der vorliegenden Arbeit wird versucht, gerade diese subjektiven Perspektiven der Akteure stärker zu berücksichtigen. So habe ich mich auf die Rekonstruktion diskurspezifischer Akteursvorstellungen konzentriert. D.h. ich gehe davon aus, daß Diskurse aus spezifischen Konstellationen von subjektiven Vorstellungen bestehen, die sich empirisch rekonstruieren und anschließend typisieren lassen.

Zusammenfassend kann über den Zusammenhang von subjektivem Wissen und dem öffentlichen Diskurs gesagt werden, daß im öffentlichen Diskurs Wissen generiert wird, das subjektive Wissensstrukturen der Akteure verändern kann, die wiederum gelenkt von ihren Wissensstrukturen den öffentlichen Diskurs mitgestalten, usw. (vgl. Abb. 12). In der Terminologie von Berger und Luckmann (1980) wäre dieser Prozeß folgendermaßen zu beschreiben: Subjektive Vorstellungen der Akteure steuern ihre Handlungen im öffentlichen Diskurs. Durch diese Handlungen entstehen externe Effekte, die den Diskurs verändern (Externalisierung). Die Randbedingungen des öffentlichen Diskurses werden so objektiv neu strukturiert (Objektivierung). Die Internalisierung dieser veränderten "Wirklichkeit" führt gegebenenfalls zur Restrukturierung subjektiver Vorstellungen.

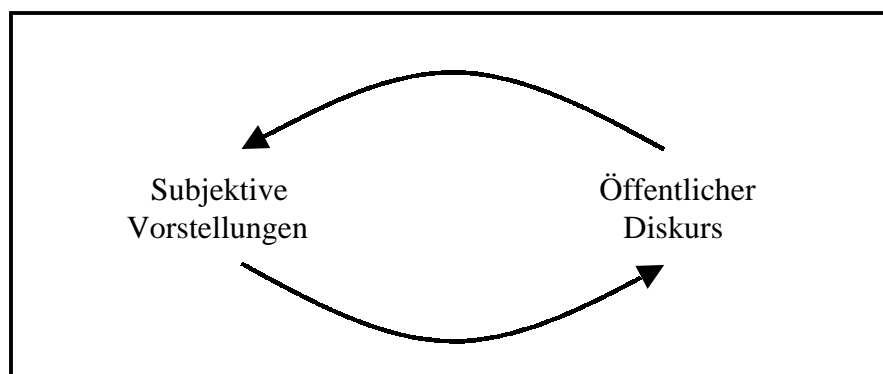


Abb. 12: Generierung von Wissen im rekursiven Prozeß

Ausgehend von diesem Ansatz der sozialen Wirklichkeitskonstruktion, die "mithin auch und -konstitutionslogisch betrachtet - unverzichtbar subjektiv bestimmt" (Keller & Poferl, 1999, S. 138) ist, interessieren sowohl die subjektiven Vorstellungen der Akteure über das ÖSR-Konzept, als auch die Akteurs-Vorstellungen darüber, wie eben diese Vorstellungen im öffentlichen Diskurs produziert werden. Im nächsten Kapitel wird diese Fragestellung genauer ausdifferenziert.

5 Präzisierung der Fragestellung

Nach der Schilderung der theoretischen Grundlagen dieser Arbeit soll nun konkretisiert werden, welche Fragestellung daraus für die vorliegende Untersuchung folgt. Dazu soll zunächst kurz der Entstehungsprozeß der Fragestellung nachvollzogen werden. Anschließend werden die Forschungsfragen und einige Vorannahmen und Hypothesen dargestellt.

Entstehung und Auswahl der Fragestellung

Das grundlegende Forschungsinteresse dieser Arbeit läßt sich in folgender Frage zusammenfassen: *Wie läßt sich ein umweltpolitisches Instrument wie die ÖSR implementieren, so daß es im Sinne der nachhaltigen Entwicklung erfolgreich wirkt?*

Um eine ökologische, aber ebenso ökonomisch und sozial verträgliche Wirkung zu erlangen, bedarf es nicht nur (a) eines wissenschaftlich sorgfältig ausgearbeiteten Konzeptes, sondern (b) ebenfalls der Ausgewogenheit mit der öffentlichen Meinung und den Vorstellungen der Interessenvertreter und Entscheidungsträger. Die fehlende Übereinstimmung dieser beiden Aspekte wurde mir bei verschiedenen öffentlichen Vorträgen und Podiumsdiskussionen im Vorfeld der ÖSR-Einführung deutlich. Zumindest die Referenten, die die ÖSR befürworteten, bemängelten weniger die fehlende wirtschaftswissenschaftliche Ausarbeitung der ÖSR-Konzepte, als vielmehr die Schwierigkeiten bei der Vermittlung dieser Konzepte und die fehlende Akzeptanz für die ÖSR in der Öffentlichkeit.

Angeregt durch eine Studie von Hoffmann & Fietkau (1998) über den öffentlichen Diskurs zum Bau der Transrapid-Strecke zwischen Hamburg und Berlin, hat sich im Laufe meiner Überlegungen die Betrachtung des öffentlichen Diskurses als Vermittlungsraum und die Rolle der Diskurs-gestaltenden Akteure als bislang vernachlässigtes, aber scheinbar fruchtbares Untersuchungsfeld herauskristallisiert. Da für den Bereich der ÖSR derartige Untersuchungen bislang kaum vorliegen, liegt ein exploratives Vorgehen für diese Studie nahe. So interessiert zunächst eine Zustandsbeschreibung des Ökosteuer-Diskurses aus subjektiver Sicht der meinungsbildenden Akteure. Weiter sollen die Vorstellungen über die zukünftige Entwicklung des Diskurses und über die Handlungsmöglichkeiten zur Veränderung des öffentlichen Diskurses untersucht werden. Ziel ist es, die subjektiven Vorstellungen der Akteure in ihren Grundstrukturen zu rekonstruieren, um so ein Verständnis vom Handeln im öffentlichen Diskurs zu ermöglichen und Ableitungen für

Verbesserungsmöglichkeiten zu machen. Weiter sollen diese komplexen Vorstellungen durch die Bildung von Idealtypen prägnant faßbar gemacht werden.

Die Forschungsfrage

Die Forschungsfrage dieser Arbeit läßt sich in zwei Punkten wie folgt zusammenfassen:

1. Welche subjektiven Vorstellungen haben meinungsbildende Akteure über den ÖSR-Diskurs?

Dazu gehören zwei zusammenhängende Aspekte:

- Die subjektiven Vorstellungen über das ÖSR-Konzept
- Die subjektiven Vorstellungen über den öffentlichen Diskurs zur ÖSR

2. Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Akteurs-Vorstellungen gibt es, nach denen sich die Akteure gruppieren (typisieren) lassen?

Auf den theoretischen Ausführungen über subjektives Wissen und subjektive Theorien aufbauend, bedeutet das, die Akteure eben nicht nur nach wissenschaftlichem Wissen zur ÖSR zu befragen. Zweifellos sind alle befragten Akteure Experten auf diesem Gebiet und sind mit wirtschaftswissenschaftlichen Fragen zur ÖSR bestens vertraut. Viel mehr geht es aber um die Vorstellungen darüber, wie das Thema ÖSR im politischen Prozeß von der Öffentlichkeit bewertet wird, wie es vermittelt wird, warum es in der Öffentlichkeit akzeptiert oder nicht akzeptiert wird und wie solche Prozesse verändert werden können und sollen. Nun sind die Akteure in gewisser Weise nicht nur Experten für die ÖSR-Konzepte, sondern auch Experten für den öffentlichen Diskurs. Es kann aber angenommen werden, daß die Akteure hinsichtlich des Funktionierens des öffentlichen Diskurses kaum über wissenschaftliches Wissen verfügen und daß das Verständnis über und das Handeln im öffentlichen Diskurs maßgeblich auf Alltagserfahrungen beruht.

Es wird somit nach subjektiven Vorstellungen zum (wissenschaftlichen) ÖSR-Konzept gefragt. Hier wird zwischen der grundsätzlichen Idee einer ökologischen Steuer und der aktuellen Gesetzeslage der ÖSR unterschieden. Weiter wird nach Vorstellungen über den öffentlichen Diskurs zu diesem Thema gefragt. Hier liegt der Schwerpunkt auf Vorstellungen darüber, inwieweit die Öffentlichkeit ein komplexes politisches Thema begreifen kann und an Entscheidungen beteiligt werden sollte. Beide Aspekte hängen wechselseitig zusammen. So geht es ebenso um die Vorstellungen darüber, wie der öffentlichen Diskurs die Ausgestaltung

des ÖSR-Konzeptes bestimmt, als auch um die Vorstellungen darüber, wie die Ausgestaltung des ÖSR-Konzeptes den Verlauf des öffentlichen Diskurses beeinflusst.

Dieses subjektive Wissen muß in einer Form strukturiert sein, so daß die Akteure sich damit den öffentlichen Diskurs erklären und Handlungen daraus ableiten und subjektiv rechtfertigen können. So interessieren hier die subjektiven Vorstellungen mit ihren drei Strukturelementen Erklärung, Prognose und Technologie (Handlungsannahmen). Dementsprechend läßt sich die Forschungsfrage in folgende spezifischere Fragen unterteilen:

- Wie beschreiben, bewerten und erklären die Akteure das ÖSR-Konzept und den darüber geführten öffentlichen Diskurs? (Ist-Zustand / Erklärung)
- Welchen Stellenwert räumen die Akteure dem öffentlichen Diskurs für die Entwicklung und Wirkung der ÖSR ein? (Erklärung)
- Wo sehen die Akteure spezifische Probleme in der Kommunikation über die ÖSR? (Erklärung)
- Wie sehen die Akteure die Zukunft des Ökosteuern-Diskurses? (Prognose)
- Welche Vorstellungen zur "Verbesserung" des Ökosteuern-Diskurses haben die Akteure? (Soll-Zustand / Technologie)

Es wird angenommen, daß die Akteure z.T. sehr unterschiedliche Vorstellungen zum ÖSR-Diskurs haben und daß gerade diese Differenzen zu Problemen in der Vermittlung der ÖSR führen. Weiter wird ebenso davon ausgegangen, daß es durchaus Gemeinsamkeiten zwischen den subjektiven Vorstellungen einzelner Akteure gibt, die eine Zuordnung der Akteure in differierende Akteursgruppen nahelegen.

6 Die Untersuchung

Dieses Kapitel stellt das methodische Vorgehen dieser Untersuchung dar. Im ersten Abschnitt wird in Anlehnung an die Forschungsfrage und den theoretischen Hintergrund der Untersuchung die Wahl des qualitativen (Experten-)Interviews als Erhebungsmethode begründet, die Interviewmethode erläutert und der Interviewleitfaden erklärt. Im zweiten Abschnitt werden Kriterien für die Auswahl der Interviewpartner genannt. Weiter wird die Stichprobe und die praktische Durchführung der Interviews beschrieben. Der dritte Abschnitt "Auswertung" stellt schrittweise das Vorgehen bei der Rekonstruktion der subjektiven Vorstellungen und der Bildung von Idealtypen dar. Abschließend werden Überlegungen zur Geltungsbegründung der Untersuchung angestellt.

6.1 Erhebungsmethode

6.1.1 Zur Wahl der Methode

Im Zentrum meiner Untersuchung stehen die subjektiven Vorstellungen von politischen Akteuren über die ÖSR und ihren Diskurs. Die subjektiven Vorstellungen sollen rekonstruiert und anhand dessen eine Akteurstypologie entwickelt werden. Subjektive Vorstellungen liegen nicht offen zutage, niemand trägt sie explizit vor sich her, weil dazu in der Regel gar kein Anlaß besteht. Subjektive Vorstellungen stehen als mehr oder weniger bewußtes Wissen hinter dem (Sprach-)Handeln. Sie sind prinzipiell aktualisierbar, lassen sich jedoch nicht als systematische Wissensstruktur "abrufen". Das Vorgehen zur Erfassung subjektiver Theorien umfaßt praktisch das gesamte Methodeninventar psychologischen Forschens. Gewisse Schwerpunkte sind dabei allerdings deutlich: Verfahren, bei denen die untersuchten Personen große Möglichkeit zur freien Beantwortung haben, sind relativ häufig (vgl. Humpert, 1983, S. 104; Huber & Mandl, 1982).

Empirische Forschungsmethoden werden häufig unter den Oberbegriffen qualitative versus quantitative Methoden eingeordnet. In der neueren Literatur findet man aber übereinstimmend die Tendenz, die Abwertung der einen zugunsten der anderen Methodik aufzugeben und statt dessen zu einer Anerkennung ihrer jeweiligen Möglichkeiten zu gelangen (vgl. Hoff, 1992; von Kardorff, 1991). Lohaus (1983) beschreibt das wie folgt: "Per se ist keine Forschungsperspektive einer anderen überlegen, Überlegenheit oder Unterlegenheit kann sich erst in Relation zu einer konkreten Fragestellung zeigen" (zitiert nach Kallenbach, 1996, S. 51).

Entscheidend bei der Wahl der Forschungsmethode ist also ihre Angemessenheit gegenüber dem Untersuchungsgegenstand (Flick, 1998, S. 13 ff.). Angemessenheit ist aber ein relativer Begriff, denn ein Forschungsgegenstand erscheint als jeweils anderer, je nachdem, im Lichte welcher Methode er gesehen wird. Auf denselben Forschungsgegenstand bezogen fördern qualitative und quantitative Methoden jeweils spezifische Aspekte zutage. Methoden sind nicht an bestimmte Gegenstände gebunden, wohl aber manifestiert sich in ihnen eine bestimmte Weltsicht. Forschungsmethodisch ist entscheidend, wie der Gegenstand konstituiert wird: Als etwas objektiv, vorab Gegebenes oder als ein Konstrukt, das individueller und historischer Perspektivität unterworfen ist.

Es liegt auf der Hand, daß hinter dem Forschungskonzept der subjektiven Vorstellungen eine auf Deutungsprozessen beruhende Weltsicht steht. Bezogen auf die subjektiven Vorstellungen von Akteuren im Ökosteuer-Diskurs, die in dieser Studie erhoben werden, heißt das: Die Akteure nehmen als Handelnde im politischen Diskurs ihre Umgebung wahr, deuten und kommunizieren sie in der Interaktion mit anderen und geben ihr einen Sinn. Sie konstruieren daraus ihre subjektiven Theorien, die sich anderen wiederum nur durch Interpretationen, d.h. durch weitere Deutungsprozesse, erschließen.¹¹ Wissenschaftliche Reflexion zielt somit - unter Vergegenwärtigung des je eigenen Verständnisses und Vorwissens - auf das Verstehen von Sinnzusammenhängen aus der Sicht des anderen, d.h. auf Fremdverstehen.¹² Dabei ist Verstehen m. E. nur im Dialog möglich, indem beide Seiten ihre jeweilige Position als prozeßhaft und dem anderen zugewandt begreifen. Daher habe ich für die Datenerhebung das qualitative, teilstrukturierte Interview gewählt, das eine "Datenerhebung als Kommunikation" (Hoff, 1985) ermöglicht.

Weiter ist die Wahl eines qualitativen Vorgehens durch den explorativen Charakter der Untersuchung begründet. Kleinig (1995) unterscheidet qualitative und quantitative Daten anhand ihres Abstraktionsgrads. Qualitative Methoden sind "wissenschaftlich", in dem Sinne, daß sie reflektiert eingesetzt werden, um die Subjektivität ihrer Methodik zu kompensieren. Quantitative Methoden sind "wissenschaftlich", da Datenerhebungen in hohem Maße reflektiert und systematisiert sind. Sie produzieren stärker abstrahierte Daten, die an unmittelbarer Bedeutung verloren haben, dafür aber stabiler und besser "rechenbar" sind. Die Auswertungsmethoden quantitativer Daten erkennen nicht Gemeinsamkeiten, sondern nur

¹¹ Die Erforschung dieser Deutungsdimensionen geht zurück auf Forschungstraditionen der Verstehenden Soziologie und der Wissenssoziologie (vgl. Kap. 4).

¹² In Anschluß an Kallenbach (1996) unterstelle ich somit, daß Verstehen möglich und wünschenswert ist und bei behutsamer Annäherung und unter Wahrung der Eigenständigkeit des anderen keine Vereinnahmung oder "Kolonialisierung von Lebenswelten" (vgl. Bergold & Flick, 1997, S. 13 ff.) darstellt.

Identitäten, deren Ähnlichkeit vordefiniert und mit Bedeutung versehen werden muß. Qualitative Daten sollten daher "stets vor quantitativen erzeugt und analysiert werden. Quantitative Abstraktionen sind nur dann sinnvoll einsetzbar, wenn bekannt ist, was die abstrahierten Aspekte ("Dimensionen") bedeuten"(vgl. Kleinig, 1995, S. 152). Qualitative Methoden sind demnach besonders dann angebracht, wenn der Untersuchungsgegenstand relativ unbekannt oder komplex ist bzw. der subjektive Sinngehalt interessiert. Meines Wissens gibt es im Bereich des Ökosteuer-Diskurses bislang keine Forschung zu subjektiven Theorien der politischen Akteure. In dieser Arbeit gilt es daher explorativ eine erste Systematisierung des Feldes vorzunehmen, für die m. E. ein qualitatives Vorgehen am geeignetsten ist.¹³ Im nächsten Abschnitt wird die gewählte Interviewform für dieses Vorgehen dargestellt.

6.1.2 Das leitfadenorientierte (Experten-)Interview

Bei der Auswahl der Interviewmethode habe ich mich insbesondere an den Überlegungen zum "Experteninterview" von Meuser und Nagel (1991) und zum "befragtenzentrierten Interview" von Hoff (1985, 1992) orientiert.

Die leitende Frage bei der Wahl der Interviewform ist die nach offenen versus geschlossenen Fragen. Dabei genügt es nicht, nur die beiden polaren Fälle des vollständig standardisierten und des narrativen Interviews in den Blick zu nehmen. Vielmehr sind die unterschiedlichen Zwischenformen daraufhin abzuklopfen, ob sie zur Erfassung subjektiver Vorstellungsmuster geeignet sind.

Bortz und Döring (1995, S. 284) empfehlen zur Erfassung subjektiver Theorien offene Fragen. Das ist insofern zunächst evident, als der Gegenpol - nämlich vollständig standardisierte Interviews - den befragten Personen kategoriale Schemata aufzwingen, die zwar den Vorstellungen des Forschers, nicht jedoch den subjektiven Vorstellungen der Befragten entsprechen. Hoff (1992, S. 135ff.) weist jedoch darauf hin, daß eine völlig offene Befragung ebenso vorstrukturiert ist, wie ein stark standardisiertes Interview. Es wird dann nämlich als Annahme vorausgesetzt, daß es eine "offene, zwanglose, von allen artifiziellen Arrangements gereinigte Erhebungssituation gibt" (Hoff, 1992, S. 135). Man muß aber davon

¹³ Der Standpunkt, qualitative Methoden seien zur Exploration eines unbekanntes Gegenstandes besser geeignet als quantitative, kann nicht generalisiert werden. Es kann ebenso sinnvoll sein, sich mittels quantitativer Methodik einen Überblick über das Feld zu verschaffen und auf Grundlage dessen neue Forschungsfragen zu generieren, die dann mit qualitativen Methoden genauer untersucht werden.

ausgehen, daß der Forscher immer auf die eine oder andere Weise strukturiert und daß die Befragten auch gleiche Situationen und Kontexte subjektiv unterschiedlich empfinden.

Die Schaffung optimaler Vorbedingungen zur Entfaltung der subjektiven Vorstellungen kann am ehesten durch ein befragtenzentriertes Interview gewährleistet werden (Hoff, 1992, S. 137). Im befragtenzentrierten Interview wird zunächst offen gefragt, wodurch dem Befragten die Möglichkeit gegeben ist, seine subjektiven Vorstellungen zu entfalten und nach eigenem Ermessen zu strukturieren. Danach kann der Interviewer jedoch individuell unterschiedlich strukturierend vorgehen und spezifische Nachfragen stellen. Ein gewisses Maß an Strukturierung anhand eines Leitfadens ist ohnehin durch die Absicht erforderlich, die subjektiven Vorstellungen der unterschiedlichen Akteure später miteinander zu vergleichen und abschließend zu typisieren.

Hoff (1985) expliziert die Vorteile der Metakommunikation im Interview, wenn die Interviews von zwei Interviewern gemeinsam geführt werden. Diese "triadische" Form des Interviews wäre in dem Fall der vorliegenden Untersuchung besonders wertvoll gewesen, da durch zwei unterschiedliche Forscher-Perspektiven die politische Voreingenommenheit des Forschers konstruktiv nutzbar gewesen wäre. Der Forscher ist emotional und intellektuell in den Forschungsprozeß eingebunden und von der Forschungsfrage bewegt (vgl. Strauss, 1987, zitiert nach Kallenbach, 1996, S. 91). Diese Involviertheit ist wohl besonders zutreffend bei einem politischen Forschungsfeld, wie in diesem Falle die Auseinandersetzung mit Akteuren der ÖSR. Der Prozeß der Auseinandersetzung mit Akteuren aus einer großen politischen Spannbreite – von PDS bis CDU, von Industrieverband bis zur Gewerkschaft – führt eher noch zu einer weiteren Ausdifferenzierung des politischen Standpunktes des Forschers, als zu einer politischen "Neutralität". Idealerweise wäre eine Forschungsfrage wie die hier behandelte in einem Forschungsteam zu bearbeiten, innerhalb dessen unterschiedliche politische Standpunkte existieren. Man hätte dadurch sowohl im Interview mit zwei Interviewern, als auch in der Auswertung verschiedene Perspektiven einnehmen können. Das war hier aus organisatorischen und ökonomischen Gründen nicht möglich, wäre aber für zukünftige Untersuchungen wünschenswert.

Weiter können hilfreiche Überlegungen aus dem Konzept des Experteninterviews nach Meuser und Nagel (1991) abgeleitet werden. Der Bezug zum Experteninterview ergibt sich aus der Fragestellung, nämlich dem Interesse an Vorstellungen von meinungsbildenden Akteuren im Ökosteuer-Diskurs. Diese Akteure sind Experten für die ÖSR. "Vielfach erprobt, wenig bedacht" betiteln Meuser und Nagel (1991) ihren oft als Grundlagentext für

Experteninterviews benutzen Artikel. Experteninterviews sind in der Methodenliteratur stark vernachlässigt; es liegen nur wenige Ausarbeitungen der Methode vor (vgl. Brinkmann, Deeke & Völkel, 1995; Dexter, 1970; Meuser & Nagel, 1991). So kann sich die Anwendung in der vorliegenden Arbeit nur vage an dem methodischen Konzept der Experteninterviews orientieren.

Dem Titel "Experten"-interview kommt bei der Betrachtung subjektiver Vorstellungen eine besondere Bedeutung zu. Wenn in einer Erhebung subjektive Vorstellungen der Forschungsgegenstand sind, werden automatisch immer "Experten" befragt, nämlich Alltagsexperten. Darauf zielt der Titel Experteninterview allerdings nicht ab. Dort werden Experten eher durch ihre Kompetenz auf dem Gebiet eines interessierenden Sachverhalts definiert.

"Als Experten angesehene Personen zeichnen sich als 'Fachleute' durch 'Fachwissen' aus oder verfügen als Beteiligte an einem bestimmten Prozeß oder Ereignis über exklusives Ereignis- oder Fallwissen. [Weiter bezieht sich Kompetenz auf die] 'Sachlichkeit' in der Begründung des Wissens und die Fähigkeit des Experten, diese unter Abstraktion persönlicher Wertung zu vermitteln und ggf. für praktische Zwecke nutzbar zu machen." (Deeke, 1995, S. 9)

In der vorliegenden Untersuchung läßt sich sowohl dieser Expertenbegriff, als auch der des Alltagsexperten auf die Befragten anwenden (vgl. Abb. 13). Fachwissen liegt insbesondere über das Konzept der ÖSR vor, während die Vorstellungen über den öffentlichen Diskurs eher durch Alltagswissen geprägt sind. Weiter wird in diesem Forschungsansatz ja gerade davon ausgegangen, daß das gesamte Wissen in subjektive Theorien eingebunden ist. So könnte man von einem "doppelten Experteninterview" sprechen. Das bringt bestimmte methodische Implikationen für das Vorgehen mit sich.

Im Unterschied zu anderen Formen des offenen Interviews bildet beim Experteninterview nicht die Gesamtperson den Gegenstand der Analyse, sondern nur spezielle Wissensbestände in einem organisatorischen oder institutionellen Zusammenhang (vgl. Meuser & Nagel, 1991, S. 442). Hier wird aber davon ausgegangen, daß der Ökosteuer-Diskurs eben nicht nur von (wissenschaftlichem) Fachwissen geprägt ist. Daher ist das Ziel des Interviews das Zusammenspiel zwischen Fachwissen und Alltagswissen zu untersuchen.

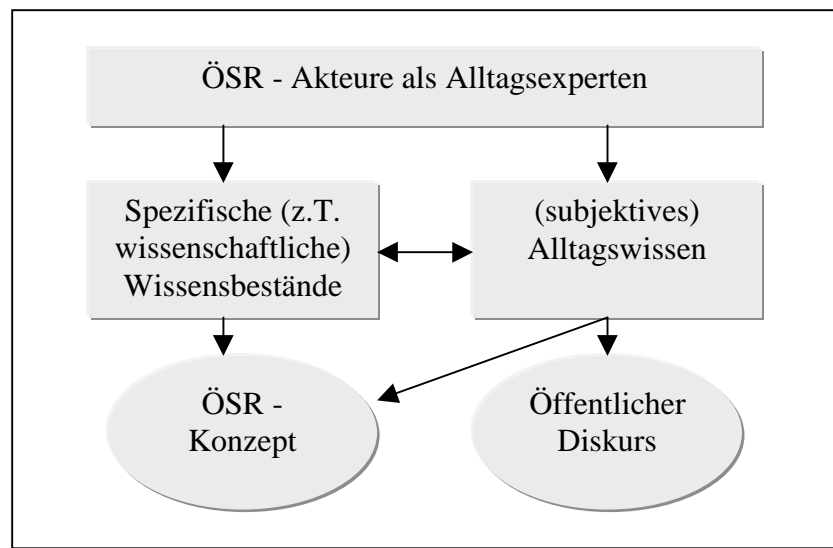


Abb. 13: Akteure als Alltagsexperten

Da die Interviewpartner zunächst die Erwartung haben, in ihrer Rolle als ÖSR-Experten befragt zu werden, liegt es an dem Interviewer, das weitergehende Interesse transparent zu machen. So muß gegebenenfalls darauf hingewiesen werden, daß nicht nur Detailwissen über die ÖSR von Interesse ist, sondern ebenso persönliche Einschätzungen zum Diskurs und zu Zusammenhängen mit anderen gesellschaftlichen Diskursen, etc. Da die Befragten als Experten gewohnt sind, über den Bereich ihres Fachwissens Auskunft zu geben, weisen Meuser und Nagel (1991, S. 449 ff.) auf die Gefahr hin, daß das Interview als "Vortrag" ablaufen kann. Hier ist es eine sensible Aufgabe für den Interviewer, den Befragten zu "bremsen" und für die Forschungsfrage relevante Wissensbereiche anzusprechen.

Vor diesem Hintergrund wird die Bedeutung einer flexiblen, befragtenzentrierten Interviewform deutlich. Während das Interesse an den subjektiven Vorstellungen zunächst ein offenes Fragen nahelegt, kann aus den gerade genannten Gründen zu Zeiten ein direktives Vorgehen notwendig sein, um das Gespräch über die Sammlung von Fachwissen hinaus zu führen. Dazu können die Kommunikationsstrategien des problemzentrierten Interviews - Gesprächseinstieg, allgemeine Sondierung, spezifische Sondierung und Ad-hoc-Fragen - hilfreich sein (vgl. Witzel, 1982, 1985; vgl. auch den Abschnitt "Durchführung der Interviews", Kap. 6.2.2). Des weiteren bedarf es eines wohlüberlegten Interviewleitfadens, der sowohl inhaltlich als auch strukturell den Anforderungen des Frageprinzips (offen → strukturiert) gerecht wird.

6.1.3 Der Interviewleitfaden

Da der Form der Fragen große Bedeutung zukommt, sind im Leitfaden Fragebeispiele für jede Interviewphase und jedes Thema enthalten. Der Leitfaden stellt aber lediglich ein Hilfsinstrument dar, dessen Verwendung flexibel gehandhabt werden soll und Hinweise auf noch nicht thematisierte Aspekte gibt. Aus diesem Grund gibt es neben dem ausführlichen Leitfaden einen Leitfaden-Übersichtsbogen (s. Anhang), auf dem alle Fragenkomplexe auf einen Blick zu übersehen sind. Der Vorteil liegt hier darin, daß der Interviewer je nach Gesprächsverlauf leichter die zuvor strukturierte Reihenfolge der Fragen verlassen kann und dennoch die Orientierung über bereits behandelte und noch zu besprechende Themenbereiche behält. Mit einiger Übung in der Interviewführung war so das Nachlesen der einzelnen Fragen im Leitfaden nur noch in wenigen Fällen erforderlich.

Die inhaltlichen Themenbereiche des für diese Erhebung verwendeten Leitfadens wurden anhand theoretischer Vorüberlegungen entwickelt. Orientierung bot dabei die Sichtung relevanter Literatur in den Bereichen "Geschichte des Ökosteuer-Diskurses" (z. B. Binswanger et al., 1983; Krebs & Reiche, 1998, 1999; Krebs, Reiche & Rocholl, 1998; Weizsäcker, 1992), "öffentlicher Diskurs im umweltpolitischen Bereich" (vgl. Hoffmann & Fietkau, 1998; Keller, 1998, 1999) und "Subjektive Vorstellungen zur Umweltkrise" (Homburg, 1995; Homburg & Matthies, 1998). Viele Anregungen zu Inhalten und "praktischem Bedarf" stammen aus Vorgesprächen mit Umweltakteuren, die ich in der Vorbereitungszeit der Arbeit zahlreich geführt habe.

Die Struktur des Interviewleitfadens ist an den drei Elementen von subjektiven Theorien (vgl. Groeben et al., 1988) orientiert. Das Interview gliedert sich in folgende Abschnitte:

- I. Angaben zur Person
- II. Beschreibung und Erklärung des ÖSR-Konzeptes
- III. Beschreibung und Erklärung des öffentlichen Diskurses
- IV. Prognose zum Ökosteuer-Diskurs¹⁴
- V. Technologie / Handlungsanleitungen zum Ökosteuer-Diskurs

Ein kurzer Vorspann zu Beginn des Interviews dient dazu, den Befragten den Zugang zur Untersuchungssituation zu erleichtern und eventuelle Vorurteile und Bedenken zu zerstreuen. Neben der Vorstellung des Interviewers und des Forschungsthemas beinhaltet er Hinweise

zum Datenschutz und zur Vorgehensweise (vgl. Grothmann, 1999, S. 57). An dieser Stelle wird betont, daß es nicht nur um Detailwissen zum Konzept der ÖSR geht, sondern um persönliche (subjektive) Einschätzungen des gesamten Ökosteuer-Diskurses. An den Vorspann schließen sich die fünf genannten Fragenkomplexe an. Die genauen Fragen lassen sich im Leitfaden im Anhang der Arbeit nachlesen.

Jeder der Interviewabschnitte beginnt mit sehr allgemeinen, relativ offenen Fragen. Dieses Vorgehen orientiert sich am Konstruktionsprinzip für Leitfäden nach Lecher, Hoff, Distler und Jancer (1992). Dieses als "Trichtermodell" bezeichnete Prinzip basiert auf einer Vorgehensweise vom Allgemeinen hin zum Besonderen bzw. von eher offenen zu stärker strukturierten Vorgaben.

6.2 Die Durchführung der Untersuchung

6.2.1 Die Auswahl der Interviewpartner

Die Personen, die im Rahmen der vorliegenden Untersuchung befragt wurden, sind Akteure, die den Diskurs zur ÖSR in der Öffentlichkeit maßgeblich mitgestalten. Die Interviewpartner wurden nach bestimmten Kriterien ausgewählt, die im folgenden dargelegt werden.

Die Wahl der Interviewpartner war insbesondere durch drei Ziele bestimmt. Die Interviewpartner sollten

1. Akteure sein, die Einfluß auf die Diskussion in der Öffentlichkeit – z.B. durch Medien, Veröffentlichungen, Vorträge, etc. – nehmen,
2. ein möglichst breites Spektrum der in der Öffentlichkeit vertretenen Meinungen und Standpunkte repräsentieren,
3. zur Hälfte ÖSR-Befürworter und zur Hälfte Ablehner der ÖSR sein.

Dazu habe ich zunächst anhand politikwissenschaftlicher Literatur zur ÖSR relevante Akteursgruppen bestimmt. Die Grundlage dazu bietet die Analyse von Krebs & Reiche (1999), die für den ÖSR-Diskurs vornehmlich bundespolitisch aktive Akteure benennen. Sie unterscheiden zwischen staatlichen Akteuren (Bundesregierung und Bundesministerien), nicht-staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren (Industrie- und Wirtschaftsverbände, Umweltverbände, Gewerkschaften, Medien und wissenschaftliche Institutionen) sowie den politischen Parteien. Vor diesem Hintergrund konnte eine grobe Medienanalyse im Zeitraum

¹⁴ Der Begriff "Ökosteuer-Diskurs" bezeichnet die Verbindung der Sicht auf das ÖSR-Konzept und den

vom Bundestagswahlkampf im Sommer 1998 bis zur Einführung des ÖSR-Gesetzes im April 1999 einen Überblick über zentrale Organisationen und ihre Vertreter, die sich öffentlich zur ÖSR äußerten, verschaffen. Insbesondere sind hier Zeitungsartikel, Pressemitteilungen, Grundsatzpapiere, Parteiprogramme und ähnliches herangezogen worden. Des Weiteren sind Informationen durch die Teilnahme an Vorträgen, Podiumsdiskussionen, Pressekonferenzen und Tagungen zur ÖSR zusammengetragen worden. Mehrere informelle Gespräche mit Experten, die in den letzten Jahren an der Entwicklung des ÖSR-Konzeptes beteiligt waren, haben die Übersicht über die ÖSR-"Szene" ergänzt.

Diese Informationssammlung zeigte, daß die Anzahl der meinungsbildenden Akteure im ÖSR-Diskurs übersehbar ist. Es sind bundesweit sicherlich viele Personen mit diesem Thema beschäftigt, aber eine Reihe von Akteuren tauchten immer wieder auf. Aus diesem "Pool" von offensichtlich am Diskurs stark beteiligten Akteuren sind nun Personen aus allen oben genannten Akteursgruppen angefragt worden. Dabei wurde darauf geachtet, eine ungefähr gleiche Anzahl von Befürwortern und Ablehnern der ÖSR für die Interviews zu gewinnen. Die Einordnung in diese politische Orientierung konnte ich zunächst über die zuvor recherchierten Informationen gewinnen. Zu Beginn jeden Interviews habe ich diese Einordnung durch Nachfragen noch mal überprüft, wobei sich allerdings herausstellte, daß eine so einfache, dichotome Zuordnung nicht möglich ist (s. Kap. 7).

Ein Problem bei der Stichprobenauswahl war die Zugänglichkeit zu meinungsbildenden Akteuren. Die maßgeblichen Diskursgestalter sind häufig Personen in hierarchisch hochgestellten Positionen mit einem engen Terminplan. Daher ist es nicht immer gelungen, die "ersten" Vertreter von Organisationen zu interviewen. In diesen Fällen wurde ich meist an Mitarbeiter vermittelt, die ebenso mit dem Thema vertraut sind und häufig stellvertretend ebenfalls die entsprechenden Organisationen im öffentlichen Diskurs vertreten (etwa durch Presseberichte, Interviews, Teilnahme an Podien, etc.).

Schließlich haben sich 19 Akteure zu einem Gespräch bereit erklärt, davon eine Frau¹⁵. In zwei Interviews habe ich jeweils mit zwei Personen gesprochen, so daß insgesamt 17 Interviews geführt wurden. In Abb. 14 ist die Anzahl der befragten Akteure aus den einzelnen Akteursgruppen und ihre jeweilige Funktion dargestellt.

öffentlichen Diskurs.

¹⁵ Auch wenn Informationen über die einzige Interviewpartnerin berichtet werden, wird immer die männliche Sprachform benutzt, um die Anonymität der Befragten zu gewähren.

Akteursgruppen	Anzahl d. Befragten	Arbeitsfelder
Politik	5	<ul style="list-style-type: none"> • Zwei Bundestagsabgeordnete • Referent für Umweltpolitik in einer Bundestagsfraktion • Referent für Finanzen in einer Bundestagsfraktion • Wiss. Angestellter für wirtschaftswissenschaftliche Umweltfragen in staatlicher Behörde
Wirtschaft	7	<ul style="list-style-type: none"> • Umweltbevollmächtigter eines internationalen Wirtschaftsunternehmens • Leiter im Bereich Umweltschutz eines internationalen Wirtschaftsunternehmens • Leiter im Bereich Umweltschutz eines unternehmensinternen Forschungsinstituts • Leiter Verkehrspolitik im Bereich Konzernentwicklung eines Wirtschaftsunternehmens • Mitarbeiter im Bereich Konzernentwicklung eines Wirtschaftsunternehmens • Mitarbeiter Abteilung Marketing eines Wirtschaftsunternehmens • Sachbearbeiter für Energiepolitik eines Wirtschaftsunternehmens
Unternehmensverbände	1	<ul style="list-style-type: none"> • Referent für Steuer- und Haushaltspolitik
Umweltverbände	2	<ul style="list-style-type: none"> • Mitglied des Landesvorstands und Sprecher eines "Arbeitskreises ÖSR" eines bundesweiten Umweltverbandes • Referent für Wirtschafts und Finanzpolitik eines bundesweiten Umweltverbandes
Medien	1	<ul style="list-style-type: none"> • Redakteur für Umwelt und Wirtschaft einer überregionalen Tageszeitung
Wissenschaftliche Institutionen	2	<ul style="list-style-type: none"> • Leiter der Forschungsstelle Ökonomie / Ökologie eines Wirtschaftsforschungsinstituts • Wissenschaftler in Wirtschaftsforschungsinstitut
Gewerkschaften	1	<ul style="list-style-type: none"> • Referatsleiter für Umweltpolitik im Gewerkschaftsverband

Abb. 14: Akteursgruppen und Arbeitsfelder der befragten Akteure

In Abb. 15 sind die beruflichen Hintergründe der Befragten aufgelistet. Auf eine spezifischere Beschreibung der einzelnen Interviewpartner wird an dieser Stelle aus Gründen der zugesagten Wahrung der Anonymität verzichtet. In der Darstellung der Ergebnisse werden zwar keine Aussagen gemacht, die nicht auch öffentlich vertreten werden könnten. Die sorgfältige Anonymisierung der Daten scheint aber angemessen, da in den Interviews über die offiziellen Stellungnahmen der vertretenen Organisationen hinaus auch persönliche Standpunkte der Akteure dargelegt wurden.

Beruflicher Hintergrund	Anzahl
Ökonom	7
Physiker	4
Biologe	2
Ingenieur	3
Politologe	1
Philosoph	1
Jurist	1

Abb. 15: Beruflicher Hintergrund der Befragten

6.2.2 Die Durchführung der Interviews

Vor Beginn der Erhebung wurden Interviewstrategien und Leitfadendesign in zwei Probeinterviews mit Personen erprobt, die zwar keine meinungsbildenden Akteure waren, die sich aber aktiv im Umweltbereich engagieren und das Konzept der ÖSR kannten. Auf diese Weise konnte das Design des Leitfadens und die Frageformen modifiziert werden.

Die Interviews sind im Zeitraum von Juli bis September 1999 geführt worden. Die Erhebung fand also innerhalb eines Zeitrahmens statt, in dem keine maßgeblichen politischen Entscheidungen zum ÖSR-Gesetz beschlossen wurden. Der Stand der Sachlage war zum Zeitpunkt der Interviews folgender: Der erste Schritt der ÖSR war zum 1. April 1999 gesetzlich eingeführt worden. Es lag ebenfalls bereits ein Konzept für vier weitere Schritte vor, wonach die Steuer jährlich bis zum Jahr 2003 erhöht werden sollte (vgl. Kap. 2).

Der Ort der Interviews wurde in allen Fällen vom Interviewpartner bestimmt. In der Regel fanden die Interviews somit in den Büros der Akteure statt. Die Länge der Interviews variierte zwischen 30 und 90 Minuten. Die Dauer wurde immer im Vorfeld abgesprochen. Die Länge des Interviews hatte Einfluß auf die Interviewstrategie. In den Fällen, in denen der Interviewpartner nur sehr wenig Zeit hatte, bin ich stärker direktiv und strukturiert vorgegangen. Oben wurde bereits die Fragestrategie genannt, wonach zunächst offene Fragen gestellt werden und erst im Anschluß bei Bedarf strukturierter nachgefragt wird. Das gibt dem Befragten Raum, sein verfügbares Wissen und seine Vorstellungen selbst zu strukturieren und zu äußern. Nachfragen stehen damit nicht im Widerspruch zu der Intention, eine Erzähllogik aufzubauen. Im Gegenteil, sie befördern geradezu letztere, wenn sie für die Befragten nicht taktisch, sondern bezogen auf den gerade erörterten Problembereich plausibel erscheinen (Witzel, 1982, S. 92). Dieses Vorgehen war aber aus Zeitgründen nicht in allen Fällen

möglich. Besonders die Politiker und Wirtschaftsvertreter aus den höheren Hierarchieebenen haben einen engen Zeitrahmen für die Interviews vorgegeben. Die Erfahrung zeigt, daß zu Beginn des Interviews meist auf die technische Ebene der ÖSR – also Detailfragen des Steuerkonzeptes – eingegangen wurde. Erst im Laufe des Interviews wurde stärker meine Fragestellung zu subjektiven Vorstellungen zum öffentlichen Diskurs berücksichtigt. Um bei den kurzen Interviews schneller über die anfänglichen "Vortragsinhalte" der interviewverfahrenen Akteure hinaus zu kommen, mußte ich in einigen Fällen stärker strukturieren und immer wieder auf meine Fragestellung hinweisen.

Weiter war insbesondere die Strategie der "Störfragen" fruchtbar. Die Technik der Störfragen hat Wahl (vgl. Wahl, Schlee, Krauth, & Mureck, 1983) entwickelt und ist häufig bei der Erhebung subjektiver Theorien angewandt worden (vgl. Scheele & Groeben, 1988). Diese Technik ist der Konfrontationstechnik des problemzentrierten Interviews ähnlich (vgl. Witzel, 1982, S. 100ff.). Der Interviewer bietet dem Interviewten zu dessen Erklärungen etc. Alternativhypothesen an. Dadurch ist der Befragte aufgefordert, die eigenen Thesen im Licht konkurrierender Alternativen zu betrachten, um sie bewußt festzuhalten, zu erweitern oder einzugrenzen. Die Alternativhypothesen waren häufig Erklärungen, die mir von Akteuren in anderen Interviews genannt wurden, oder sie wurden von mir selbst aufgestellt. Dieses Vorgehen entspricht gewissermaßen der Idee des "Dialog-Konsens" (Scheele & Groeben, 1988), da durch die Abgrenzung von Alternativerklärungen das Verstehen zwischen den beiden Gesprächspartnern reflektiert wird.

Alle Interviews wurden mit Einverständnis der Befragten auf Tonband aufgezeichnet. Im Anschluß an die Interviews wurde in der Regel ein kurzes Postskriptum erstellt (vgl. Witzel, 1982, S. 91f.). Es enthält das Gespräch betreffende Kontextinformationen, etwa zur Gesprächsatmosphäre, zu Besonderheiten im Interviewverlauf, zur räumlichen Gegebenheit etc. So werden möglicherweise aufschlußreiche Kontextinformationen dokumentiert, die für die spätere Interpretation der Aussagen im Interview hilfreich sein können und den Vergleich verschiedener Interviewsituationen erlauben (vgl. Flick, 1998, S. 107f.).

6.3 Die Auswertung

Das Ziel der Auswertung ist a) die Rekonstruktion der subjektiven Vorstellungen der Akteure und b) die Bildung einer Akteurstypologie. Die einzelnen Schritte auf dem Weg dorthin werden in diesem Abschnitt dargelegt. Da sich qualitative Auswertungsverfahren nur selten durch ein hohes Maß an Standardisierung auszeichnen, sondern stets auf den

Untersuchungsgegenstand anzupassen sind, ist die Explikation des jeweils gewählten Vorgehens wichtig. Das Prinzip der Explikation stellt an einen qualitativ vorgehenden Forscher die Forderung, "die Einzelschritte des Untersuchungsprozesses so weit als möglich offen zu legen" (Lamnek, 1993a, S. 26). Allerdings kann dieses Prinzip nicht Garant für die Gültigkeit der durch den Forscher vorgenommenen Interpretationen sein. Es kann lediglich die Nachvollziehbarkeit der Auswertung vergrößern.

Dem Prinzip der Explikation folgend, werden in diesem Abschnitt die einzelnen Schritte der Auswertung des zugrundeliegenden Datenmaterials dargestellt. Zunächst wurden die Daten transkribiert und für die Bearbeitung in einem Textanalyseprogramm aufbereitet. Das weitere Vorgehen zur Auswertung ist in vier Schritte unterteilt, die die Auswertung der einzelnen Interviews, den Vergleich zwischen den Interviews, die Typenbildung und die Charakterisierung der Idealtypen umfassen. Am Ende dieses Abschnitts werden hier berücksichtigte Gütekriterien der qualitativen Forschung besprochen.

6.3.1 Zur Transkription und Dokumentation der Interviews

Zunächst erfolgte die Transkription der auf Tonband aufgenommenen Interviews. Für meine Fragestellung ist insbesondere eine genaue inhaltliche Aufnahme der Aussagen von Bedeutung. Deshalb werden die Aussagen wörtlich transkribiert, nonverbale Aspekte, wie es etwa für die Transkription von narrativen Interviews üblich ist, blieben hingegen unberücksichtigt. Einige Interviewpassagen, die nach dem erneuten Anhören der Aufnahmen inhaltlich nicht relevant für meine Fragestellung schienen, wurden nicht wörtlich transkribiert, sondern inhaltlich nur kurz zusammengefaßt. Die Transkripte der Interviews sind im Anhang (2. Band) bzw. in digitaler Form als CD-Rom der Arbeit beigelegt.

6.3.2 Computergestützte Auswertung der Interviews

Bei der Datenanalyse wurde unterstützend das Textanalyseprogramm ATLAS/ti¹⁶ herangezogen. Eine computerunterstützte Auswertung qualitativer Daten umfaßt die Schritte der Datenauswertung, die zwischen der Datenerhebung und der Interpretation des

¹⁶ Das Programm wurde in folgender Version benutzt: ATLAS/ti 4.1 für Windows 95. Informationen zu Funktionen und zur Handhabung des Programms sind zu beziehen über die Internet-Seite: <http://www.atlasti.de>

Datenmaterials angesiedelt sind. Die Software hilft bei einer Vielzahl von Auswertungsoperationen.¹⁷

6.3.3 Das Vorgehen bei der Auswertung

In diesem Abschnitt wird das Vorgehen der Auswertung in Abwandlung des "Stufenmodells empirisch begründeter Typenbildung" nach Kluge (1999) in vier Schritten dargestellt:

1. Die Rekonstruktion der subjektiven Vorstellungen der einzelnen Akteure.
2. Der Vergleich der Vorstellungen zwischen den Akteuren mit anschließender Zuordnung zu Akteursgruppen.
3. Die Analyse inhaltlicher Sinnzusammenhänge innerhalb und zwischen den Akteursgruppen mit anschließender Bildung von Idealtypen im Sinne Max Webers.
4. Charakterisierung und Darstellung der gebildeten Idealtypen.

Das schrittweise Vorgehen ist in Abb. 16 schematisch zusammengefasst.

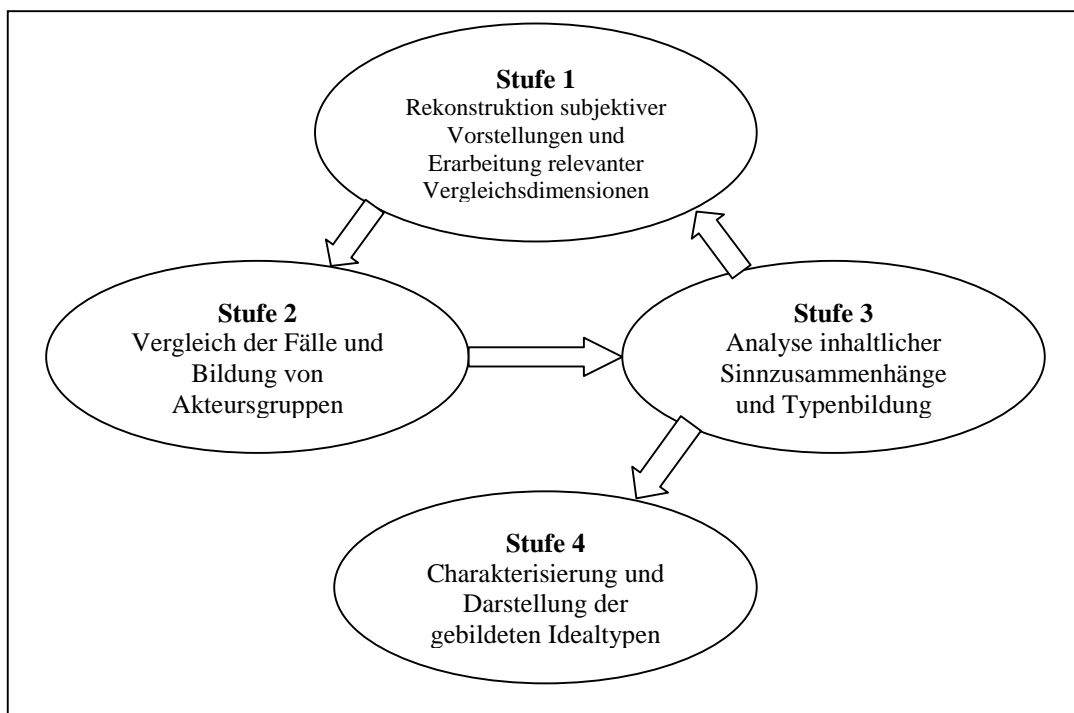


Abb. 16: Schritte der Auswertung

¹⁷ Das Auswertungsprogramm ermöglicht das Anlegen eines Kategoriensystems an das Datenmaterial. Den Kategorien können entsprechende Zitate und Kommentare zugeordnet werden. Die Auswertung wird, basierend auf diesem Kategoriensystem, einzeln für jedes Interview vorgenommen. Anschließend können Ordnungsbefehle angewandt werden, die es z.B. auch ermöglichen, die einzelnen Kategorien mit den jeweiligen Zitaten aller Befragten zu beschreiben.

Während das Vorgehen der Auswertung grob entlang der vier Schritte zur Typenbildung nach Kluge (1999) aufgeteilt ist, war innerhalb der einzelnen Schritte der Rückgriff auf weitere Auswertungsmethoden notwendig. Dieser Bedarf erklärt sich daraus, daß das Konzept von Kluge maßgeblich als Methode zur Typenbildung erstellt wurde. In der vorliegenden Untersuchung ist aber nicht nur die Typologie das Auswertungsziel, sondern auf dem Weg dorthin interessiert ebenso die Rekonstruktion der subjektiven Vorstellungen der Akteure. Das Stufenmodell empirisch begründeter Typenbildung nach Kluge (1999) ist aber ohnehin auf eine flexible Handhabung von Auswertungsmethoden ausgelegt und eignet sich daher gut als Auswertungsrahmen: "Da jede Auswertungsstufe mit Hilfe unterschiedlicher Auswertungsmethoden und -techniken realisiert werden kann, kommt das Stufenmodell der Vielfalt qualitativer Fragestellungen und der unterschiedlichen Qualität des Datenmaterials sehr gut entgegen" (Kluge, 1999, S. 282).

Der erste und zweite Schritt der Auswertung des in Form von Interviewtranskripten vorliegenden Datenmaterials wurde in Anlehnung an einzelne Schritte der Globalauswertung nach Legewie (1997), der Qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (1988) und dem Experteninterview nach Meuser und Nagel (1991) vorgenommen. Nach dem Vergleich der einzelnen Auswertungsschritte dieser Ansätze habe ich einzelne Schritte herausgenommen und entsprechend den Erfordernissen dieser Arbeit zusammengestellt. Der dritte und vierte Schritt der Auswertung orientiert sich dichter an dem Vorgehen von Kluge (1999).

1. Schritt: Vorgehen bei der Rekonstruktion der subjektiven Vorstellungen anhand der Einzelinterviews

Zunächst werden hier die Schritte zur Einzelanalyse der 19 Fälle dargestellt. Folgende Schritte sind zur Rekonstruktion subjektiver Vorstellungen der einzelnen Akteure nacheinander vorgenommen worden:

Zunächst wird der gesamte Interviewtext sorgfältig gelesen. Anschließend wird der Text nach Inhalten grob gegliedert. Für einzelne inhaltliche Abschnitte werden Überschriften gesucht (vgl. Legewie, 1997). Diese Überschriften dienen zum einen der Vorstrukturierung für die spätere Kategorienbildung, zum anderen erleichtern die auffällig formatierten Überschriften die schnelle Orientierung innerhalb des Textes im Textanalyseprogramm. Textpassagen, die offensichtlich für die vorliegende Fragestellung nicht relevant sind oder vom Thema abweichen, werden an dieser Stelle entsprechend gekennzeichnet. So wird bereits hier die erste Textreduktion vorgenommen.

Als nächstes wird der Text kodiert. Die Kodierung zielt darauf ab, Daten und Phänomene in Begriffe zu fassen. D. h. inhaltlich oder strukturell zusammenhängende Texteinheiten werden mit Begriffen (Kodes) versehen (vgl. Flick, 1998, S. 198). Zum einen wird ein Kategoriensystem an den Text heran getragen; durch das leitfadensorientierte Interviewverfahren ist die Vorstrukturierung und Zentrierung des Materials bereits gegeben. Zum anderen werden Kategorien induktiv aus dem Datenmaterial gewonnen. Ein solches Vorgehen entspricht der in der Praxis gängigen Mischform des Herantragens eines groben, theoriegeleiteten Kategoriensystems an das Datenmaterial, das bei der Materialanalyse ergänzt und verfeinert wird (vgl. Bortz & Döring, 1995, S. 305).

Durch die Kodierung wird das Ausgangsmaterial konzentriert. Es folgen aber weitere Schritte der Materialreduktion. Die recht hohe Anzahl von theoretisch abgeleiteten und aus dem Textmaterial gewonnen Kodes werden nach Sinnzusammenhängen gruppiert und zu weiteren Kategorien zusammengefaßt. Im Sinne der Zusammenfassung als einer der Grundformen des Interpretierens wurde somit das Datenmaterial ausgehend von der Fragestellung so reduziert, daß die wesentlichen Inhalte, die ein Abbild des Grundmaterials darstellen, erhalten geblieben sind (vgl. Mayring, 1988, S. 53).

Weiter sind innerhalb der einzelnen Interviews die Kategorien nach Zusammenhängen überprüft worden. Die gebildeten Kategorien und ihre Zusammenhänge stellen Verdichtungen der subjektiven Vorstellungen der Akteure dar. Die Auswertung innerhalb der einzelnen Interviews ist somit abgeschlossen.

2. Schritt: Vergleich der Interviews und Zuordnung zu Akteursgruppen

Der nächste Schritt ist der systematische Vergleich der Interviews. Die Vergleichbarkeit der Fälle ist durch die Verwendung des Interviewleitfadens gewährleistet (Meuser & Nagel, 1991, S. 453).

Zunächst wird durch den Vergleich der Interviews das Datenmaterial weiter reduziert. Im Vergleich werden die wichtigsten Kategorien identifiziert und scheinbar weniger wichtige ausgeklammert. Dazu wird verglichen, welche Kategorien bei vielen Akteuren vorkommen. Diese Häufungen bilden den Ausgangspunkt für weitere Überlegungen zur Auswahl relevanter Kategorien. Sie sind allerdings nicht allein ausschlaggebend, da in der qualitativen Forschung das Interesse ja nicht nur den "großen Zahlen" gilt, sondern ebenso die idiosynkratischen Kategorien interessieren (vgl. Jaeggi, Faas & Mruck, 1998, S. 11f.).

An dieser Stelle ist die Datenreduktion abgeschlossen. Die unter den Kategorien zusammengefaßten subjektiven Vorstellungen des einzelnen Akteurs werden nun mit denen aller anderen Akteure auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten überprüft. So werden Akteure mit ähnlichen Vorstellungen in Akteursgruppen zusammengefaßt. Natürlich sind die Vorstellungen der Akteure einer Gruppe niemals ganz homogen. Daher wird die Entscheidung über die Gruppenzuordnung anhand der für die Fragestellung entscheidenden inhaltlichen Kategorien gefällt, nämlich anhand der:

- Orientierung an den Elementen des Leitbilds der Nachhaltigkeit: Ökologie, Ökonomie und Soziales,
- Bewertung des ÖSR-Konzeptes,
- Rollenzuschreibung an Bürger und Bürgerinnen für demokratische Prozesse,
- Bedeutungszuschreibung an den öffentlichen Diskurs.

Die Ergebnisdarstellung der subjektiven Vorstellungen werden innerhalb der gebildeten Akteursgruppen entsprechend dieser Hauptkategorien gegliedert.

Somit ist die Rekonstruktion der subjektiven Vorstellungen der Akteure und ihr Vergleich über die Interviews abgeschlossen. Für die im folgenden beschriebene Typenbildung stellen die Rekonstruktion der subjektiven Vorstellungen, die Vergleiche zwischen diesen Akteursvorstellungen und die daraufhin gebildeten Akteursgruppen die Grundlage dar.

3. Schritt: Bildung der Akteurstypologie

Bevor das Vorgehen der Typenbildung in Anbindung an die eben beschriebenen Interviewvergleiche im einzelnen beschrieben wird, sollen einige Anmerkungen zur Theorie und Methode der Typenbildung gemacht werden. Dieses ist insbesondere notwendig, da die Typenbildung in der Psychologie nicht populär, wenn nicht gar grundsätzlich umstritten ist. Diese Abneigung gegenüber der Typenbildung ist zu einem großen Teil auf die Geschichte der Psychologie in Deutschland zurückzuführen. Umstrittene Typenlehren wie die des Psychiaters Ernst Kretschmer (1888-1964), der in seinem Buch "Körperbau und Charakter" (1967/1921) psychische Krankheiten und Charakterzüge mit Körperbauformen in Verbindung brachte, haben (nicht ohne Grund) zu dem Verruf der Typenbildung beigetragen. Besonders vor dem Hintergrund der ideologischen Nutzung physiognomischer Typologien im Nationalsozialismus, ist der Begriff "Typologie" in der Psychologie für lange Zeit zum

"Unwort" geworden. An dieser Stelle kann auf die Debatte nicht weiter eingegangen werden (vgl. dazu Dorsch, 1994, S. 820ff.; Lück, 1991, S. 135ff.). Es muß hier wohl kaum angemerkt werden, daß sich das Vorhaben der Typisierung in der vorliegenden Arbeit klar von der eben genannten Ideologie abgrenzt. Der Typusbegriff spielt seit Beginn der empirischen Sozialwissenschaften eine bedeutende Rolle und wird sowohl für deskriptive als auch für theoretische bzw. heuristische Zwecke verwandt (vgl. Kluge, 1999). Insbesondere in der Soziologie findet die Typenbildung bedeutend häufigere Anwendung als in der Psychologie. Da ich den Wert der Typenbildung für die Erkenntnis komplexer sozialer Realitäten anerkenne, halte ich auch die Benutzung des Typusbegriffs in einer psychologischen Arbeit für legitim und wertvoll. Darin schließe ich mich einem Trend an, den Kluge (1999, S. 14) als "Renaissance des Typusbegriffs" bezeichnet. Nachdem der Typusbegriff im quantitativ orientierten Mainstream der Sozialforschung seit den 70er Jahren durch den Terminus "Cluster" immer mehr verdrängt wurde, erlebt der Begriff in der qualitativen Sozialforschung nun wieder einen Aufschwung.

Es werden eine Fülle von unterschiedlichen Typenbegriffen verwendet, wie etwa Idealtypen, idealtypische Konstrukte, empirische Typen, Strukturtypen, Prototypen, reine Typen und Extremtypen. Ich beziehe mich hier auf den Idealtypus im Sinne Webers (1968/1904). In neuerer Zeit ist das Vorgehen der Bildung von Idealtypen am ausführlichsten in den Methoden der "Prozeßstrukturanalyse" nach Gerhardt (1991a, 1991b), in der "Typologischen Analyse" nach Kuckartz (1988, 1995) und in dem "Stufenmodell empirisch begründeter Typenbildung" nach Kluge (1999; vgl. auch Kelle & Kluge, 1999) gefaßt. Wie bereits dargestellt, orientiere ich mich bei der Bildung von Akteurstypen im Ökosteuers-Diskurs an dem Ansatz von Kluge. Ich wähle diese Methode, da sie im Gegensatz zu den Verfahren von Gerhardt und Kuckartz eine wesentlich größere Offenheit und Flexibilität aufweist (Kluge, 1999, S. 282).

Max Weber beschreibt den Begriff des Idealtypus folgendermaßen:

"Er [der Idealtypus] wird gewonnen durch einseitige Steigerung eines oder einiger Gesichtspunkte und durch Zusammenschluß einer Fülle von diffus und diskret, hier mehr, dort weniger, stellenweise gar nicht, vorhandenen Einzelercheinungen, die sich jenen einseitig herausgehobenen Gesichtspunkten fügen, zu einem in sich einheitlichen Gedankenbilde."
(Weber, 1968/1904, S. 43)

Definiert werden kann der Typusbegriff als "ein zusammenfassender Name bestimmter Merkmalskombinationen, zwischen denen bestimmte regelmäßige Beziehungen angenommen werden" (Gerken, 1964, zitiert nach Kluge, 1999, S. 41). Das Ziel der Bildung von Idealtypen ist a) die Erkenntnis gesellschaftlicher Realität durch Strukturierung und Ordnung eines Untersuchungsbereichs und b) die Entwicklung von Heuristiken und Theorien, durch die inhaltliche Sinnzusammenhänge zwischen und innerhalb der gebildeten Typen analysiert werden können.

Somit schließt die Typenbildung (Schritt 3 und 4 des Vorgehens) sinnvoll an die Rekonstruktion von subjektiven Vorstellungen (Schritt 1) und deren Vergleich (Schritt 2) an. Die einzelnen Akteurvorstellungen können durch die Typisierung gruppiert und abstrahiert werden, wodurch eine Systematisierung der Diskursarena zur Ökosteuer möglich wird.

Dabei kann die Rekonstruktion der subjektiven Vorstellungen auch allein stehen, für die Typenbildung sind aber Schritt 1 und 2 eine notwendige Voraussetzung. Denn wird der Typus als Kombination von Merkmalen definiert, braucht man zunächst Merkmale, die der Typologie zugrunde gelegt werden sollen. Die Vergleichsdimensionen sind in diesem Fall die subjektiven Vorstellungen der Akteure im Ökosteuer-Diskurs. Die Fälle können anhand dieser Merkmale (subjektiven Vorstellungen) gruppiert werden und die ermittelten Gruppen hinsichtlich ihrer empirischen Regelmäßigkeit untersucht werden.

Auf dieser Basis schließt sich nun die Bildung von Idealtypen an. Die empirisch vorgefundenen Gruppen werden auf bestehende inhaltliche Sinnzusammenhänge innerhalb und zwischen den Gruppen untersucht. Diese Analyse kann zu weiteren Merkmalen führen (s. den Pfeil von Stufe 3 zu Stufe 1 in Abb. 16), die bei der Typenbildung berücksichtigt werden müssen, so daß die Stufen nochmals durchlaufen werden müssen. Wenn die Merkmale endgültig bestimmt sind, wird durch ihre "Steigerung" ein einheitliches Gedankengebilde des Idealtypus erstellt.

Hinsichtlich des idealtypischen Charakters der Typologie folge ich an dieser Stelle Webers Konzept des Idealtypus stärker als Kluge es in ihrem Stufenmodell tut. "Je schärfer und eindeutiger konstruiert die Idealtypen sind: je weltfremder sie also, in diesem Sinne, sind, desto besser leisten sie ihren Dienst, terminologisch und klassifikatorisch sowohl wie heuristisch" (Weber, 1972/1921, zitiert nach Kluge, S. 66). Diese Weltfremde reduziert nicht die empirische Verankerung der Typen. Gemeint ist vielmehr die Abstraktion von und die Pointierung der Einzelfälle. D. h. daß die in einem Idealtypen verbundenen Merkmale nicht mit einem einzelnen Fall, also mit den subjektiven Vorstellungen eines einzelnen Akteurs, übereinstimmen müssen. Vielmehr sind prägnante, miteinander in Sinnzusammenhang

stehende Vorstellungen mehrerer Akteure zu einem idealtypischen Gedankengebilde - man könnte auch sagen: zu einem hypothetischen intersubjektiven Vorstellungsmuster - verbunden. Weber bezeichnet die Idealtypen daher als "theoretische Konstruktionen unter illustrativer Benutzung des Empirischen" (Weber 1968/1904, S.56).

In der vorliegenden Untersuchung sind eigentlich mehrere Typologien gebildet worden. Anhand der zwei Merkmalskomplexe "Sicht auf das ÖSR-Konzept" und "Sicht auf den öffentlichen Diskurs" werden zunächst Subtypen gebildet, die aber die Funktion eines Zwischenschrittes haben. Beide Subtypen werden dann zu der letztendlichen Akteurs-Typologie integriert.

4. Schritt: Charakterisierung und Darstellung der Idealtypen

Abschließend werden die Typen umfassend anhand ihrer Merkmalskombinationen sowie der inhaltlichen Sinnzusammenhänge charakterisiert. Da sich die Fälle eines Typus nicht in allen Merkmalen gleichen, sondern nur "ähneln", stellt sich das Problem, wie das Gemeinsame der Typen am treffendsten charakterisiert werden kann. Dazu werden die Merkmale in einem einzelnen Begriff zuspitzend aggregiert. Bei der Vergabe dieser Kurzbezeichnungen muß besondere Sorgfalt angewandt werden, da es hierbei schnell zu Verkürzungen oder gar Verzerrungen kommen kann (vgl. Kluge, 1999, S. 280). Unter diesen Namen wird dann die Typologie in ihrer Ganzheit dargestellt.

In der Ergebnisdarstellung dieser Untersuchung sind die Ergebnisse aller Auswertungsschritte kombiniert dargestellt. Dabei bestimmt das Vorgehen auch die Struktur der Ergebnisdarstellung. Die Ergebnisse der einzelnen Auswertungsschritte sind ineinander geschachtelt gegliedert. Die subjektiven Vorstellungen sind in der Ergebnisdarstellung immer gleich den drei gebildeten Typen (bzw. zunächst den Subtypen) zugeordnet. Des weiteren sind diese Darstellungen wiederum in drei Abschnitte unterteilt, die sich aus dem Konzept der Subjektiven Theorien ergeben, nämlich nach den Strukturelementen von Theorien: Erklärung, Prognose und Technologie (vgl. Abb. 17 in Kap. 7). Abschließend werden dann die drei Akteurs-Typen noch mal zusammenfassend dargestellt.

6.3.4 Argumentative Validierung

Vorstellungen über die Welt sind, wie bereits mehrfach ausgeführt, immer subjektive Konstruktionen bzw. Rekonstruktionen der erlebten Wirklichkeit. Ausgangspunkt für

Forschung ist daher immer das subjektive Erleben, während Zielpunkt intersubjektive Konzepte und Theorien sind.

Die Annäherung an diese intersubjektive Gültigkeit von Forschungsdaten wird bei der Rekonstruktion subjektiver Theorien häufig mittels der kommunikativen Validierung angestrebt. So haben Groeben et al. (1988) die kommunikative Validierung fest in ihr Forschungsprogramm Subjektive Theorien integriert. Auf diese Weise soll sich die vom Forscher vollzogene Deutung des Interviews dem Verständnis des Interviewten annähern (vgl. Kap. 4). Die Methode der kommunikativen Validierung, z.B. in Form der Heidelberger Strukturlegetechnik (Scheele & Groeben, 1988) scheint mir sehr geeignet, läßt sich aber im Rahmen dieser Arbeit aber nicht verwirklichen.

Dem Anspruch einer kommunikativen Validierung soll aber zum einen durch die Interviewführung wenigstens ansatzweise Rechnung getragen werden. Durch ein dialogisches Vorgehen in der Befragung, d.h. gestützt durch Verständnisfragen und Konfrontationen, soll zumindest in der Erhebungsphase ein gewisser Konsens zwischen Forscher und Befragtem erreicht werden.

Zum anderen konnte eine Validierung in Form der *argumentativen Validierung* (Bortz & Döring, 1995, S. 304) innerhalb einer Diplomarbeitgruppe vorgenommen werden. "Das wichtigste Kriterium ist jedoch die interpersonale Konsensbildung (konsensuelle Validierung). Können sich mehrere Personen auf den Bedeutungsgehalt des Materials einigen, gilt dies als Indiz für seine Validität" (Bortz & Döring, 1995, S. 303f.). Die argumentative Validierung ist eine Form der Konsensvalidierung, die nicht auf den Konsens zwischen Forscher und Befragtem abzielt, sondern auf einen Konsens mit außenstehenden Laien und Kollegen. Die argumentative Validierung erfolgte im Rahmen einer Diplomarbeitgruppe, in der ich mich während der Diplomarbeitphase mit zwei weiteren Studierenden regelmäßig traf. In der Gruppe wurden beispielsweise ausgewählte Interviewpassagen kodiert und dann gemeinsam diskutiert. Auch wurde die Bildung der Akteurstypen argumentativ validiert. Natürlich konnten nicht alle Auswertungsschritte in dieser Form validiert werden, sondern nur exemplarische Auszüge. Zumindest führten diese exemplarischen Validierungen aber zu einer Sensibilisierung für den Umgang mit dem Datenmaterial. Die Ideen und Hypothesen, die sich in der Diplomarbeitgruppe entwickelten, wurden mit in die Auswertung einbezogen.

7 Ergebnisse: Subjektive Vorstellungen zum Ökosteuer-Diskurs

Die Auswertungsergebnisse sind anhand von drei Ordnungskriterien gegliedert (vgl. Abb.17):

- a) anhand der Struktur "Subjektiver Theorien", also nach Erklärung, Prognose und Technologie/Handlungsvorstellungen,
- b) entlang der Bildung von drei Akteursgruppen, die anhand der Sicht auf das ÖSR-Konzept und auf den öffentlichen Diskurs gebildet werden und später zu Idealtypen integriert werden (vgl. Abb. 18),
- c) entlang inhaltlicher Dimensionen, die die zentralen subjektiven Vorstellungen der Akteure abbilden, anhand derer die Zuordnung zu den Akteursgruppen vorgenommen wurde.

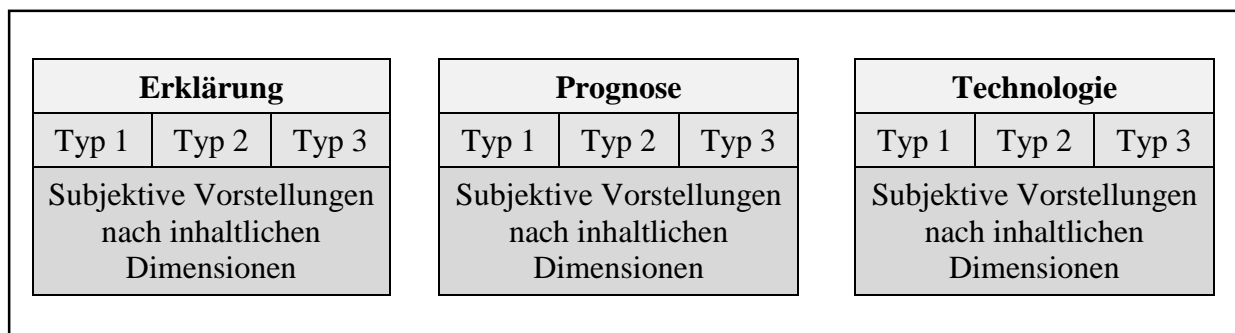


Abb. 17: Strukturierung der Ergebnisdarstellung

Die Untergliederung nach Erklärung, Prognose und Technologie ist eine analytische. Es liegt in der Verwobenheit der Vorstellungsmuster, daß die drei Elemente nicht voneinander isolierte Vorstellungen sind, sondern miteinander verbunden sind. So verwundert es nicht, daß an einigen Stellen Aussagen aller drei Elemente der subjektiven Vorstellungen vermischt werden.

Die Idealtypen, die hier als "Wachstums-Rationalität, "win-win - Rationalität" und "egalitäre Rationalität" bezeichnet werden, sind die Integration von zwei Subtypen (Lesarten), die entlang der Sicht auf das ÖSR-Konzept und auf den öffentlichen Diskurs entwickelt werden (vgl. Abb. 18). Bei der Beschreibung der Typen anhand der subjektiven Vorstellungen spreche ich hin und wieder von 'Akteuren des einen oder anderen Typs'. Im engeren Weberschen Sinne ist diese Bezeichnung nicht korrekt, da die Einzelfälle nicht deckungsgleiche Elemente der Idealtypen sind, sondern der Idealtyp den empirischen Fall überpointiert. Ich verwende diese Formulierung dennoch, um die empirische Fundierung der Typologie hervorzuheben.

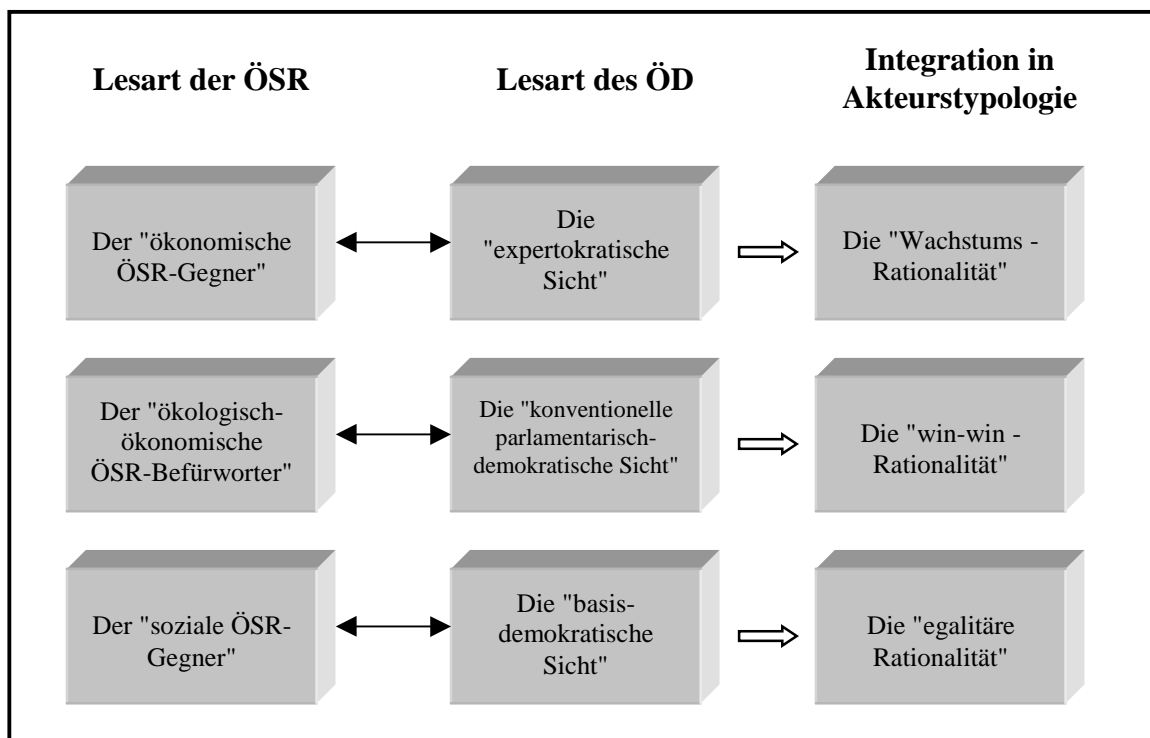


Abb. 18: Lesarten des Ökosteuern-Diskurses

7.1 Erklärung: Der Ökosteuern-Diskurs aus subjektiver Sicht der Akteure

In diesem ersten Teil der Auswertung geht es um die subjektiven Erklärungen der Akteure über die ÖSR und ihren öffentlichen Diskurs. Im ersten Abschnitt wird dargestellt, wie die ÖSR aus subjektiver Sicht der Akteure wirkt und wie die Akteure die Wirkung erklären und bewerten. Im zweiten Abschnitt werden solche Erklärungsmuster für den öffentlichen Diskurs zur ÖSR dargestellt. Bei den subjektiven Vorstellungen zum öffentlichen Diskurs interessiert insbesondere, welchen Einfluß die Diskussion des Themas in der Öffentlichkeit auf das Verständnis und die Akzeptanz der ÖSR in der Bevölkerung hat und welche Rückwirkungen das auf die Lenkungswirkung der ÖSR bedeuten kann.

In diesem Teil der Auswertung werden die Vorstellungsmuster ausführlicher rekonstruiert, als in den Kapiteln zur Prognose und Technologie, weil anhand dieser Darstellungen die Akteurs-Typologie eingeführt und erläutert wird.

7.1.1 Erklärung und Bewertung des ÖSR-Konzeptes

Hier werden zunächst die Stellungnahmen der befragten Akteure hinsichtlich des ÖSR-Konzeptes betrachtet. Dabei geht es um die Vorstellungen über Sinn und Wirkung sowohl des aktuellen Ökosteuergesetzes, als auch allgemeiner der grundsätzlichen Idee einer ÖSR (vgl. Kap. 2). Die subjektiven Vorstellungen der befragten Akteure werden rekonstruiert und die zentralen Unterschiede anhand einer Typenbildung herausgestellt.

Als zentrales Unterscheidungskriterium der Sichtweisen auf die ÖSR hat sich die Prioritätensetzung auf einzelne Elemente des Nachhaltigkeitskonzeptes herauskristallisiert. Die drei Säulen der Nachhaltigkeit sind Ökonomie, Ökologie und Soziales (vgl. Kap. 2.3). Zwar scheint das Leitbild der Nachhaltigkeit unter den befragten Akteuren weitgehend akzeptiert zu sein. Kaum einer der Akteure würde wohl auf die Frage nach dem Konzept der Nachhaltigkeit die grundsätzliche Wichtigkeit eines der drei Bereiche Ökologie, Ökonomie und Soziales in Frage stellen. So betonen zum Beispiel auch ÖSR-Gegner, daß sie natürlich "für mehr Umweltschutz" (6:57)¹⁸ seien und nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit handelten.

Die Unterschiede zwischen den Akteuren finden sich aber bei der Gewichtung der drei Säulen der Nachhaltigkeit. Diese spiegelt sich in der Bewertung der ÖSR wider. So entfacht sich die Diskussion um die ÖSR häufig gerade um den unterschiedlichen Stellenwert dieser drei Aspekte. Anhand der Interviewdaten lassen sich bei den Akteuren entlang dieser Prioritätensetzung drei typische Vorstellungsmuster über die ÖSR rekonstruieren:

- der "ökonomische ÖSR-Gegner",
- der "ökologisch-ökonomische ÖSR-Befürworter",
- der "soziale ÖSR-Gegner".

Bei der Darstellung der drei unterschiedlichen Vorstellungsmuster wird zunächst jeweils eine Einordnung in das Leitbild der Nachhaltigkeit vorgenommen. Diese ist konstitutiv für die drei Typen. Anschließend werden die zentralen Argumentationsmuster rekonstruiert. Des weiteren werden für jeden Typen die Vorstellungen über den Zusammenhang zwischen Ökologie und Ökonomie dargestellt. Über diesen Zusammenhang wird gesondert berichtet, weil er derzeit ein prägender Bestandteil und Streitpunkt des allgemeinen Umweltdiskurses ist und die befragten Akteure in den Interviews immer wieder darauf zu sprechen kamen. Bei der

¹⁸ Alle wörtlichen Zitate aus den Interviews sind folgendermaßen gekennzeichnet: Die erste Zahl in den Klammern nach dem Zitat bezeichnet die Nummer des Interviews - z.B. (6:101). Die zweite Zahl gibt die Nummer der Zeile im Interviewtranskript an, in der das erste Wort des Zitates zu finden ist - z.B. (6:101). Nach diesem Schlüssel lassen sich die Zitate in den Interviewtranskripten im Anhang der Arbeit finden.

Darstellung des "ökologisch-ökonomischen ÖSR-Befürworters" hat dieser Zusammenhang eine besondere Bedeutung, da er das Hauptcharakteristikum für diesen Typ ist.

7.1.1.1 Die ÖSR aus Sicht des "ökonomischen ÖSR-Gegners"

Einordnung in das Leitbild der Nachhaltigkeit

Die ÖSR schadet dem Wirtschaftsstandort und somit auch der Umwelt. Für diesen Typ hat die Wirtschaft die gesellschaftliche Priorität. Dem liegt die Vorstellung zugrunde, daß ein konkurrenzfähiger Wirtschaftsstandort eine Voraussetzung für Umweltschutz ist. Es wird argumentiert, daß bei der Einführung der ÖSR im "nationalen Alleingang" die benachteiligten Unternehmen ihre Produktionsstandorte ins Ausland verlagern würden. Da in anderen Ländern zu geringeren Umweltstandards produziert würde, sei dieser Abwanderungseffekt durch die ÖSR sogar ökologisch kontraproduktiv.

"Das schadet der Umwelt insofern, als man zunächst mal dort [im Ausland]¹⁹ produziert zu wesentlich geringeren Umweltauflagen, z.B. in Frankreich. Und das Ganze dann - wenn ich mal an Zement denke - zurück in die BRD importiert. Das setzt natürlich über Verkehr noch mal zusätzlich Emissionen frei. Weil man einfach in anderen Ländern diese strengen, diese hohen Auflagen nicht hat. Das führt zunehmend dazu, daß ganze Produktionsstätten Deutschland verlassen. Wir haben mittlerweile die Liberalisierung der Energiemärkte. Und da hat die BRD eben die höchsten Strompreise und da ist es eben attraktiver ins Ausland zu gehen. [...] Das ist umweltpolitisch einfach sehr kontraproduktiv." (6:101)

Argumentation zur Ablehnung einer standortgefährdenden ÖSR

Deutsche Industrie ist ohnehin schon "Spitzenreiter im Umweltschutz". Vielfach wird die Vorreiterrolle der deutschen Wirtschaft in Sachen Umweltschutz hervorgehoben. Kein anderes europäisches Land hätte so hohe Umweltstandards und Energiekosten wie Deutschland. Dieser internationale Vergleich wird zum einen als vorbildlich dargestellt, um den Handlungsbedarf bei den anderen Ländern hervorzuheben. Zum anderen wird er als weiteres Argument gegen den nationalen Alleingang in Sachen ÖSR genannt. Denn eine ÖSR würde dem Standort Deutschland weiter schaden, der mit den hohen Umweltauflagen jetzt bereits benachteiligt sei.

"Dann muß man eben sehen, im Umweltschutz ist die deutsche Industrie einfach Spitzenreiter. Würde man die deutschen Umweltstandards zur Senkung des CO₂

¹⁹ Innerhalb der Zitate finden sich an einigen Stellen Ergänzungen, die durch nicht kursive Schrift und dadurch gekennzeichnet sind, daß sie in eckige [] Klammern gestellt sind. Solche Einschübe sind nicht sinnverändernd. Sie dienen ausschließlich dem Zweck, die Zitate besser lesbar und verständlicher zu machen.

auf andere Länder übertragen, würde der Ausstoß von heute auf Morgen um 17 Prozent runtergehen." (6:73)

Industrie versus private Haushalte. Die Hauptverursacher der Umweltzerstörung seien die privaten Haushalte: *"Der große Kuchen sind Sie und ich: die privaten Haushalte"* (6:84). Darum sollte man die Industrie nicht weiter durch eine ÖSR belasten. Die CO₂ Reduktion sei insbesondere durch Selbstverpflichtungen der Industrie möglich gewesen. Dieses Instrument sei effektiv und solle doch statt der kontraproduktiven ÖSR weiter ausgebaut werden. In dieser Argumentation bleibt allerdings widersprüchlich, daß Selbstverpflichtungen gerade nicht die Hauptverursacher, nämlich die privaten Haushalte, erreichen können.

ÖSR verhindert ökologische Investitionen. Die ÖSR koste Geld. Aus Sicht dieses Typs zieht sie finanzielle Mittel ab, die den Unternehmen dann fehlen, um ökologische Investitionen zu tätigen. *"Wer was für Ökologie tun will, der muß Investitionen in Umweltschutz fördern. Und nicht Strafabgaben, die gerade die Unternehmen daran hindern, diese Investitionen zu tun"* (6:161).

Die Kopplung von Ökologie und Ökonomie in der ÖSR funktioniert nicht

Entkopplung von Ökologie und Arbeitsplatzschaffung. In dieser Argumentation wird die Kopplung von Ökonomie und Ökologie abgelehnt. Statt dessen werden Umweltschutz und Arbeitsplatzschaffung entkoppelt. Es wird betont, *"daß man nur ein Ziel erreichen kann, nicht zwei. Entweder Ökologie, oder Wirtschaft [...]. Aber das sind dann zwei verschiedene Wege. [...] Ich glaube den größten Fehler, den die Protagonisten der ÖSR gemacht haben: sie wollten noch eins drauf setzen, um ihre Idee zu verkaufen. Mit einer Klappe zwei Fliegen schlagen, und das funktioniert eben nicht"* (6:450). Hier wird an der Vorstellung festgehalten, daß Arbeitsplätze nur durch wirtschaftlichen Wachstum geschaffen werden könnten.

Die ÖSR als reine Steuererhöhung. Die Unmöglichkeit zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, äußert sich ebenfalls in der Kritik an der Intention der Regierungskoalition. *"Das ist ein reines Abkassier-Modell. Das ist eine zusätzliche Steuereinnahme, das hat mit Ökologie nichts zu tun"* (6:129). Die Steuer kam nur, *"weil der Finanzminister gesagt hat: ich brauche das Geld. So einfach ist das"* (6:191). Den ÖSR-Befürwortern wird Etikettenschwindel vorgeworfen. Sie argumentierten *"doppelzüngig"*, es ginge ihnen nicht um Ökologie, sondern um *"Ideologie"*.

Um die Argumente, daß die ÖSR der Umwelt schade, zu untermauern, werden andere Akteure von dem "ökonomischen ÖSR-Gegner" für seinen eigenen Standpunkt vereinnahmt: *"Zusätzliche Steuern, das sagen eigentlich alle - ich habe gestern noch mit Herrn von Weizsäcker darüber gesprochen - diese ÖSR schadet der Umwelt immens"* (6:88). Auch *"wenn sie mit den Grünen reden, mit Loske reden, die sagen, ökologisch ist das alles kontraproduktiv"*²⁰ (6:122). Denn *"wenn es um Ökologie gehen würde, dürfte man den ÖSR-Weg nicht beschreiten. Das ist zunehmend Konsens. Selbst wenn man mit BUND [Bund für Umwelt- und Naturschutz] und NABU [Naturschutz Bund] und solchen Leuten spricht, dann sehen die, daß das ein Schuß nach hinten ist"* (6:133).

Dieser Argumentation zur Folge hielten also die maßgeblichen Befürworter und Vorreiter der ÖSR diese Reform für ökologisch kontraproduktiv. Im nächsten Abschnitt wird dargestellt, was die Akteure, die sich selbst als ÖSR-Befürworter bezeichnen, selbst dazu sagen.

7.1.1.2 Die ÖSR aus Sicht des "ökologisch-ökonomischen ÖSR-Befürworters"

Einordnung in das Leitbild der Nachhaltigkeit

Umwelt als Lebensgrundlage. Für diesen Typ ist eine intakte Umwelt die fundamentale Grundlage unseres Lebens und wird somit als Priorität behandelt. Auch für eine langfristig gut funktionierende Wirtschaft und für soziale Gerechtigkeit sei eine heile Umwelt und natürliche Ressourcen eine unbedingte Voraussetzung. Den Wert der Umwelt betont dieser Typ besonders angesichts der Verantwortung für die nachfolgenden Generationen:

"Wir können nicht die Reserven, die im Laufe von Jahrtausenden angehäuft worden sind in der Erde - das ist ja im Grunde gespeicherte Sonnenenergie in chemischer Form gebunden - die können wir nicht in 50 Jahren verfeuern. Das ist unverantwortlich unseren Enkeln und Kindern gegenüber. Insofern halte ich es [die ÖSR] für sinnvoll. Wir müssen Mechanismen finden, zu sparsamerem Energieverbrauch zu kommen." (8:574)

Natur und Marktwirtschaft sprechen eine Sprache. Dieser Typ könnte auch nur als "ökologischer ÖSR-Befürworter" bezeichnet werden, da seine Priorität innerhalb der Nachhaltigkeit am stärksten auf der Säule "Ökologie" liegt. Die Umwelt wird von ihm als Lebensgrundlage eingeschätzt und der Umweltschutz ist sein politischer Motivator. Die Verbindung der Ökologie mit der Wirtschaft ist aber in dieser Vorstellung prägnant und

²⁰ Gemeint sind Ernst Ulrich von Weizsäcker, MdB für die SPD und Reinhard Loske, MdB und umweltpolitischer Sprecher von Bündnis90/Die Grünen.

grenzt den Typen von den Akteuren der Umweltbewegung der 70er und 80er Jahre ab. Der Typ hält gerade diese Kopplung von Ökologie und Ökonomie für den herausragenden Vorteil der ÖSR. Die ÖSR stehe mit ihrer doppelten Dividende eben für diese Koppelung.

Der "ökologisch-ökonomische ÖSR-Befürworter" sieht die Umweltbewegung an einem Punkt, von dem er meint, "*...die ÖSR paßte einfach politisch gut ins Konzept*" (1:841). Es sei die Zeit der "win-win" Strategien. Die kontroversen Grundsatz-Diskussionen der Umweltbewegung der 70er Jahre seien vorüber. Mit dem Leitbild der Nachhaltigkeit sollen die Kontroversen durch eine Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie ersetzt werden.

Ein Akteur dieses Typs antwortet auf die Frage, ob er die Kopplung von Ökologie und Ökonomie sinnvoll fände, folgendermaßen:

"Absolut. Hundertprozentig, ohne die geringsten Abstriche. [...] Da geht es aber auch ganz und gar um diese Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Umwelt. [...] Es ist ja so, daß Natur auf der einen Seite und Marktwirtschaft auf der anderen eigentlich in sich eine praktisch identische Sprache sprechen. Es geht eben in beiden Fällen um den effizienten Umgang der einzelnen Players, im einen Fall Pflanzen und Tiere, im anderen Fall Unternehmen und private Haushalte, mit den jeweils knappen Ressourcen. Ja, und insofern ist es von vornherein auch klar, daß es ein Interface, einen Übersetzungsalgorithmus zwischen diesen beiden Systemen geben muß, der in beide Richtungen die Knappheiten vernünftig kommuniziert und dadurch zu Gesamtoptima führt. [...] Und das ist wirklich unmöglich machbar [...] durch das Ordnungsrecht. Das [Ordnungsrecht] ist eben nicht eine Sprache, die zu diesen beiden Systemen paßt. Sondern es muß über Knappheitskommunikation gehen. Und das sind Preise." (15:320)

Die Vorstellungen zu der Kopplung von Ökologie und Ökonomie werden unten weiter ausgeführt.

Argumentation zur Befürwortung der grundsätzlichen ÖSR-Idee

Kritik an der ÖSR und Optimismus zur Weiterentwicklung. Bei der Bewertung der ÖSR muß besonders für das Verständnis des "ökologisch-ökonomischen ÖSR-Befürworters" nochmals deutlich auf den Unterschied zwischen der Bewertung des aktuellen ÖSR-Gesetzes und der grundsätzlichen Idee einer ÖSR hingewiesen werden. Der Name "ÖSR-Befürworter" darf nicht insofern mißverstanden werden, als würde dieser Typ die ÖSR voll und ganz befürworten. Dieser Typ ist durch

- a) eine massive Kritik an dem aktuellen ÖSR-Gesetz gekennzeichnet. Es gibt keinen einzigen befragten Akteur, der mit dem ÖSR-Gesetz in der jetzigen Form vollständig einverstanden ist.

Der "ökologisch-ökonomische ÖSR-Befürworter" ist aber ebenso durch zwei weitere entscheidende Vorstellungen gekennzeichnet:

- b) Durch die klare Zustimmung zu der grundlegenden Idee einer ÖSR. In einfachster Form ist diese befürwortete Idee durch die Belastung des Faktors Natur und die Entlastung des Faktors Arbeit gekennzeichnet.
- c) Durch die Hoffnung, daß langfristig Verbesserungen am Konzept vorgenommen werden und die Lenkungswirkung zunimmt.

Dem Typus "ökologisch-ökonomischer ÖSR-Befürworter" sind 14 der 19 befragten Akteure zugeordnet worden, was auf der Unterscheidung zwischen der ÖSR-Idee und dem konkreten ÖSR-Gesetz beruht. Zwei Akteure sind dem "ökonomischen ÖSR-Gegner" und drei dem "sozialen ÖSR-Gegner" zugeordnet.²¹ Schon das kann als eigenständiges Ergebnis festgehalten werden, da die Akteure - das war ein Kriterium der Stichprobenauswahl - etwa zur Hälfte Befürworter und zur Hälfte Ablehner des aktuellen ÖSR-Gesetzes sind. Bei der Auswertung stellte sich aber heraus, daß a) eine große Anzahl der Ablehner des aktuellen Gesetzes die grundsätzliche Idee der ÖSR durchaus befürworteten und daß b) die Befürworter des aktuellen Gesetzes auch Kritik an dem ÖSR-Gesetz üben.

Die Kritik an dem aktuellen Gesetzentwurf beginnt mit zurückhaltenden, die Zukunft betonenden Anmerkungen. Hier wird Position bezogen...

"...natürlich ganz klar für eine ÖSR. Und das Konzept, das jetzt eingeführt wurde, das ist ein wichtiger Einstieg. Aber eine ÖSR, das ist im Prinzip ein sehr langfristiges Vorhaben. Das kann man nicht in einem Schritt umsetzen, sondern das braucht Jahre. Und es gibt bestimmt auch Bedarf an Weiterentwicklung an der jetzigen Steuerreform, aber ich denke, das wird dann auch kommen mit der Zeit." (10:41)

Andere befürwortende Akteure üben aber auch harschere Kritik an dem ÖSR-Gesetz. So bemängelt ein Akteur, *"daß eben die Höhe der Steuersätze nicht stimmt, weil keine ökologische Lenkungswirkung erzielt wird. Und weil auch die arbeitsmarktpolitischen Effekte, die man sich davon erhofft, ausbleiben, weil die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge durch das Aufkommen zu gering ausfällt"* (12:54). Dennoch befürworteten die Akteure dieses Typs die ÖSR im Grundsatz eindeutig. *"Was ich befürworte, und deswegen habe ich auch zugestimmt, es ist der erste Schritt in die richtige Richtung. Die*

²¹ Diese Zahlen gelten folglich ebenso für die Zuordnung zu den drei Lesarten des öffentlichen Diskurses und zur integrierten Akteurstypologie der "Wachstums-Rationalität", "win-win - Rationalität" und "egalitären

alte Regierung hat auch nichts in diesem Sinne zu Wege gebracht. Und ich habe halt die Hoffnung, daß es dann in den weiteren Stufen vielleicht auch mal zu einer ökologischen Lenkungswirkung kommt" (4:120).

Hier kann man die "ökologisch-ökonomischen ÖSR-Befürworter" noch mal in Optimisten und in Pessimisten differenzieren. Diese Unterscheidung bezieht sich zum einen auf die Bewertung der jetzigen Wirkung der aktuell eingeführten ÖSR, wobei hier auch die optimistischeren Stimmen verhalten sind. Größere Unterschiede gibt es dann aber zum anderen bei der Hoffnung über die zukünftige Lenkungswirkung der ÖSR. Der Optimismus über die Verbesserung des Konzeptes unterscheidet sich auf der Zeitachse. Die oben zitierte vage Hoffnung auf Änderungen, die dann "*vielleicht auch mal*" eine ökologische Wirkung zeigen wird, verlagert die Verbesserung in die unbestimmte Zukunft. Optimistischere Akteure sehen den Prozeß der konzeptionellen Verbesserung schon in vollem Gange: "*Es wurden ja auch jetzt schon die ersten Verbesserungen gemacht. Zum Beispiel, daß die Kraftwerke mit einem sehr hohen Wirkungsgrad nicht mit besteuert werden. Daß es eine Steuerdifferenzierung zugunsten von schadstoffarmen Kraftstoffen gibt. Und das sind alles Teilaspekte, die die ökologische Lenkungswirkung verbessern. Insofern denke ich, ist das auf einem guten Weg*" (10:52).

Die konzeptionell-steuerpolitischen Argumente, die von den befürwortenden Akteuren bezüglich der ÖSR genannt wurden, sind so zahlreich, daß sie hier nicht alle ausführlich dargelegt werden können. Die lückenlose Aufzählung der steuerpolitischen Argumente steht auch nicht im Vordergrund dieser Arbeit. Die wichtigsten pro- und contra- Argumente des Typs "ökologisch-ökonomischer ÖSR-Befürworter", die in den Interviews genannt wurden, seien im folgenden aber kurz dargestellt. Eine weiterführende Auseinandersetzung mit der Entstehung und Entwicklung der Argumentation zum ÖSR-Konzept ist in der Dissertation von Krebs und Reiche (1999) zu finden.

Befürwortet wird die aktuell eingeführte ÖSR mit folgenden Argumenten:

- Die ÖSR ist der "Fuß in der Tür" zu einer modernen Umweltpolitik und zum ökologischen Umbau der Gesellschaft.
- Sie ist aufkommensneutral, d.h. das Aufkommen aus der ÖSR wird komplett an anderer Stelle wieder genutzt (hier zur Senkung der Rentenversicherungsbeiträge).

Rationalität". Weiterhin ist zu betonen, daß diese Untersuchung keinen Anspruch auf Repräsentativität hat und auch nicht darauf abzielt.

- Die Dynamisierung, d.h. die Erhöhung der Steuer in mehreren kleinen Schritten, wird als Voraussetzung für die Durchsetzbarkeit des Instrumentes genannt.
- Die "Marktlösung" der ÖSR ist geeigneter zum Umgang mit komplexen Umweltproblemen als das Ordnungsrecht.
- So ist die in der ÖSR praktizierte Kopplung von Ökonomie und Ökologie zukunftsweisend für eine moderne Umweltpolitik.
- Durch ihre win-win-Strategie ist dieser Ansatz der Umweltpolitik langfristig konsensfähig.
- Die ÖSR ist innovationsfördernd und wird zur Entwicklung umweltfreundlicher Technologien beitragen.

Am aktuellen ÖSR-Gesetz wird maßgeblich bemängelt, daß

- die Steuersätze zu niedrig sind, so daß die Ökosteuern bislang kaum Lenkungswirkung hat,
- die Konzeption der ÖSR nicht ausreichend an Umweltzielen orientiert ist. Die Steuersätze stehen z.B. in keinem direkten Zusammenhang mit den CO₂-Reduktionszielen der Bundesregierung,
- die Ausnahmeregelungen für die Industrie zu weitreichend sind, so "*daß die meisten fast gar nichts mehr zahlen*" (2:62),
- das Aufkommen nun gar nicht mehr - wie zunächst geplant - für die Förderung ökologischer Umbaumaßnahmen, wie z.B. für regenerative Energien, eingesetzt wird,
- die ansonsten befürwortete Dynamisierung der Steuersätze, die bislang bis zum Jahr 2003 beschlossen ist, nicht langfristig genug ist, um Unternehmen Planungssicherheit zu geben,
- die Festlegung der jährlichen Steuererhöhung um einen festgelegten Pfennigbetrag (z.B. 6 Pfennig pro Liter Benzin) nach Abschluß der bislang geplanten Schritte zu neuen grundlegenden Diskussion über die Weiterführung und die Steuerhöhe führen wird. Sinnvoller wäre ein einmalig festgelegter Prozentsatz für die inflationsbereinigte Steigerung, wie z.B. bei der Mineralölsteuererhöhung in England.

Die Schwierigkeit, in der Öffentlichkeit Kritik zu üben. Der oben genannte Zwiespalt zwischen der Kritik am aktuellen Gesetzentwurf und der klaren Zustimmung zur Idee einer ÖSR führe dazu, daß einige Akteure dieses Typs Schwierigkeiten hätten, sich in der Öffentlichkeit zu positionieren. Eine Kritik an dem Gesetzentwurf würde von der Öffentlichkeit und den ÖSR-Gegnern immer gleich als eine grundsätzliche Ablehnung der

ÖSR gedeutet. Gleichzeitig wird eine konzeptionelle Kritik am Gesetz aber auch als unbedingt erforderlich wahrgenommen.

"Da war halt die Frage immer: was ist noch gut und wo fängt man an zu kritisieren. Mir war auch von Anfang an klar, daß das Problem ist, daß eine Kritik an der ÖSR grundsätzlich erst mal immer gegen die ÖSR ist. Wenn man also eigentlich die ÖSR für richtig hält, dann hat man Probleme, wenn man sie nur kritisiert." [Daher habe sich dieser Akteur zunächst mit seiner Kritik zurückgehalten, aber] "als jetzt zuletzt der zweite, dritte, vierte und fünfte Schritt beschlossen wurde und damit das Aufkommen halbiert wurde, da war dann für mich auch die Sache endgültig gekippt. Da war dann für mich die Haltung [schärfer Kritik zu üben] ganz klar." (2:302)

Diese Ambiguität der befürwortenden Akteure sei eine Schwierigkeit in der Vermittlung der ÖSR an die Öffentlichkeit. Die zurückhaltende Kritik und die Kompromißsuche in der Argumentation, die eigentlich die Einführung der ÖSR stützen sollte, wurde aus Einschätzung der Akteure in der Öffentlichkeit leicht als Verunsicherung und Uneinigkeit auf Seiten der ÖSR-Befürworter wahrgenommen.

Die Kopplung von Ökologie und Ökonomie als Bedingung für modernen Umweltschutz

In dem von dem "ökologisch-ökonomischen ÖSR-Befürworter" vertretenen marktwirtschaftlichen Umweltschutz verbünden sich nun die einstigen Kontrahenten der klassischen Umweltbewegung: Umweltschutz und Marktwirtschaft. Die Akteure dieses Typs sind sich einig, daß die Kopplung von der Verteuerung der Ressourcen und der Senkung der Arbeitskosten *"der auslösende und wegberedende Faktor war, daß das ganze sich überhaupt soweit in die politische Willensbildung vorgearbeitet hat"* (16:378). Nur so ließen sich die *"Interessen zu diesem Thema befrieden"* (14:136). Diese Kopplung scheint heute also als Grundvoraussetzung für den Umweltschutz wahrgenommen zu werden.

Diese Argumentation bezieht sich auf die Notwendigkeit, die Ökologie an die Ökonomie zu koppeln, um das Umweltthema besser vermitteln zu können. Darüber hinausgehend sieht dieser Akteurs-Typ aber auch eine in der Natur des Gegenstandes liegende Notwendigkeit für diese Koppelung: Die Ökologie sei *"notwendiger Teil"* der menschlichen Wirtschaft, daher *"können [wir Menschen] das ja nicht abkoppeln von der Natur, in keiner Weise"* (15:360).

Der "ökologisch-ökonomische ÖSR-Befürworter" ist klar durch diese Kopplung charakterisiert. Dennoch bleibt ein Schwerpunkt auf der Umwelt-"Säule" häufig der Ausgangspunkt für die politische Aktivität. So wird auch auf die Notwendigkeit hingewiesen,

genauer zu differenzieren, wann Zielharmonien zwischen Wirtschaft und Umwelt beständen und wann nicht. Diese Zielharmonien sollten konsequent genutzt werden, was bei weitem noch nicht getan würde. Es gebe aber auch Zielkonflikte, die nicht ignoriert werden sollten:

"Dann gibt es allerdings auch Bereiche, da gibt es die Konflikte, die kann man nicht unter den Teppich kehren und da muß man sich entscheiden, was man will. Und da denke ich, kommen wir auch nicht dran vorbei, an so einer Konfrontation auch mit der Industrie, auch mit der Bevölkerung zum Teil. Man kann nicht immer sagen 'Anything Goes'. Wir haben halt nur eine Umwelt. Und da muß der Staat als Vertreter des Gemeinwohls auch mal sagen, ja gut Leute, bis hierher und nicht weiter, mehr trägt die Umwelt halt einfach nicht." (10:291)

Die Vorstellungen zum Umweltschutz scheinen in diesem Typ weiterhin mit Erwartungen an den Staat gekoppelt zu sein. Der Staat solle zumindest bestimmte Rahmenbedingungen setzen, die einen wirksamen Umweltschutz gewährleisten. Hierin unterscheidet sich der "ökologisch-ökonomische ÖSR-Befürworter" von dem "ökonomischen ÖSR-Gegner", der - zumindest für die Industrie - Lösungen wie Selbstverpflichtungen bevorzugt und staatliche Auflagen ablehnt. Es zeigt sich bei dem "ökologisch-ökonomischen ÖSR-Befürworter", daß trotz eindeutiger Zustimmung zu der Marktlösung (im Gegensatz zum Ordnungsrecht) zwischen den Akteuren dieses Typs durchaus Differenzen hinsichtlich der Vorstellungen über die Rolle des Staates vorliegen.

7.1.1.3 Die ÖSR aus Sicht des "sozialen ÖSR-Gegners"

Einordnung in das Leitbild der Nachhaltigkeit

Dieser Typ repräsentiert Akteure, die eine Politik befürworten, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Innerhalb des Konzeptes der Nachhaltigkeit orientiert sich der Typ am ehesten an der Säule "Soziales". Bedürfnisse der Menschen und ihr Ausdruck in demokratischen Prozessen ist also die Priorität des "Sozialen ÖSR-Gegners". So wird die ÖSR maßgeblich an ihrer Sozialverträglichkeit und an der Berücksichtigung der breiten Bevölkerung gemessen. Umweltpolitik müsse im Zusammenhang mit sozialen Fragen stehen. Nur dann würde auch der Umweltschutz langfristig von der Bevölkerung akzeptiert.

"Probleme der Mehrheit der Bevölkerung sind in dieser Debatte untergegangen. [...] Und das ist für mich ganz klar, daß bei der ganzen Diskussion auch nicht ökologisch im Zusammenhang mit sozial gedacht wird. Und das zieht sich durch wie ein roter Faden. [...] Soziale Sachen sind von Anfang an nicht mitgedacht, sondern sie werden immer in der Diskussion, auch öffentlicher Diskussion, zur Seite gewischt, werden weg geschoben als nicht so relevant. Und wie sich sogar nachher noch raus stellt - siehe Renten - sogar noch entgegen der Versprechen, [...] erweist sich, daß das nicht mehr gehalten wird [...]. Und das heißt natürlich,

daß für die Bevölkerung natürlich jetzt, nach einem Jahr rot-grün, ziemlich klar ist, also wenn ökologisch, dann ist das immer gegen unsere eigenen Interessen und Bedürfnisse. Für die Mehrheit der Bevölkerung ist das so. Die empfinden das nur als reine Mehrbelastung. Und das halte ich natürlich auch als psychologische Wirkung für politische Zielstellungen als ziemlich verhängnisvoll." (9:86)

Argumentation zur Ablehnung der sozialen Ungleichbehandlung durch die ÖSR

Belastung der Bevölkerung. Die ÖSR wird als reine Verbrauchssteuer bezeichnet, die maßgeblich die Bevölkerung treffe. Es seien zwar die Interessen starker Lobbygruppen in das ÖSR-Gesetz eingegangen, aber nicht die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung. *"Daß das eine tatsächliche finanzielle Belastung für Teile der Bevölkerung ist, die nichts von der versprochenen Senkung der Lohnnebenkosten haben, das ist völlig untergegangen. Also sprich Studenten, Sozialhilfe-Empfänger, Rentner"* (9:87). Denn alle Menschen, die nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, profitieren nicht von der Senkung der Rentenversicherungsbeiträge. Auch Rentner, denen der Ausgleich über die Nettolohnanpassung der Renten versprochen wurde, gingen auf Grund der Kürzungen des rot-grünen Sparpakets²² nun leer aus:

"Man hat also eine flächendeckende Steuer und Belastung, und eine punktuelle Entlastung. Denn Rentenversicherung, man muß es ja mal sagen, das sind die 31 Millionen Arbeitnehmer. Aber Deutschland hat 80 oder 85 Millionen Bürger. Da kommen fast zwei Drittel nicht in den Genuß. Und ein Drittel kommt in den Genuß." (3b:151)²³

Es wird auf die Betroffenheit gerade sozial schwacher Bevölkerungsgruppen hingewiesen. *"Bei den Armen wird natürlich jede Erhöhung viel mehr einschlagen, viel mehr weh tun"* (3b:560). Besonders von der großen Zahl der Rentner in Deutschland *"knabbern ja viele doch - ich will nicht sagen am Hungertuch - aber das ist schon ganz schön eng, die Decke. Es sind nicht alle Rentner gut betucht"* (3b:676).

Mißachtung sozialer Verhältnisse. Es werden Probleme der ÖSR genannt, die die Grenzen der Marktlösung veranschaulichen. Es gebe soziale Verhältnisse, bei denen die Anreizwirkung der ÖSR gar nicht funktionieren könne. Daher wird eine staatliche Regulierung für notwendig erachtet und die Marktlösung in Frage gestellt.

²² Gemeint ist hier das Sparpaket, das die rot-grüne Bundesregierung unter Federführung des Finanzministers Hans Eichel (SPD) 1999 beschlossen hat.

²³ Bei dem Interviewschlüssel, bei dem ein a oder b nach der Nummer des Interviews angegeben ist, handelt es sich um die Interviews, die mit zwei Interviewpartnern geführt wurden. Die Aussagen der jeweils zwei Befragten sind durch die Buchstaben unterschieden.

[Man muß] *"Alternativen auch für die Masse der Bevölkerung [mit einbeziehen]. Die Masse der Bevölkerung könnte jetzt auch nicht auf ein 3-Liter Auto umsteigen. Die können nicht nach 2 Jahren ein Auto wegschmeißen. [...] Das ist lächerlich. Aber das ist einfach nach dem Motto: Verteuerung soll Anreize schaffen. Aber das funktioniert so nicht. Man muß dann wirklich konsequent und massiv den ÖPNV [Öffentlicher Personen Nahverkehr] stärken. Daß man den Service verbessert, daß man die Taktzeiten verbessert, daß man eine Ausweitung des Angebotes erreicht, und preiswert. Wirklich preiswert. So daß man das zu spüren hat. Eine Umverteilung in diesem Sinne wirklich von belastenden zu nicht so belastenden Verkehrsmitteln. Das als Alternative."* (9:448)

Fehlende ökologische Wirkung. Unabhängig von den sozialen Schwierigkeiten, die die ÖSR mit sich bringe, wird ebenfalls auf der ökologischen Ebene argumentiert. So wird der ÖSR auch entgegen gehalten, daß sie keine ökologische Lenkungswirkung habe. Das habe vor allem mit den niedrigen Steuersätzen zu tun, auf die sich die Regierung geeinigt hätte. Wenn man schon mit einer ÖSR eine Lenkungswirkung erreichen wolle, dann hätte man auch konsequent den Grünen mit ihren 5 Mark pro Liter Benzin folgen sollen.

"Wenn man tatsächlich diesen ökologischen Gedanken verfolgen würde, daß man eine Verbrauchsminderung erreichen möchte, dann hätte die Regierung auch sagen müssen, sie machen eine richtig drastische Erhöhung. Die hätte ich auch nicht geteilt, also das ist eine andere Sache. Aber in sich ist das Konzept der Regierung auch sehr inkonsequent." (9:65)

Ein Akteur dieses Typs vermutet, daß Kosten und Nutzen der ÖSR nicht im Verhältnis stehen. Die ökologische Wirkung würde dem sozialen Schaden nicht gerecht werden, denn *"die Effekte, das wage ich jetzt nicht zu beurteilen, aber ich stelle es einfach mal so in den Raum, die werden natürlich nicht annähernd so deutlich sein, wie die Schmerzen, die es verursacht. Weil vieles gar nicht einzusparen ist"* (3a:565).

Ökosteuer-Debatte diskreditiert den Umweltgedanken. Die Kosten der ÖSR-Debatte beziehen sich aber nicht nur auf die Mehrbelastung der Bevölkerung. Langfristig wird auch noch ein ökologischer Schaden durch die ÖSR vorausgesagt. Da das aktuelle ÖSR-Gesetz "a-sozial" sei, würde die Bevölkerung die Ablehnung gegen die ÖSR langfristig auch auf andere Umweltthemen übertragen. Dadurch könnte auch zukünftigen Umweltschutzmaßnahmen die Akzeptanz der Öffentlichkeit entzogen werden: *"ich würde sie [die ÖSR-Debatte] kritisch bewerten, weil ich schade finde, daß der ökologische Gedanke durch diese Debatte und die Umsetzung in der Politik diskreditiert wurde, als apriori unsozial"* (9:279).

Die Kopplung von Ökologie und Ökonomie als Element eines ganzheitlichen Diskurses

Dieser Typ geht davon aus, daß Ökologie und Ökonomie grundsätzlich zusammenpassen und auch zusammengehören. Diese ganzheitliche Denkweise geht sogar über diese beiden Bereiche hinaus: *"Prinzipiell denke ich, sind gesellschaftliche Probleme nur zu lösen immer im Gesamtkonzept"* (9:42). Auf die Frage, ob die Kopplung von Ökologie und Ökonomie als sinnvoll angesehen wird, antwortet ein "sozialer ÖSR-Gegner": *"Ich denke, das müßte eigentlich eine verbundene Debatte sein und darf nicht gegeneinander laufen"* (9:230).

Die Ökologie sollte ein wichtiger Faktor im Wirtschaftsmechanismus sein. Langfristig müßte sich die Umweltpolitik auch *"einbauen in die Wirtschaftsmechanismen, weil einfach Unternehmer auch angewiesen sind auf relativ saubere Luft und Produktionsstätten usw. und auf eine doch relativ gesunde Bevölkerung, als eine die schon fast zur Hälfte von Allergien belastet ist. Weil das führt zu Produktionsausfällen etc."* (9:189).

Der Typ grenzt sich aber insofern von der Sicht des "ökologisch-ökonomischen ÖSR-Befürworters" ab, als er bezweifelt, daß diese Kopplung in nächster Zeit gleichberechtigt umgesetzt werden wird. In der derzeitigen Umweltdebatte wird hier noch keine Zusammenarbeit zwischen den beiden Politikfeldern gesehen. Auch für die ÖSR gelte, daß überwiegend die Wirtschaft berücksichtigt werde. Der dominante gesellschaftliche Diskurs behandle nur die Frage, wie endlich wieder die Konjunktur anzukurbeln sei. Dieser Typ sieht gesellschaftliche Werte als an primär ökonomischen Kriterien orientiert. Es würde keine Debatte über derzeitige menschliche Bedürfnisse oder Bedürfnisse zukünftiger Generationen geführt, sondern Verantwortung für nachfolgende Generationen würde auf den Abbau von Staatsschulden reduziert. Hier wird die Tradition der Umweltbewegung der 70er Jahre hochgehalten. Es fehle eine grundlegende Auseinandersetzung über ökonomische und ökologische Themen, was einer sinnvollen Verbindung von Ökologie und Ökonomie vorausgehen müßte. Dieser Standpunkt wird von einem "sozialen ÖSR-Gegner" so beschrieben:

"Also wenn wir über Verantwortlichkeit derzeit reden, reden wir ja nur darüber, daß wir den nächsten Generationen keine Schulden hinterlassen dürfen. Man kann immer sagen, man überläßt der nächsten Generation - wenn man das Geld nicht verpraßt welches man per Kredit aufgenommen hat, sondern man schafft z.B. Infrastruktur oder man schafft irgendwelche anderen Investitionen - dann hat man ja nicht nur Schulden, sondern hat Werte hinterlassen. [...] Dann sind es ja sinnvolle Schulden. Aber das wird überhaupt nicht mehr diskutiert. Und die ganze Frage auch, die wir ja in den 70er und 80er Jahren ja noch hatten, dort als ökologische Ethik, das ist ja völlig weg. Also 'was braucht der Mensch um glücklich zu sein?' nicht als Verzichts-ideologie zu diskutieren, sondern tatsächlich auch als eine Bestimmung verschiedener Werte. Also was ist mir saubere Luft

wert, was sind mir saubere Flüsse wert? Als Gesellschaft, als Stadt, als Land, als einzelner? Das ist ja so ziemlich weg. Wir haben ja eigentlich nur noch die Diskussion, es geht darum endlich wieder die Konjunktur anzukurbeln." (9:170)

7.1.2 Erklärung und Bewertung des öffentlichen Diskurses

Eine Vorannahme dieser Arbeit war, daß der öffentlichen Diskurs eine wichtige Rolle für politische Prozesse spielt. Diese Annahme hat sich insofern bestätigt, als sie mit den Vorstellungen der befragten Akteure übereinstimmt. Alle befragten Akteure sind der Ansicht, daß die Weiterentwicklung und Wirkung der ÖSR in irgendeiner Form durch den öffentlichen Diskurs beeinflusst sei, wenngleich auch das Ausmaß der Bedeutung z.T. unterschiedlich eingeschätzt wird. Zur Veranschaulichung der subjektiven Vorstellungen der Akteure über die Relevanz des öffentlichen Diskurses sind in Abb. 19 einige Aussagen aus den Interviews aufgelistet.

Der Schwerpunkt dieses Abschnitts liegt auf der Rekonstruktion von Vorstellungsmustern zum öffentlichen Diskurs. Es lassen sich drei Lesarten des öffentlichen Diskurses zur ÖSR rekonstruieren. Konstitutiv für diese weitere Typologie ist dabei die Sicht der Akteure auf das demokratische System und die Bevölkerung. Welche Rolle im öffentlichen Diskurs weisen die Akteure der Bevölkerung zu? Für wie sachverständig und "politikfähig" halten die Akteure die Bevölkerung? Die Typen liegen parallel zu der vorherigen Typologie, d.h. ebenso wie bei der Sicht auf das ÖSR-Konzept lassen sich die Akteure auch in ihrer Sicht auf den öffentlichen Diskurs in die gleichen Cluster gruppieren. Es wird unterschieden zwischen der "expertokratischen Sicht", der "konventionellen parlamentarischen Sicht" und der "basisdemokratischen Sicht".

Die Frage nach der Sicht auf den öffentlichen Diskurs wurde in einigen Interviews nicht immer direkt beantwortet. Die Beschäftigung mit dem öffentlichen Diskurs scheint bei vielen befragten Akteuren nur begrenzt oder zumindest nicht explizit stattzufinden. Es wurden aber im Zusammenhang mit anderen Fragen an allen Stellen der Interviews Aussagen zum Verständnis des öffentlichen Diskurses gemacht. Diese Akteurs-Vorstellungen werden anhand der drei genannten Sichtweisen dargestellt. Dabei werden zunächst die Merkmale der jeweiligen Sichtweise rekonstruiert. Des weiteren werden Aussagen zum Menschenbild gemacht. Das ist von Bedeutung, da das zugrundeliegende Bild vom Menschen Aufschluß darüber gibt, welche Rolle der Bevölkerung für die Politik zugeschrieben wird. Auf diesen Vorstellungen gründet sich die Ansicht darüber, wie ein (öffentlicher) Diskurs geführt werden sollte.

Relevanz des öffentlichen Diskurses zur ÖSR aus Sicht der meinungsbildenden Akteure

"Ganz wichtig. Also der öffentliche Diskurs muß viel intensiver werden und natürlich auch viel positiver. Da sind wir nicht sehr geübt drin." (17:376)

"Die [öffentliche Diskussion] ist enorm wichtig." (14:324)

"Es [die Diskussion in der Öffentlichkeit] spielt sicher eine Rolle. Man muß das ja verkaufen." (8:244)

"...die Stimmung in der Öffentlichkeit wird natürlich bestimmen, was langfristig möglich ist." (1:508)

"Ja, sie [die öffentliche Debatte] ist eben leider tatsächlich sehr wichtig. Man muß sagen leider, weil es nun mal faktisch so ist, daß die Öffentlichkeit, die das letztlich entscheidet, weil unsere Parteien eben so empfindlich sind gegenüber dem Stimmungsbarometer in der Öffentlichkeit, das Thema einfach nicht packen kann. Sie kann es einfach nicht begreifen als Ganzes." (15:416)

"...ich sehe auch einfach sehr große Defizite bei der Vermittlung der ÖSR und insgesamt der rot-grünen Reformprojekte. Insofern finde ich da auch die öffentliche Debatte und Beeinflussung der öffentlichen Debatte ein ganz wichtiges Thema." (1:915)

"Das [die Stimmung in der Öffentlichkeit] wird immer wichtiger. Man kann nichts an der Bevölkerung vorbei machen." (4:174)

"Die Kontrolle der Stimmung sind das A und O in so einer Auseinandersetzung." (2:1019)

"Ja, würde ich sagen, daß der Einfluß [der Öffentlichkeit] sogar sehr erheblich war." (5:446)

"Der öffentliche Diskurs wird sich entlang der Meinung der Massen entwickeln. Die Wichtigkeit der Bürger spiegelt sich ja z.B. in den Wahlen wieder, siehe den Absturz der SPD derzeit. Daher ist die Akzeptanz der Bürger für die eigene Politik unbedingt notwendig, um ein Ziel zu erreichen." (13:565)

Abb. 19: Relevanz des öffentlichen Diskurses

7.1.2.1 Der öffentliche Diskurs aus "expertokratischer Sicht"

Merkmale der "expertokratischen Sicht"

Der "Expertokrat" geht von einer höchst ausdifferenzierten Gesellschaft aus. Innerhalb dieser könne nicht jeder Mensch über ausreichend Wissen und Verständnis über alle gesellschaftlichen Fragen verfügen. Das gelte auch für die Lösung der komplexen Umweltprobleme. Darüber hinaus sei der "normale" Bürger auch intellektuell gar nicht in der Lage, schwierige Zusammenhänge nachzuvollziehen - auch nicht, wenn sie ihm im öffentlichen Diskurs mühevoll vermittelt würden. Im folgenden werden die Vorstellungsmuster dieser Lesart anhand verschiedener Merkmale rekonstruiert.

Komplexität des Gegenstandes verhindert Verständnis. Die Debatte um die ÖSR wird aus der "expertokratischen" Lesart für sehr schwierig gehalten. Die Bürger seien insgesamt nicht ausreichend gebildet und politisch interessiert, um der schwierigen Diskussion über die ÖSR zu folgen. Insbesondere könne die Bevölkerung den ökonomischen Einzelheiten nicht folgen.

"...es ist mehr als komplex. Also schon die Diskussion um Umweltinstrumente, wo Ökosteuern, auch Umweltabgaben, immer eine Rolle gespielt haben, ist eine unheimlich abstrakte, theoretische umweltökonomische Debatte, die kein Mensch versteht, wo manchmal die Wissenschaftler selber Verständigungsschwierigkeiten haben." (5:504)

Die Grundidee der ÖSR, nämlich Energie zu verteuern und Arbeitskosten zu senken, wird zwar noch für vermittelbar gehalten. *"Aber es kommt eigentlich auf diese Einschränkungen [Sonderregelungen der ÖSR] an. Und die sind kaum vermittelbar"* (5:517).

Die Ziele "Umweltschutz" und "Schaffung von Arbeitsplätzen" sind nicht kritisierbar. Die Akteure mit "expertokratischer" Sicht sehen eine relativ hohe Akzeptanz für die ÖSR in der Bevölkerung. Allerdings wird diese Akzeptanz nicht durch Verständnis und Überzeugtheit der Bevölkerung erklärt. Vielmehr seien Umweltschutz und die Schaffung von Arbeitsplätzen zwei gesellschaftlich anerkannte Ziele, gegen die zunächst niemand etwas einwenden könne. Das dahinter liegende spezifische Konzept der ÖSR und die Frage, ob es zur Erreichung der Ziele geeignet sei, würde aber nicht richtig verstanden.

"Die Akzeptanz ist relativ hoch in der Bevölkerung. Weil schon der Name ÖSR ist positiv besetzt. Und vor allem auch die Ziele, die mit den Konzepten transportiert werden, sind auch positiv besetzt. So daß man in der Bevölkerung argumentativ ja gar nicht in der Lage ist, etwas dagegen zu halten und auch das gar nicht versteht, daß das womöglich wirtschaftlich nicht der richtige Weg ist." (5:403)

Dadurch sei die ÖSR eben eine *"eingängige, populäre Idee. Die hat sehr viel Charme. Sie können ganz leicht Massen überzeugen, indem sie sagen: Arbeitskosten senken"* (6:147).

Emotionalität der Bevölkerung verhindert Verständnis. Der Bürger wird nicht als rationales Gegenüber betrachtet. Die Akzeptanz der ÖSR basiere darauf, daß die Bürger sich emotional angesprochen fühlten. Die politische Zielsetzung der Bürger gehe also nicht aus rationalen Entscheidungen, sondern aus einem Gefühl hervor.

"Also die öffentliche Diskussion läuft sehr emotional. Und emotional kann sie auch deswegen laufen, weil Ziele angesprochen sind, die man nicht unbedingt rational in jeder Hinsicht bewertet. Das ist das Ziel die hohe Arbeitslosigkeit abzubauen. Da kann man überhaupt nicht dagegen sein oder da kann man überhaupt nicht drüber diskutieren. Und das Umweltziel ist noch weniger rational begründet. Das ist zwar rational begründet, aber ich meine jetzt wie die Bevölkerung das sieht. Die springt da sofort drauf an und sieht das auch sofort ein, daß man da etwas tun muß." (5:286)

Mangelnde Auseinandersetzung verhindert Einsicht. Dieser Typ geht weiter davon aus, daß die ÖSR auf jeden Fall als unzulänglich oder gar kontra-produktiv entlarvt werden würde, sobald der Bürger die Einzelheiten des Themas durchdringen würde. Die Akzeptanz in der Bevölkerung beruhe also auf der oberflächlichen Plausibilität des ÖSR-Konzeptes. Aber *"jeder, der bereit ist, sich etwas näher mit ihr [der ÖSR] auseinanderzusetzen, der dringt dann doch an den Punkt, daß er sagt: der Schein trügt"* (6:309).

Entscheidungen sollten durch Experten vorgenommen werden. Einem unzureichend vorgebildeten und wenig interessierten Publikum ein komplexes Thema wie die ÖSR zu vermitteln, ist aus dieser Lesart sehr problematisch. Aus diesem Grunde kommen die Akteure innerhalb der expertokratischen Sicht zu dem Schluß, daß schwierige politische Entscheidungen gegebenenfalls an der Bevölkerung vorbei getroffen werden müßten.

"Also eine sehr schwierige Diskussion, das plausibel zu machen. Man muß es einfach irgendwie unterschwellig machen und den Leuten aber nicht erzählen, was man eigentlich macht." (5:345)

Der beste Weg für die Debatte um die ÖSR wäre aus dieser Sicht, wenn in dem Diskurs die politischen Konzepte weniger von der Akzeptanz der Bevölkerung abhingen, sondern von Experten geprüft und bewertet würden.

"Eine ideale öffentliche Debatte wäre, wenn Konzepte, die die Politiker entwickelt haben, von Wissenschaftlern gegen gecheckt werden. Die Wissenschaftler auch tatsächlich sich als neutrale Wissenschaftler darstellen könnten." (5:567)

Menschenbild

Die Vorstellungen über den öffentlichen Diskurs sind grundsätzlich geprägt von dem allgemeinen Menschenbild der Akteure. Der "Expertokrat" geht vom Menschenbild des "Homo Oeconomicus"²⁴ aus. Aus dieser Sicht sind Menschen berechenbar und ihr Denken und Handeln vorhersehbar. Maßgeblich würde ihr Verhalten von monetären Anreizen und Strafen gesteuert. Für die Akzeptanz von Umweltschutzmaßnahmen hieße das, daß die Bevölkerung nur Maßnahmen akzeptiere, die entweder finanziell zumindest neutral oder vorteilhaft sind. Umweltqualität an sich würde von der Bevölkerung kaum als ein Gewinn wahrgenommen, der Nachteile in anderen Bereichen rechtfertige:

"Dann habe ich also saubere Luft, die spüre ich aber nicht im Geldbeutel. Und habe aber weniger an anderen Dingen. Und das plausibel zu machen ist ganz schwer. Ich versuche es immer wieder, aber das ist schwer rüber zu bringen."
(5:358)

Die Vermittlung von komplexen umweltpolitischen Themen in der Öffentlichkeit gestalte sich also als besonders schwierig, weil der Bürger weniger am Verstehen des ÖSR-Konzeptes interessiert sei, als vielmehr auf die Möglichkeit der Gewinnmaximierung reagiere. Eine heile Umwelt würde von der Bevölkerung häufig immer noch als natürlich vorhandene Selbstverständlichkeit vorausgesetzt.

"...wenn sie [die Bürger] eine zusätzliche Umweltqualität haben, sauberes Wasser bekommen, das spüren sie ja nicht in ihrem Geldbeutel. [...] sie müssen das als ein Einkommen eigentlich akzeptieren. Das tun sie aber nicht. Sie wollen das aber nicht. Sie wollen das zum Nulltarif haben." (5:153)

7.1.2.2 Der öffentliche Diskurs aus "konventioneller parlamentarisch-demokratischer Sicht"

Prägend für die "konventionelle parlamentarische" Lesart des öffentlichen Diskurses ist die grundsätzliche Übereinstimmung mit der Form der derzeitigen Umweltpolitik in Deutschland. Die Notwendigkeit wissenschaftlicher Fundierung umweltpolitischer Konzepte wird ebenso hervorgehoben, wie auch das Ziel, die Bevölkerung in den politischen Prozeß einzubinden. Um das letztere zu erreichen, müsse der Diskurs trotz aller Schwierigkeiten wirklich "öffentlich" geführt werden. Der Bevölkerung müßten also zumindest die grundlegenden

²⁴ Der Homo Oeconomicus läßt sich soziologisch wie folgt definieren: "Für den homo oeconomicus wird (...) angenommen, daß er seinen individuellen Nutzen auf der Grundlage vollkommener Information und stabiler und geordneter Präferenzen im Rahmen gegebener Restriktionen maximiere" (Esser, 1996: 236). In den Interviews wurde nicht spezifischer nach dem Menschenbild gefragt. So soll in diesem Fall mit dem Begriff "Homo Oeconomicus" nur die Vorstellung der Akteure hervorgehoben werden, daß die Menschen - zumindest bezüglich der ÖSR - maßgeblich das Ziel der Maximierung persönlichen Nutzens verfolgen.

Informationen vermittelt werden, auf deren Grundlage sie dann ihre Volksvertreter wählen könne. Die Akteure der "konventionellen parlamentarischen" Lesart sehen eine starke Macht auf Seiten der Bevölkerung und reagieren sehr sensibel auf öffentliche Stimmungen. Dennoch wird diese Macht als eine absolut delegierte betrachtet. Diese Sichtweise wird als "konventionell" bezeichnet, weil sie einen Mittelweg beschreibt, der nur langsame Veränderungen vorsieht und zuläßt. Dieses konventionelle, bewahrende Vorgehen scheint der teilweise dramatischen Einschätzung der Umweltsituation nicht immer gerecht zu werden.

Die Akteure dieser Lesart sind nicht so eindeutig parallel denen des "ökologisch-ökonomischen ÖSR-Befürworters" zuzuordnen, wie es bei der "expertokratischen" Lesart und dem "ökonomischen ÖSR-Gegner" der Fall war. Es läßt sich unter den "ökologisch-ökonomischen ÖSR-Befürwortern" ein Mittelfeld identifizieren, das in seiner Sicht auf den öffentlichen Diskurs von "konventionellen parlamentarischen" Vorstellungen geprägt ist. Es gibt aber Akteure innerhalb des "ökologisch-ökonomischen ÖSR-Befürworters", die in der Sicht auf den öffentlichen Diskurs jeweils zu der "expertokratischen" bzw. zu der "egalitären" Lesart tendieren. Die parallele Zuordnung der "ökologisch-ökonomischen ÖSR-Befürworter" zu der "konventionellen parlamentarischen" Lesart ist aber empirisch zu rechtfertigen. Die größere Anzahl der ÖSR-Befürworter ist eindeutig der "konventionellen parlamentarischen" Sicht auf den öffentlichen Diskurs zuzuordnen. Die "Grenzgänger" sind meist durch Aussagen geprägt, die sich zum Teil dem Mittelfeld und zum Teil der jeweils anderen Lesart zuordnen lassen.

Im folgenden wird zunächst die "konventionelle parlamentarische Lesart" des öffentlichen Diskurses aus der Rekonstruktion der subjektiven Vorstellungen entwickelt. Anschließend werden die "Grenzgänger" zur "expertokratischen Sicht" dargestellt. Die Schnittstellen zur "basisdemokratischen Sicht" werden erst benannt, nachdem die Perspektive des "Basisdemokraten" eingeführt wurde.

Merkmale der "konventionellen parlamentarisch-demokratischen Sicht"

Die Bevölkerung kann die ÖSR nicht in der gesamten Komplexität begreifen. Die mehrheitlichen Aussagen der Akteure der "konventionellen parlamentarischen Lesart" besagen, daß die Bevölkerung nicht in der Lage sei, das komplexe Thema der ÖSR ausreichend begreifen und bewerten zu können: "Die Öffentlichkeit kann sich nicht über so fein abgestufte Forderungen im einzelnen eine Meinung bilden. Ich glaube das funktioniert nicht" (11a:302). In diesem Punkt scheint diese Lesart der "expertokratischen" Einschätzung

der Bevölkerung sehr ähnlich zu sein. Der entscheidende Unterschied liegt aber in der Konsequenz, die aus der Sicht auf die Bevölkerung folgt. Aus "konventionell parlamentarischer Sicht" wird nicht eine weniger öffentliche Debatte geschlußfolgert, sondern die Herausforderung des öffentlichen Diskurses wird angenommen. Hier wird davon ausgegangen, daß es keine andere Möglichkeit gebe, als die Bevölkerung als rationales Gegenüber ernst zu nehmen, ihr ein ausreichendes Maß an Aufnahmefähigkeit zuzutrauen und sich des weiteren zu bemühen, die Vermittlung so gut und so bürgernah wie möglich zu gestalten.

"...im einzelnen ist es natürlich in der Tat komplex. Aber das gilt natürlich letztlich für jedes Thema und für jede Steuerreform. Also von daher denke ich, das kann nicht das Kriterium sein. Da muß man dann eben mit umgehen. Und in der politischen Propagierung muß man das Ganze dann eben so vergrößern, daß die 'Essentials' raus kommen. Und daß man das trotzdem eben nicht als reine Propaganda, sondern noch einigermaßen vertretbar hält. Und da denke ich, daß das Konzept in seiner reinen Form schon vermittelbar ist." (16:336)

Es werden also keine strukturellen Änderungen im politischen Diskurs gefordert, sondern die Vernachlässigung der Bürger durch die Politik müsse behoben werden. Die Akteure attribuieren das mangelnde Verständnis der Bürger maßgeblich auf die unzureichende Vermittlung durch die Verantwortlichen. Diese Sicht ist durch die unzulängliche Vermittlung durch politische Akteure und Medien und durch die zu hektisch geführte öffentliche Debatte gekennzeichnet.

Meinungsbildung und Wissensvermittlung war unzulänglich. Als ein wichtiges Bewertungskriterium für den öffentlichen Diskurs wurde die Beeinflussung der öffentlichen Meinung genannt. *"Ob wir unseren Bereich erfolgreich bearbeitet haben"* bemißt ein Akteur an der Frage: *"Haben wir Menschen überzeugt? Hat sich das dann [...] in Wahlergebnissen niedergeschlagen?" (13:423).*

Auf dieser Ebene bewertet der "konventionell parlamentarische Typ" den Diskurs eher kritisch: *"...der ganze Bereich der Beeinflussung öffentlicher Meinung [wurde], glaube ich, einfach vernachlässigt" (1:379).* Es ist nicht gelungen die breite Öffentlichkeit von den Vorteilen der ÖSR zu überzeugen. Ein Akteur "traut" sich kaum noch von der doppelten Dividende der ÖSR zu sprechen, *"weil es eben doch letztlich niemand so richtig geglaubt hat" (16:63).*

Die Erwartungen in diesem Bereich – und somit auch die Kritik – richten sich hauptsächlich an die Umweltverbände und die Regierungsparteien. Insbesondere bei diesen

Akteuren wird die Öffentlichkeitsarbeit und die Aufklärungsarbeit als unzureichend bewertet. Man muß *"auch von Seiten der Umweltverbände, die vertreten ja schließlich so was, mehr Überzeugungsarbeit leisten. [...] Ich meine, die Regierung macht das ja zum Teil, aber da sehe ich eigentlich keine Verbesserung gegenüber der miserablen Öffentlichkeitsarbeit der alten Regierung. Die bringen das nicht so richtig rüber"* (4:460). In der Diskussion tauchen immer noch Argumente gegen die ÖSR auf, von denen *"hätten wir gedacht, die haben wir schon zehn Mal widerlegt"* (10:309).

In der Qualität der öffentlichen Diskussion wird hier zwischen dem Fachdiskurs und dem öffentlichen Diskurs unterschieden:

"Die Debatte in den Eliten, also denen, die unmittelbar an der politischen Willensbildung beteiligt sind, lief relativ rational und hat relativ schnell die wichtigsten Probleme aufgearbeitet und benannt. Was sicher fehlt ist doch, daß das Bewußtsein in der breiten Öffentlichkeit nicht nennenswert gewachsen ist und doch eher Ablehnung produziert hat. Die Vermittlung dieser Idee in breitere Kreise ist nicht so gelungen." (16:417)

Schlechte Berichterstattung in den Medien. Den Medien wird ebenso Verantwortung für die mangelhafte Vermittlung der ÖSR und die schlechte Informationslage in der Öffentlichkeit zugeschrieben. In der heutigen Informationsgesellschaft messen die Akteure den Medien eine sehr große Bedeutung für den öffentlichen Diskurs bei. *"Die Medien haben da natürlich eine ziemlich große Rolle dabei. Weil ein Großteil der öffentlichen Meinung ist ja Medienmeinung"* (8:407). Gleichzeitig werden die Medien aber für *"opportunistisch"* und schlagzeilenorientiert gehalten, wodurch sie ihrem Aufklärungsauftrag nicht gerecht würden.

"Die Medien greifen sich irgendeine Position heraus und die Position wird dann halt bezogen. Man muß sich ja nur mal die Entwicklung bei den TV-Sendungen und auch im Zeitungs- und Zeitschriftenbereich ansehen. Wieviel Medien wir noch haben, wo man den Eindruck hat, die bemühen sich noch oder ringen noch um eine sachgerechte Darstellung des Problems." (7:208)

Öffentlicher Diskurs war zu hektisch. Der Diskurs sei außerdem so hektisch gewesen, daß es für die Bürger schwierig gewesen sei, den Inhalten zu folgen. Die Debatte zur ÖSR läuft ja schon seit vielen Jahren. Hier wird aber besonders auf die Zeit des Wahlkampfes vor der Bundestagswahl 1998 bis zur Einführung der ersten Stufe der ÖSR im April 1999 verwiesen. Diese Phase sei ebenso entscheidend wie hektisch gewesen. Die Schaffung eines tieferen Verständnisses für das Konzept der ÖSR hätte eine langfristige und *"sanfte"* Vermittlung der Idee erfordert.

"Und seitdem ist es ein sehr sehr hektischer Diskurs. Was zum einen dadurch bedingt ist, daß die Bevölkerung nicht darauf vorbereitet war, was kommt da

eigentlich, was haben wir davon, was für Auswirkungen hat das? Und zum anderen natürlich, das Gesetzgebungsverfahren selbst war ja sehr hektisch. Dann kamen die unterschiedlichen Verbandsinteressen dazu, die zum Teil da richtig mit Horrorszenarien operiert haben. Diese ganze Mixtur hat eben zu so einer hektischen Auseinandersetzung geführt." (12:86)

Die Akteure der "parlamentarischen" Sicht machen also weniger die Bevölkerung selbst verantwortlich für die Probleme des öffentlichen Diskurses, sondern sehen selbstkritisch: *"...da ist wirklich in der Vermittlung viel schief gegangen" (1:80)*. Auf die Vorstellungen der Akteure über mögliche Verbesserungen dieser Vermittlung wird später im Rahmen der "Verbesserungsmöglichkeiten" weiter eingegangen.

Menschenbild

Das Menschenbild aus "konventioneller parlamentarischer Sicht" unterscheidet sich zunächst nicht maßgeblich von dem der "expertokratischen" Lesart. Auch diese Akteure gehen von einem Menschen aus, dessen Ziele primär durch materielle Interessen bestimmt werden. Solange das *"nicht richtig kracht"* mit der Umwelt, interessiere uns Menschen *"in erster Linie unser Gehalt und alles was wir brauchen, um unsere Lebensqualität zu erhöhen, hoch zu halten. Deswegen steht das Ökonomische für uns natürlich erst mal viel mehr im Vordergrund"* (15:345).

Der Unterschied zwischen den Lesarten zeigt sich in der Konsequenz aus dem Menschenbild für den öffentlichen Diskurs. Gerade weil die Bürger maßgeblich an die eigene Betroffenheit dächten, müßten sich die Akteure aus "konventioneller parlamentarischer" Sicht darauf einstellen und in der Öffentlichkeit stärker auch den Gewinn der Bürger durch die ÖSR hervorheben. Umweltschutz sei eben zur Zeit nur durchsetzbar, wenn er mit einem *"lukrativen finanziellen Effekt"* verbunden sei, also wenn man *"dem Bürger auch vermitteln kann, hier wenn Du jetzt Energie sparst, dann hast Du einfach mehr Geld"* (4:246).

Man müsse bei der Vermittlung auch stärker berücksichtigen, daß Umweltschutz nicht für alle Bürger gleich bedeutsam sei. Besonders für sozial Schwächere stünde eher die materielle Absicherung im Vordergrund. So wird das Bild des Menschen nach der sozialen Lage unterschieden. Eine Vorstellung, die das Menschenbild weiter differenziert, ist die Annahme, daß Menschen, nachdem sie bestimmte Grundbedürfnisse gesichert haben auch "postmaterielle" Bedürfnisse (vgl. Inglehart, 1977), wie z.B. eine heile Umwelt, stärker berücksichtigen würden. Aus dieser Vorstellung resultiert das Bild, daß Umweltschutz maßgeblich ein Thema der Mittelschicht sei.

"...für die Masse [...] der Unterschicht oder der unteren Mittelschicht, hat die Umweltpolitik, [...] bei weitem nicht den Stellenwert. Man kann immer sehen, es geht um die Kernbereiche Arbeit, Soziales, soziale Gerechtigkeit. Und die Hauptfrage ist: bleibt mir bei alledem [...] genug Geld in der Tasche? Oder wird mir immer nur mehr Geld raus gezogen?" (13:323)

Schnittstelle zur "expertokratischen Sicht"

Die Gruppe von Akteuren, die hier der "konventionellen parlamentarisch-demokratischen Sicht" zugeordnet ist, ist nicht homogen. Einige der Akteure kommen in ihrer Sicht auf den öffentlichen Diskurs und die Bevölkerung der "expertokratischen Sicht" sehr nahe. Ihre Aussagen weisen mal auf das "expertokratische", mal auf das "parlamentarische" Vorstellungsmuster hin. So sehen diese Akteure - ähnlich der "expertokratischen Sicht" - insbesondere Defizite auf Seiten der Bevölkerung, die eine allzu "öffentliche" Diskussion nicht sinnvoll erscheinen lassen.

Die Bürger werden als "Politikmuffel" wahrgenommen, die weder das Interesse und die Geduld, noch die kognitiven Fähigkeiten hätten, komplexe politische Konzepte wie die ÖSR zu verstehen. Sie hätten meist nicht *"die Zeit und nicht die Kenntnis [...], um wirklich die Debatte verfolgen zu können"* (7:453). Die Bürger würden nur noch Schlagzeilen nachfragen, was dann auch das Niveau der Debatte bestimme. Eine tiefgehende Diskussion würde *"eine 'Attention-Span' von der Allgemeinheit [voraussetzen], eine Geduld dem Thema gegenüber, die einfach prinzipiell nicht da ist"* (15:107). Die breite Öffentlichkeit habe die Erwartung, daß *"die Aufnahme [von Information] und Auseinandersetzung keine gedankliche, keine intellektuelle Mühe machen darf und schnell gehen muß"* (13:175).

Hier wird aber ebenso angedeutet, daß das Niveau der Debatte nicht nur durch die mangelnde Bereitschaft der Bevölkerung bestimmt sei. Ebenso würde die Fähigkeit zum komplexen Denken auf Seiten der Öffentlichkeit fehlen, die aber zum Verständnis des komplexen Gegenstandes nötig sei: *"Man sieht also zwar die eine Seite und dann die andere Seite, aber man macht sozusagen keine Verbindung"* (1:131).

So gehen "expertokratische" und "konventionell parlamentarische" Vorstellungsmuster bei einigen Akteuren fließend ineinander über. Insofern nähern sich die Typen in der Sicht auf den öffentlichen Diskurs einander an. Am folgenden Beispiel wird aber deutlich, daß sich die Akteure bezüglich der Bewertung des ÖSR-Konzeptes weiterhin klar unterscheiden. So meint ein "ökologisch-ökonomischer ÖSR-Befürworter", daß die Akzeptanz der ÖSR von dem richtigen Verständnis der ÖSR abhängt. Er nimmt somit eine "expertokratische" Sicht ein:

"Auf jeden Fall ist es wirklich so, daß die Kreise, die sich mit dem Thema auch wirklich auseinandersetzen, mit dem Thema ÖSR, wirklich auch vollständig hinter dem Konzept stehen. Es gibt eine Fraktion, die die handelbaren Emissionszertifikate favorisiert. Das sind aber in aller Regel, so wie ich das beobachte, die zu wenig verstehen, was man der Natur zumuten kann und was nicht. Die einfach zu wenig gebildet sind auf der ökologischen Seite." (15:372)

Die folgende Aussage spiegelt ebenso eine "expertokratische" Perspektive wider. Diese Aussage stammt aber von einem "ökonomischen ÖSR-Gegner". Dieser meint - genau im Gegensatz zum vorhergehenden Zitat - daß ein Bürger, der das Interesse aufbringen würde, das ÖSR-Konzept zu durchdringen, die ÖSR dann mit Sicherheit ablehnen würde. Dieser "ökonomische ÖSR-Gegner" sagt, daß

"diejenigen, die sich mit dem Thema intensiver auseinandersetzen, und nicht nur an der Oberfläche mit den populären Ideen bleiben, auch so zu dem Schluß kommen, daß es - was ökologische Instrumente angeht - es nicht sehr ökologisch wirkt, sogar kontra-produktiv." (6:354)

Die "konventionell-parlamentarische" Sicht hat ebenso Schnittstellen mit der basisdemokratischen Lesart. Bevor diese dargestellt werden, soll jedoch zunächst die genauere Beschreibung der "basisdemokratischen" Lesart erfolgen.

7.1.2.3 Der öffentliche Diskurs aus "basisdemokratischer Sicht"

Merkmale der "basisdemokratischen Sicht"

Die Bevölkerung wird in der "basisdemokratischen Sicht" als potentiell rational und autonom gesehen. Die Bürger seien grundsätzlich in der Lage, sich an politischen Prozessen zu beteiligen und Entscheidungen zu treffen. Auch aus dieser Sicht werden aber durchaus Schwierigkeiten wahrgenommen, die durch die Kluft zwischen Expertenwissen und Laienwissen entstehen können.

"Das technische Wissen entfernt sich ja immer weiter vom breiten Wissen der Bevölkerung. Und damit ist es schwer Argumente auszutauschen. Ob Sie jetzt eine Müllverbrennungsanlage nehmen, oder Aspekte der Wärmepumpe. Da muß man natürlich schon ein gewisses Maß an Kenntnis mitbringen. Oder jemand muß sehr geduldig und offen zuhören, um das Problem anzunehmen, um es dann begriffen zu haben. [...] Das Breitenwissen kommt nicht schnell genug nach. Und dadurch wird die Diskussion immer emotionaler." (3a:170)

Der Unterschied dieser Lesart im Vergleich zu den Vorhergehenden liegt in der Erklärung des mangelnden Wissens der Bürger. Der Mangel an Wissen und Verständnis wird auf gesellschaftliche Verhältnisse zurückgeführt. Der öffentlichen Diskurs sei nicht emotional,

weil die Bevölkerung nicht rational argumentieren könne, sondern weil die Bevölkerung in diesem politischen System gar keine Chance habe schnell genug ausreichend politisches "Breitenwissen" aufzubauen. In dieser Lesart seien Konsequenzen auf der Ebene des demokratischen Systems notwendig, um einen fruchtbaren öffentlichen Diskurs zu ermöglichen. Die Bevölkerung müsse viel grundsätzlicher die Möglichkeit haben, sich in die Politik einzubringen.

In dem Fall der ÖSR *"gab [es] keine richtige öffentliche Diskussion. Das muß man mal ganz klar sagen. Und das ist bestimmt auch der Mangel, daß die Demokratie als solche, die vorhanden ist, überhaupt nicht genutzt wurde"* (3b:581). Das sei *"generell eine Frage des Politikverständnisses. [...] Die Politiker argumentieren ja quasi immer so, wir sind ja jetzt durch die Wahl bevollmächtigt und jetzt machen wir mal das, was aus unserer Sicht gut ist für die Gesellschaft"* (3a:598). Die Defizite werden aber weniger individuellen Politikern zugeschrieben, sondern die Ursachen werden in der Geschichte der deutschen Demokratie gesucht:

"Ja, das ist keine Kritik an den Grünen oder an der SPD. Das ist einfach die deutsche Demokratie, die keinen Mut hat, den Bundespräsidenten mal direkt vom Bürger wählen zu lassen." (3b:644)

Das Ernstnehmen der Bevölkerung als gleichberechtigtes Gegenüber durch die "basisdemokratischen" Akteure zeigt sich besonders darin, daß die Bevölkerung ebenso wie die unterschiedlichen Akteure in die Verantwortung genommen werden. Aus "basisdemokratischer" Perspektive wird entsprechend einer kommunikativen Vernunft von allen gesellschaftlichen Gruppen - auch von den Bürgern - erwartet, sich um notwendige Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu bemühen.

"Das ist das, was die Industrie machen muß: nicht sagen, so jetzt haltet mal die Gosch und wir machen das schon hier, sondern sagen: hingehen, reden, versuchen Verständnis zu wecken. Aber natürlich auf eine ehrliche Art und Weise. [...] Die andere Seite ist, der Bürger muß halt auch zuhören können, oder die Bürgerinitiativen, und sagen, o.k., höre ich es mir doch erst mal an. Rechne ich es mal nach, lasse es prüfen, und nicht aus dem Bauch 'raus und dann ausgespuckt." (3a:227)

Menschenbild

Auch in dieser Lesart wird davon ausgegangen, daß der Mensch stark danach handelt, wie er seine materiellen Ressourcen sichern oder erweitern kann. Allerdings wird gleichzeitig betont, daß der Mensch nicht durch Anreize und Bestrafung allein gesteuert werden könne. Es wird stärker als bei den anderen Typen darauf hingewiesen, daß neben positivem Feedback auch

entsprechende Umfeldbedingungen geschaffen werden müßten. Wenn man Bürger z.B. durch Benzinsteuern nicht nur "bestrafen" wolle, sondern auch tatsächlich umweltschonendes Handeln fördern möchte, dann müßten neben finanziellen Anreizen auch bestimmte Bedingungen geschaffen werden, wie z.B. ein ausgebautes ÖPNV-System: "*Verteuerung soll Anreize schaffen, aber das funktioniert so nicht. Man muß dann wirklich konsequent und massiv den ÖPNV stärken*" (9:452). Ein Preisansatz wie die ÖSR könne menschliches Handeln nicht da steuern, wo keine alternativen Handlungsmöglichkeiten gegeben seien. "*Viele haben die Alternative gar nicht mehr, weil es keinen ÖPNV mehr gibt*" (9:459).

Schnittstelle der "konventionell-parlamentarischen" mit der "basisdemokratischen" Sicht

Nachdem nun die basisdemokratische Perspektive eingeführt wurde, sei kurz auf die Schnittstelle Zwischen "parlamentarischer" und "basisdemokratischer" Sicht hingewiesen. Unter den Akteuren der "konventionellen parlamentarischen" Lesart gibt es auch einige "Grenzgänger", die in ihren Vorstellungen zum öffentlichen Diskurs der "basisdemokratischen Sicht" recht nahe kommen. Sie halten die Bevölkerung für sehr wichtig für den Einführungsprozeß der ÖSR und fordern eine stärkere Ausweitung des öffentlichen Diskurses.

Diese Akteure betrachten die Bevölkerung im Gegensatz zu den meisten anderen Akteuren bereits jetzt als aktiv und beteiligt am öffentlichen Diskurs. Der Bevölkerung wird eine starke politische Macht zugeschrieben. Wenn die Bevölkerung die ÖSR als zu schlecht wahrnehmen würde, "*dann würde es noch mehr Bürgerbegehren, Volksbegehren geben gegen die ÖSR. Also wenn die ÖSR wirklich so daneben gewesen wäre, dann hätte auch die Opposition das verstärkt aufgegriffen, wie sie das mit den Unterschriftenlisten gegen die doppelte Staatsbürgerschaft gemacht haben. Und dann hat man ja die Bevölkerung als direkten Akteur*" (4:175). Heute würde die Bevölkerung nicht mehr einfach alles Schlucken, was die Politik ihr vorsetze. "*Das ist heute nicht mehr so. Da ist sehr schnell jemand bereit eine Bürgerinitiative zu gründen oder sich einer Partei zu bedienen*" (4:191).

7.1.3 Zusammenhang zwischen den Vorstellungsmustern zum ÖSR-Konzept und zum öffentlichen Diskurs

In diesem Abschnitt sollen die im Vorhergehenden rekonstruierten Vorstellungsmuster zum ÖSR-Konzept und zum öffentlichen Diskurs zu einer allgemeinen Akteurs-Typologie verbunden werden. Die beiden oben beschriebenen Typologien verlaufen parallel. In Abb. 18

wurde deutlich, daß die Akteure, die den unterschiedlichen Lesarten des ÖSR-Konzeptes zugeordnet sind, auch jeweils einer bestimmten Lesart des öffentlichen Diskurses angehören. Die Akteure der jeweiligen Lesart unterscheiden sich jeweils bezüglich beider Bereiche. Ein bestimmtes Vorstellungsmuster zum ÖSR-Konzept ist also immer mit einer bestimmten Lesart des öffentlichen Diskurses verbunden. Die jeweils parallelen Vorstellungsmuster können nun in eine umfassende Akteurs-Typologie zum ÖSR-Diskurs integriert werden. Wenn im folgenden von "Ökosteuer-Diskurs" die Rede ist, ist die integrierte Sicht auf das ÖSR-Konzept und auf die öffentliche Debatte gemeint.

7.1.3.1 Die "Wachstums-Rationalität"

In der "Wachstums-Rationalität"²⁵ sind zwei Vorstellungsmuster miteinander verbunden. Zum einen ist das die Prioritätensetzung auf wirtschaftliche Aspekte der gesellschaftlichen Entwicklung. So wird das ÖSR-Konzept abgelehnt, weil es der deutschen Wirtschaft schade ("ökonomischer ÖSR-Gegner"). Umweltschutz benötige eine wachsende, international konkurrenzfähige Wirtschaft, die sich Investitionen in den Umweltschutz leisten kann und die nicht aus Gründen der Produktionskosten in Länder mit geringeren Umweltauflagen abwandert. Zum anderen seien diese - insbesondere die wirtschaftlichen - Zusammenhänge sehr kompliziert und erforderten Expertenwissen, um qualifizierte Entscheidungen zu fällen. Aus diesem Grunde sollten umweltpolitische Entscheidungen möglichst von Wissenschaftlern geprüft und legitimiert werden und nicht durch den Druck einer unwissenden Öffentlichkeit bestimmt sein (die "expertokratische Sicht"). Der Einfluß der Öffentlichkeit auf das Parteiensystem und die Politik wird als groß, aber nicht als nützlich wahrgenommen. Daher sollte die Debatte über die ÖSR eher als Expertendiskurs und weniger in der breiten Öffentlichkeit geführt werden.

7.1.3.2 Die "win-win - Rationalität"

Die "win-win - Rationalität" steht für die Zusammenhänge zwischen der Lesart des "ökologisch-ökonomischen ÖSR-Befürworters" und der "konventionellen parlamentarischen" Lesart des öffentlichen Diskurses. Die "win-win - Rationalität" ist in der Sicht auf das ÖSR-

²⁵ Die "expertokratische" Sicht mag in dem Titel "Wachstums-Rationalität" zunächst nicht so klar ersichtlich scheinen. Der Begriff "Wachstums-Rationalität" beschreibt aber m.E. diesen Idealtypus treffend. Soziologisch ist die Verknüpfung von wirtschaftlichem Wachstum und wissenschaftlicher Spezialisierung bekannt. So wurde der Wachstumsschub im Zuge der industriellen Revolution u.a. erst durch die Ausdifferenzierung eines Expertensystems ermöglicht (vgl. z.B. Habermas, 1969; Ortega y Gasset, 1994).

Konzept durch die Verknüpfung von Ökologie und Ökonomie geprägt. Die grundsätzliche Idee der ÖSR wird befürwortet und als Einstieg in einen ökologischen Umbau bewertet. Gegenüber des aktuellen ÖSR-Gesetzes äußert sich allerdings auch dieser Typ außerordentlich kritisch.

Ein großer Vorteil des ÖSR-Konzeptes sei, daß es ein "win-win" Instrument sei und so Umweltschutz und Arbeitsplatzschaffung miteinander verbinde. Der Umweltschutz habe dadurch bessere "Gewinn" - Chancen, daß nun auch gleichzeitig die Wirtschaft gewinne. Dadurch könnten neue Arbeitsplätze geschaffen werden, wovon auch wiederum die Bevölkerung profitiere. Hier wird also der Versuch unternommen, "Gewinne" in allen drei Bereichen des Leitbildes der Nachhaltigkeit zu erzielen.²⁶ Ausgangspunkt und primäres Ziel dieser Akteure ist aber immer der Umweltschutz. Die Koppelung von Ökologie und Ökonomie wird als Mittel betrachtet, ohne deren Berücksichtigung keine Akzeptanz für Umweltschutzmaßnahmen geschaffen werden könnte.

Diese Sicht auf die ÖSR ist verbunden mit der "konventionellen parlamentarischen" Perspektive auf den öffentlichen Diskurs. Die Bezeichnung als "win-win - Rationalität" wird in diesem Zusammenhang deutlicher, wenn man das "sowohl-als-auch -Denken" hervorhebt, das dieser Rationalität inhärent ist. In diesem Typus sind in vieler Hinsicht auch Vorstellungen der "expertokratischen" und "basisdemokratischen" Lesarten verbunden. Hier wird "sowohl" die Notwendigkeit des Expertenwissens gesehen, "als auch" die Legitimierung der Expertenentscheidungen durch die breite Bevölkerung. Die Interessen der Bevölkerung werden durch gewählte Vertreter repräsentiert. Diese Vertreter haben die Aufgabe, die Bevölkerung in einem öffentlichen Diskurs über die politischen Maßnahmen aufzuklären.

7.1.3.3 Die "egalitäre Rationalität"

Innerhalb der "egalitären Rationalität"²⁷ sind die Lesart des "sozialen ÖSR-Gegners" und die "basisdemokratische" Sicht miteinander verbunden. Diese Rationalität ist geprägt durch die

²⁶ Auch wenn an dieser Stelle der Bereich "Soziales" in den win-win - Ansatz miteinbezogen wird, bezieht sich in dieser Arbeit die "win-win - Rationalität" maßgeblich auf die Verbindung von ökologischen und ökonomischen Zielen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist zwar nicht nur dem ökonomischen Bereich zuzuordnen, sondern ebenfalls dem sozialen. Wenn hier aber von der Säule Soziales die Rede ist, ist in der Regel eher der direkte soziale Einfluß auf die Bevölkerung durch finanzielle Be- bzw. Entlastung durch die ÖSR gemeint, während die Schaffung von Arbeitsplätzen einen eher langfristigen und vermittelten sozialen Effekt anspricht. Zum anderen ist mit der Nachhaltigkeitssäule Soziales - entsprechend der subjektiven Vorstellungen der Akteure - stark der Aspekt der demokratischen Mitbestimmung durch die Bevölkerung gemeint.

²⁷ Der Begriff "egalitäre Rationalität" ist aus der Typologie der Cultural Theory von Mary Douglas übernommen. Der hier als egalitär beschriebene Typus hat zwar interessante Übereinstimmungen mit dem entsprechenden

Prioritätensetzung auf den sozialen Aspekt im Leitbild der Nachhaltigkeit. Damit ist zum einen die Kritik an der ungleichen Verteilung der finanziellen Be- und Entlastung durch die ÖSR angesprochen. Die Kritik bleibt aber nur selten auf solch konkreter Ebene. Diese Rationalität betrachtet die ÖSR eher als ein Beispiel für eine Politik, aus der die breite Bevölkerung weitgehend ausgeschlossen sei. Die Äußerungen beziehen sich stark auf eine grundsätzlichere Ebene des Politikverständnisses. Dieses Vorstellungsmuster ist oben als "basidemokratische Sicht" bezeichnet worden. Der öffentliche Diskurs zur ÖSR sei nicht wirklich "öffentlich" geführt worden. Die breite Bevölkerung sei weder in die Entscheidungen über die Konzeption und Einführung der ÖSR einbezogen gewesen, noch hätten die Experten in der Ausgestaltung der Reform die Interessen der Bevölkerung berücksichtigt. Politik solle sich stärker an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren. Das sei nur möglich, wenn die Bevölkerung in die politischen Entscheidungsprozesse einbezogen wäre und eine ausreichend große Lobby hätte, um den öffentlichen Diskurs entlang ihrer Interessen mitgestalten zu können.

7.1.3.4 Anmerkungen zur Typenbildung

Aus der Darstellung der subjektiven Vorstellungen der Akteure wird ersichtlich, wie unterschiedlich der Ökosteuer-Diskurs wahrgenommen und erklärt wird. Die vorgenommene Typisierung erlaubt m. E. eine sinnvolle Strukturierung der Akteurs-Vorstellungen. Die Rekonstruktion der Akteursvorstellungen ist schon an dieser Stelle ausreichend umfangreich, um die drei Rationalitäten in ihren wichtigsten Zügen zu fassen. Aus diesem Grunde seien auch an dieser Stelle der Auswertung schon einige Erläuterungen zur Systematik der Typenbildung und ihrer Einschränkungen eingeschoben, bevor in den beiden folgenden Auswertungsteilen die Typen durch die Rekonstruktion der "Prognose" und der "Handlungsvorstellungen" weiter angereichert und präzisiert werden.

Legitimation der Typenbildung

Henrich (1952, zitiert nach Gerhardt, 1991a, S. 24) schreibt zur Typenbildung: "Man kann zwar von einem Tatbestand viele, aber nicht beliebig viele Idealtypen bilden. Die Zahl der Idealtypen wird bestimmt von der Gegebenheit selbst". Die Rekonstruktion von drei Idealtypen ist sicher nicht die einzig mögliche Anzahl von Akteurs-Typen im ÖSR-Diskurs,

Typus in der Cultural Theory (vgl. Douglas & Wildavsky, 1993; Thompson, Ellis & Wildavsky, 1990), der Vergleich mit der Cultural Theory kann aber in dieser Arbeit nicht weiter verfolgt werden.

aber sie scheint dem Gegenstand angemessen. Die "win-win - Rationalität" ist diejenige, die in dieser Arbeit die Vorstellungen der meisten befragten Akteure umfaßt. Diese Akteure haben sicher nicht nur homogene Vorstellungen zum ÖSR-Diskurs. Dennoch verbindet sie alle die Koppelung der beiden Nachhaltigkeitssäulen Ökologie und Ökonomie und die "konventionelle parlamentarische" Sicht auf den öffentlichen Diskurs. Das Datenmaterial legt insbesondere bei diesem "breiten" Typ eine weitere Differenzierung nahe. Weitere Unterscheidungen innerhalb der "win-win - Rationalität" könnten anhand folgender Dimensionen vorgenommen werden:

- optimistisch vs. pessimistisch, hinsichtlich der Sicht auf die Wirksamkeit des aktuellen ÖSR-Gesetzes,
- expertokratisch vs. egalitär, hinsichtlich der Sicht auf den öffentlichen Diskurs.

Diese Differenzierungen sind in der Darstellung der "win-win - Rationalität" und seiner Subtypen auch schon berücksichtigt worden. Eine weitere Aufteilung in einen zusätzlichen Typen scheint aber nicht im Sinne der Akteure selbst zu sein. Das Datenmaterial spricht dagegen. Mehrere "win-win" - Akteure haben folgendes Problem des Ökosteuer-Diskurses benannt: die Kritik an dem aktuellen ÖSR-Konzept von Seiten der ÖSR-Befürworter sei häufig in der Öffentlichkeit als generelle Ablehnung der ÖSR wahrgenommen und von ÖSR-Gegnern auch als solche aufgegriffen worden.

"...das Problem ist, daß eine Kritik an der ÖSR grundsätzlich erst mal immer gegen die ÖSR ist. Wenn man also eigentlich die ÖSR für richtig hält, dann hat man Probleme, wenn man sie nur kritisiert." (2:303)

Ihre Kritik an der spezifischen Ausgestaltung der ÖSR wurde in den Interviews von den Akteuren als wichtig hervorgehoben. Und die Hoffnung der Verbesserung des aktuellen Gesetzes reicht von pessimistischen bis zu optimistischen Aussagen. Dennoch scheint zwischen den Vertretern der "win-win - Rationalität" die Gemeinsamkeit der Befürwortung der Idee einer Ökosteuer fundamentaler zu sein, als die unterschiedlichen Vorstellungen über die aktuelle Ausgestaltung der Steuer. Insbesondere auf diese Gemeinsamkeit der Akteure gründet sich die Zuordnung zu der "win-win - Rationalität" als einem einzigen Typen.

Idealisierende Zuspitzung bei der Typenbildung

Nachdem nun darauf hingewiesen wurde, daß die Typen in einiger Hinsicht noch stärker voneinander abgegrenzt werden könnten, trifft in anderer Hinsicht aber auch das Gegenteil zu.

Daher soll hier noch mal auf den "idealtypischen" Charakter der gebildeten Typen im Sinne Max Webers hingewiesen werden. Die Typen werden teilweise in ihren extremen Ausprägungen dargestellt, um die zugrunde liegenden subjektiven Vorstellungen nachzuzeichnen. Um zu veranschaulichen, daß es immer auch Einschränkungen, Relativierungen und Widersprüche in den subjektiven Vorstellungsmustern der Akteure gibt, seien hier kurz einige zentrale Einschränkungen der vorgestellten Typen benannt:

Nein, aber...

Über die "Wachstums-Rationalität" ist gesagt worden, daß sie ihre Priorität auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland setzt. Dieser Typus sagt deshalb "nein" zur ÖSR. Gleichzeitig versäumt er es aber nicht, ein gesellschaftlich akzeptiertes "aber" anzuhängen. Nein zur ÖSR, aber "*für mehr Umweltschutz*" (6:57) und für ein funktionierendes Sozialsystem, das die Bevölkerung und die Industrie nicht durch weitere Steuererhöhungen belastet.

Ja, aber...

Die Vorstellungen der einzelnen Akteure innerhalb der "win-win - Rationalität" beschränken sich natürlich auch nicht auf ein eindeutiges Ja. Auch hier heißt es: "Ja" zur ÖSR, "aber" wir fordern eine Reihe von konzeptionellen Verbesserungen und es müssen wirtschaftliche und soziale Kriterien berücksichtigt werden.

Nein, aber...

Die Vertreter der "egalitären Rationalität" fordern die stärkere Mitsprache der Bevölkerung. Gleichzeitig sehen sie aber auch unabhängig von der Stimmung in der Bevölkerung die Notwendigkeit des Umweltschutzes. So heißt es "Nein" zur ÖSR, "aber" die Umwelt muß in jedem Fall geschützt werden. So heißt es weiter: "Ja" zur Mitbestimmung der Bevölkerung, gleichzeitig werden aber Widersprüche zwischen den Bedürfnissen der breiten Bevölkerung und der politischen Machbarkeit gesehen.

7.2 Prognose: Subjektive Vorstellungen über die Zukunft des ÖSR-Diskurses

Bei den Vorstellungen über die Zukunft des ÖSR-Diskurses wird die Verbundenheit des ÖSR-Konzeptes und des dazugehörigen öffentlichen Diskurses noch mal besonders augenscheinlich. Im Diskurs entstehen bzw. verändern sich die Akteurs-Vorstellungen über die ÖSR. Es wird deutlich, daß sich die subjektiven Vorstellungen über die Entwicklung des öffentlichen Diskurses und über die Weiterentwicklung und Wirksamkeit der ÖSR wechselseitig beeinflussen.

So legen die Aussagen aus den Interviews die Darstellung der Ergebnisse auf den folgenden zwei Dimensionen nahe: a) Vorstellungen über der Entwicklung des Ausmaßes des öffentlichen Diskurs und b) Vorstellungen über die Weiterentwicklung und Wirkung der ÖSR. Von Interesse ist hier insbesondere, welche Bedeutung dem öffentlichen Diskurs für die Entwicklung der ÖSR zugesprochen wird. Die Kombination der beiden Dimensionen entwerfen vier mögliche Zukunftsszenarien.

Förderlich für ÖSR	
1	<p>"win-win - Rationalität": Die ÖSR wird zur akzeptierten Selbstverständlichkeit und der Diskurs wird obsolet.</p>
4	<p>"win-win - Rationalität": Der öffentliche Diskurs wird weiter geführt werden, da die ÖSR als Basisinstrument für die nachhaltige Entwicklung unverzichtbar ist.</p>
Abnahme des ÖD	Zunahme des ÖD
2	<p>"egalitäre Rationalität": Der Diskurs wird weiterhin kaum öffentlich stattfinden, da die nächsten Schritte der ÖSR gering und somit kaum kontrovers sind und die Bevölkerung weiterhin keine Stimme im öffentlichen Diskurs haben wird.</p>
3	<p>"Wachstums-Rationalität": Ein kritischer Diskurs wird zur Ablehnung der ÖSR führen.</p>
Hinderlich für ÖSR	

Abb. 20: Vier Zukunftsszenarien des Ökosteuern-Diskurses

7.2.1 Vier Zukunftsszenarien des Ökosteuern-Diskurses

Die Prognosen der Akteure über die Entwicklung des ÖSR-Diskurses können in vier unterschiedliche Ausprägungen eingeordnet werden. Zunächst sind die Vorstellungen auf der Dimension zu unterscheiden, ob die Diskussion der ÖSR in der Öffentlichkeit zu- oder abnimmt. Die zweite Dimension ist die Vorstellung über die Funktion des öffentlichen

Diskurses für die Entwicklung der ÖSR. Sowohl die Zunahme als auch die Abnahme des öffentlichen Diskurses kann als förderlich für die ÖSR verstanden werden. Beides wird von anderen Akteuren ebenso als hinderlich für die Weiterentwicklung und Wirkung der ÖSR wahrgenommen. Die sich aus den subjektiven Vorstellungen der befragten Akteure ergebenden Szenarien sind in Abb. 20 schematisiert.

7.2.1.1 Zukunftsszenario aus Sicht der "Wachstums-Rationalität": Zunahme des öffentlichen Diskurses ist hinderlich für die ÖSR

Die Sicht der "Wachstums-Rationalität" ist ausschließlich im dritten Quadranten des Vierfelder-Schemas (Abb. 20) angesiedelt. Die Prognose mit der Ausprägung "Zunahme des öffentlichen Diskurses / hinderlich für die ÖSR" spiegelt die Erwartung einer sich stärker äussernden "Skepsis" und Kritik an der ÖSR wider. Die Öffentlichkeit würde die Schwierigkeiten der ÖSR in den nächsten Jahren bemerken, die "man ja in der Realität dann nachprüfen kann" (5:554). Ein Akteur spricht von dem Erleben eines "Praxisschocks", der im "Feldversuch" der ÖSR wahrgenommen werden würde (z.B. durch die ersten Stromrechnungen). Diese Erfahrung werde zu "Gegenbewegungen" in der Öffentlichkeit führen. Solch eine Entwicklung habe ja bereits begonnen, was die schlechten Umfrageergebnisse und die Wahlniederlagen der Regierungsparteien zeigten.

Ein weiterer Akteur dieses Typs vermutet ebenfalls, daß die Idee der ÖSR in der zukünftigen Diskussion immer weiter "zerrieben" würde und sogar die Befürworter der ÖSR von der Idee ablassen werden.

"Ich glaube, daß das Frustrationspotential bei den Befürwortern dieser Idee immer stärker zunehmen wird. Ich glaube, daß das für die Grünen ein großes Problem wird, zu sehen, daß ihr Prestigeprojekt immer mehr zerrieben wird und an Zustimmung verliert. Ich glaube, daß wir langfristig darauf zu steuern, daß wir eine Koordinierung im europäischen Rahmen brauchen, die nicht so aussehen wird, daß sich alle am höchsten Niveau der BRD orientieren müssen." (6:499)

Innerhalb der "Wachstums-Rationalität" wird eher ein Expertendiskurs favorisiert. Für die Zukunft wird dennoch eine Zunahme der Diskussion in der Öffentlichkeit prognostiziert. Da der öffentliche Diskurs aber von den ablehnenden Stimmen geprägt sein würde, wird diese Entwicklung für die eigene, ablehnende Haltung gegenüber der ÖSR als positiv eingeschätzt.

7.2.1.2 Zwei Zukunftsszenarien aus Sicht der "win-win - Rationalität": Sowohl Zu- als auch Abnahme des öffentlichen Diskurses können förderlich für die ÖSR sein

Innerhalb der "win-win - Rationalität" wird die Zukunft hauptsächlich entsprechend der Ausprägungen des ersten und vierten Quadranten im obigen Vier-Felder-Schema gesehen. Die Prognosen unterscheiden sich also darin, daß sie einmal von einer Abnahme und einmal von einer Ausweitung des öffentlichen Diskurses ausgehen. In beiden Fällen wird dieses aber als förderlich für die ÖSR vorgestellt. Die beiden Szenarien werden im Folgenden dargestellt.

Szenario A: Abnahme des öffentlichen Diskurses ist förderlich für die ÖSR

In dieser Ausprägung wird als mögliche zukünftige Entwicklung das Abflauen der öffentlichen Diskussion beschrieben. Diese Entwicklung wird aber als positiv für die Wirkung der ÖSR bewertet. *"Wenn es gut läuft, nimmt die [öffentliche Debatte] ab. Und irgendwann wird die ÖSR zur Selbstverständlichkeit"* (1:709). Diskussionen würden höchstens noch über die Erhöhung von Steuersätzen geführt werden. Die ÖSR wäre dann in den *"Kanon der steuerpolitischen Instrumentarien"* (1:714) aufgenommen und für die weitere Zukunft fest etabliert.

Ein Akteur begründet diese Prognose damit, daß die maßgebliche kontroverse Debatte mit Beschluß der nächsten vier Stufen vorbei sei. Die Diskussion wird dann *"wahrscheinlich um die nachfolgenden Stufen - weil sie dann ja schon beschlossen sind - weniger intensiv geführt werden, als jetzt zur Zeit"* (11a:429).

Mit der Abnahme des öffentlichen Diskurses ist aber auch eine Sorge auf Seiten dieser Akteure verbunden. Wenn nämlich die Steuer zur Selbstverständlichkeit geworden sei und nicht weiter diskutiert würde, erfülle sie zwar ihren fiskalischen Zweck des Anreizes. Es bedeutet aber ebenso, *"daß die Idee der ÖSR einfach nur noch fiskalisch existiert. Und nicht wirklich als umweltpolitisches Instrumentarium"* (1:731). Ohne öffentliche Diskussion würde dann durch die Ökosteuer ebenso wenig ein umweltfreundliches Bewußtsein gefördert werden, wie etwa das Gesundheitsbewußtsein durch die Tabaksteuer.

Szenario B: Zunahme des öffentlichen Diskurses ist förderlich für die ÖSR

In dieser Prognose sieht der Typ der "win-win - Rationalität" zukünftig eine Erweiterung des öffentlichen Diskurses und eine positive Wirkung auf die ÖSR.

Ein Akteur geht davon aus, *"daß diese Diskussion weiter geführt wird und auch dieses Konzept weiter entwickelt werden wird"* (16:613), weil die ÖSR als *"Basisinstrument"* für

eine nachhaltige Entwicklung gebraucht werde. Er begründet die Entwicklung des öffentlichen Diskurses stärker mit arbeitspolitischen als mit ökologischen Argumenten. Die Debatte um die ÖSR würde erst dann abnehmen, wenn *"das Beschäftigungsproblem auf anderem Wege angegangen wird oder nicht mehr so in dieser Dramatik im Vordergrund steht"* (16:596).

Ein weiterer Akteur dieses Typs ist ebenfalls fest davon überzeugt, daß die ÖSR zukünftig auf der politischen Agenda verbleibt. Vor allem *"was den langfristigen Trend betrifft"* (15:520) habe er gar keine Bedenken. Der größte Garant für eine Weiterentwicklung der ÖSR ist für diesen Akteur die Tatsache, daß schon über 40 andere Länder Umweltabgaben eingeführt hätten. *"Ein zurück gibt es da auf keinen Fall. [...] Da zurück zu gehen, sieht man sich dann noch viel größeren Widerständen entgegen, als bei der Einführung"* (15:523).

Die Ausweitung der ÖSR-Diskussion wird in naher Zukunft besonders im Zusammenhang mit folgenden Themen erwartet: in bezug auf die Liberalisierung des Strommarktes, auf eine EU-weite Regelung der ÖSR und bezüglich des Verhältnisses der ÖSR und anderen Umweltschutzinstrumenten wie der Zertifikatslösung und der Selbstverpflichtung.

7.2.1.3 Zukunftsszenario aus Sicht der "egalitären Rationalität": Abnahme des öffentlichen Diskurses ist hinderlich für die ÖSR

Die Akteure der "egalitären Rationalität" stellen sich die Zukunft des ÖSR-Diskurses ausschließlich in der Ausprägung des zweiten Quadranten (vgl. Abb. 20) vor. Es wird von der Abnahme (bzw. einer gleichbleibend geringen) öffentlichen Diskussion ausgegangen, die für eine Verbesserung des ÖSR-Gesetzes hinderlich sei. Typisch ist hier die Hervorhebung der Einbeziehung der Bürger in den Diskurs. Ohne diese Bürgerbeteiligung könne auch das Konzept der ÖSR nicht verbessert, aber eben auch nicht verhindert werden. Es wird auch kein Anlaß zu der Hoffnung gesehen, daß die verantwortlichen Akteure in Zukunft die notwendige Auseinandersetzung mit den mächtigen Interessensgruppen nicht weiterhin vermeiden würden. Die daraus resultierenden Kompromisse führten dazu, daß die ÖSR weiterhin auf Kosten der breiten Bevölkerung ginge. Einer der Akteure dieses Typs beschreibt die Zukunft des Diskurses folgendermaßen:

"Ich glaube, die Debatte wird sich in den nächsten drei Jahren gar nicht groß entwickeln. Weil mit der 2. und 3. Stufe der ÖSR, die ja das Kabinett verabschiedet hat, [...] sind ja die Ansätze einfach weiter runter gehängt worden."

Es bleibt bei dem gegenwärtigen Konzept, d.h. Verbrauchssteuererhöhung. D.h. man nimmt wieder bei der Masse, weil man sich mit keinen irgendwelchen Interessensgruppen anlegen will." (9:381)

Ein weiterer Akteur sieht vor allem keine Fortschritte hinsichtlich der Beteiligung der Öffentlichkeit an der Diskussion. *"Ja, ich sehe eben keine richtige Lösung. Ich glaube nicht, daß bei den nächsten Stufen der Steuerreform sich der Wunsch verwirklichen läßt, daß die Diskussion von der breiteren Masse mehr beeinflußt wird"* (3a:784). Da für diesen Akteur eine "gute" ÖSR den Bedürfnissen der Bürger entsprechen sollte, erhofft er sich wegen der mangelnden Beteiligung am Diskurs auch keine konzeptionelle Verbesserung der ÖSR.

7.3 Technologie: Subjektive Vorstellungen über Erfolgsbedingungen und Verbesserungsmöglichkeiten für den ÖSR-Diskurs

Im vorhergehenden Kapitel wurden die Prognosen über die Zukunft des Ökosteuer-Diskurses aus Sicht der ÖSR-Akteure dargestellt und in die zuvor entwickelte Typologie eingeordnet. Das folgende Kapitel wird sich, angelehnt an das dritte Element der Subjektiven Theorien nach Groeben et al. (1988), mit der "Technologie" befassen. Analog zu wissenschaftlichen Theorien sind mit "Technologie" die vorgestellten Veränderungsmöglichkeiten gemeint, die sich an die vorherige Erklärung und Prognose des Gegenstandes anschließen.

Die Akteure wurden nach ihren Vorstellungen über Möglichkeiten zur Verbesserung des ÖSR-Diskurses befragt. In den Interviews wurde noch mal darauf hingewiesen, daß die Akteure über Verbesserungsmöglichkeiten entsprechend ihrer eigenen Zielsetzung nachdenken sollten. Es ging also nicht darum – wie es in einem der ersten Interviews mißverstanden wurde - Verbesserungsvorschläge zur schnelleren Einführung des aktuellen ÖSR-Konzeptes zu sammeln.

In den subjektiven Konzepten der Akteure zeigen sich Erfolgsbedingungen, die in unterschiedlichem Maße der direkten Veränderung durch Akteure zugänglich sind. Es werden beeinflussende Rahmenbedingungen des öffentlichen Diskurses genannt, auf die nur teilweise direkt Einfluß genommen werden kann. Sie stecken aber den Rahmen, in denen direkte Beeinflussung möglich ist und sind hier deshalb ebenso von Bedeutung. Zum anderen werden direkte Veränderungsmöglichkeiten zum Handeln im Diskurs geäußert. Die Akteure nennen sowohl Handlungsmöglichkeiten für sich selbst, als auch für andere Akteure und Akteursgruppen.

Die Vorstellungen über die Erfolgsfaktoren werden analog zu den vorhergehenden Kapiteln entlang der einzelnen Typen rekonstruiert. Es verwundert nicht, daß die meisten und konkretesten Handlungsvorschläge von Seiten der Akteure der "win-win - Rationalität" genannt werden. Das hat zwei Gründe. Zum einen sind die meisten Interviewpartner diesem Typus zuzuordnen, wodurch am meisten Aussagen entsprechend dieser Rationalität gemacht wurden. In dieser Hinsicht ist dieser Typ am ausführlichsten empirisch verankert. Zum anderen scheint dieser Typ das größte Interesse an einer aktiven Gestaltung des Ökosteuer-Diskurses zu haben. Die Verbreitung von Umweltthemen ist das Hauptanliegen dieser Akteure, so daß auch aktiv an der Entwicklung von Verbesserungsvorschlägen gearbeitet

wird. Die beiden anderen Typen haben insgesamt weniger den politischen Schwerpunkt auf das Umweltthema gelegt, bzw. sie sind eher an der Verhinderung der ÖSR interessiert.

Dieses Kapitel ist wie folgt strukturiert: Zu Beginn der Darstellung jedes Typen wird kurz die grundsätzliche Zielvorstellung für die Veränderung des Ökosteuer-Diskurses genannt. Anschließend werden die zentralen Handlungsbereiche aus der jeweiligen Perspektive dargestellt. Diese Bereiche beziehen sich bei den beiden ÖSR-ablehnenden Typen maßgeblich auf die Verlagerung der Diskussionsschwerpunkte. Von der unzureichenden ÖSR wird auf wichtigere Themen und "bessere" Umweltmaßnahmen verwiesen. In der ÖSR-befürwortenden "win-win - Rationalität" liegt der Schwerpunkt der Handlungsvorstellungen auf der Schaffung öffentlicher Akzeptanz für die ÖSR. Hier werden die "Gewinn"-Chancen für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen in der Öffentlichkeit hervorgehoben.

7.3.1 Verbesserungsmöglichkeiten aus Sicht der "Wachstums-Rationalität"

Aus dieser Perspektive wäre die wünschenswerteste Verbesserung des Ökosteuer-Diskurses seine Beendigung. Die ÖSR sei kein geeignetes Instrument zum Umweltschutz. Die Handlungsvorstellungen zum Ökosteuer-Diskurs innerhalb der "Wachstums-Rationalität" beziehen sich daher am ehesten auf die Verhinderung der ÖSR. Dazu sollen im Diskurs andere Schwerpunkte gesetzt werden.

Verlagerung der Diskussionsschwerpunkte

Die ÖSR sei keine angemessene Umweltschutzmaßnahme, weil sie den Wirtschaftsstandort Deutschland gefährde, aber keine umwelt- und keine arbeitspolitische Lenkungswirkung habe. Bezüglich der Industrie solle in der Umweltdebatte daher besser der Schwerpunkt auf das Instrument der freiwilligen Selbstverpflichtung gelegt werden, denn "*das zeigt Früchte, Erfolge*" (6:86). Durch Selbstverpflichtungen habe die deutsche Wirtschaft in den 90er Jahren die CO₂-Reduktion massiv reduziert. Das Instrument der Selbstverpflichtung solle auch an die Industrie in anderen Ländern empfohlen werden.

Die Diskussion um die geeigneten Instrumente zum Umweltschutz müsse von Experten geführt werden. Eine große Verantwortung im ÖSR-Diskurs wird der Wissenschaft zugeschrieben. Die Vorstellungen über die Verbesserung des Ökosteuer-Diskurses durch Veränderungen seitens der Wissenschaft verweisen primär auf die Versachlichung des Diskurses. Dafür würde die Wissenschaft benötigt, die politische Konzepte sachlich

überprüfen könne. Die Wissenschaft müsse ihre Prämissen stärker aufdecken und so mehr sachliches Wissen in die Diskussion einbringen. Eine Voraussetzung dafür sei die Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Institute. In die ÖSR-Diskussion wären eine ganze Reihe *"unseriöser"* Studien eingegangen, die meistens aus Instituten kämen, *"die mit Steuermitteln versorgt werden, mit Landesregierungen, in denen die Grünen sitzen. Man schafft sich seinen eigenen Bedarf. Weil sonst manche um ihre Existenz fürchten, weil sie sonst nicht mehr die Steuergelder für weitere Studien bekommen"* (6:233). Unabhängige Wissenschaftler, die die Annahmen ihrer Modelle aufdecken, könnten natürlich immer noch kein objektives Wissen generieren, aber *"dann wäre es transparenter, wo die Verantwortung der Politik beginnt"* (5:605).

Eine weitere Maßnahme zur Verbesserung des Diskurses wäre die Annäherung zwischen der *"alternativen"* Wissenschaft und der *"etablierten"* Wissenschaft. Es gäbe hier eine große Kluft. Die ÖSR sei in den 70er Jahren von Wissenschaftlern entwickelt worden, die der Umweltbewegung nahe standen. Aus Perspektive dieses Typs *"hätte man diese Wissenschaftler in die etablierte wissenschaftliche Diskussion einbeziehen müssen"* (5:587). Dadurch ließen sich *"Polit-ökonomische Ansätze"* (5:127) wie die ÖSR verhindern und statt dessen würden wissenschaftlich seriösere Konzepte erstellt.

Der Diskurs müsse aber nicht nur weniger öffentlich und auf einem sachlicheren Niveau geführt werden. Die ÖSR würde grundsätzlich auf der falschen Ebene diskutiert. In der heutigen Zeit der globalen Wirtschaft und der globalen Umweltkrise sei es nicht sinnvoll, umweltpolitische Instrumente auf nationaler Ebene zu behandeln. Aus Sicht der *"Wachstums-Rationalität"* wird die Verantwortung zum Handeln primär auf globaler, oder zumindest auf europäischer Ebene gefordert.

"Auf jeden Fall ist es ein internationales Thema. [...] Das internationale Ziel muß sein, die CO2 Emissionen global zu senken. Dazu muß die EU [Europäische Union] ihren Beitrag leisten." (6:236)

Die Handlungsverantwortung wird also nicht nur anderen Akteuren zugewiesen, sondern auf eine höhere politische Ebene verlagert. Der Ökosteuer-Diskurs in Deutschland müsse stärker in den internationalen Umweltdiskurs eingebunden werden. Die Einführung der ÖSR im *"nationalen Alleingang"* würde die Vernetztheit mit den Standortbedingungen und Umweltauflagen anderer Staaten einfach ignorieren.

Entlastung statt Belastung für die deutsche Wirtschaft

Aus Sicht der "Wachstums-Rationalität" wird die Diskussion komplexer umweltpolitischer Instrumente in der Öffentlichkeit nicht für sinnvoll gehalten (vgl. Kap. 7.1.2.1). Gleichzeitig wird aber anerkannt, daß der ÖSR-Diskurs öffentlich geführt würde und die Bevölkerung einen großen Einfluß auf politische Entscheidungen habe. Daher müßten sich auch ÖSR-Gegner um öffentliche Akzeptanz ihrer politischen Standpunkte bemühen. So wird hier maßgeblich eine Verbesserung in der Aufklärungsarbeit gefordert. Die Bevölkerung müsse über die Unaufrichtigkeit der befürwortenden Akteure aufgeklärt werden. *"Es ist so etwas Unaufrichtiges in der Diskussion, daß also wider besseren Wissens kann man fast sagen, Konzepte durchgesetzt werden. Man verspricht den Menschen etwas, was man nicht einhalten kann"* (5:226). Mit Versprechen sind hier die angekündigte ökologische und arbeitsplatzschaffende Wirkung der ÖSR gemeint.

Ein weiterer Akteur dieses Typs nimmt weniger ein Blatt vor den Mund und bezeichnet den Diskurs gar als *"sehr doppelzünftig, weil die ÖSR der Umwelt schadet und nicht nutzt. [...] da hat man das Gefühl, es geht den Befürwortern der ÖSR nicht um Ökologie, sondern es geht um eine Ideologie"* (6:387).

Weiter müsse das *"schwarz-weiß-Denken"* aufgebrochen werden, daß die Wirtschaft für Umweltprobleme verantwortlich sei.

"Es gibt in der Gesellschaft die Vorstellung, Ökosteuern: da muß die Industrie, die Wirtschaft zahlen, denn sie ist Hauptverursacher. Das stimmt eben nicht. Hauptverursacher sind die privaten Haushalte." (6:281)

Es müsse stärker in den Vordergrund gestellt werden, daß die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren sehr große Fortschritte im Umweltschutz gemacht habe. Bevor die Wirtschaft durch eine ÖSR weiter belastet würde, müßten nun zunächst Maßnahmen im Bereich der privaten Haushalte getroffen werden und Druck auf andere Länder ausgeübt werden, so daß sie ihre Umweltauflagen an das deutsche Niveau anpassen.

Außerdem müsse über die *"doppelte Legende"* der ÖSR aufgeklärt werden. Durch neue Abgaben würde weder Umweltschutz betrieben, noch würden Arbeitsplätze geschaffen. Für beide Ziele bedürfe es eher wirtschaftlicher Investitionen. Deshalb müßten im Ökosteuer-Diskurs ökologische und arbeitspolitische Maßnahmen entkoppelt werden.

"Sie nehmen den Unternehmen einfach durch zusätzliche Ökosteuern ja gerade die Mittel für umweltfreundliche Investitionen in den Betrieben weg. Es ist ja auch nicht so, daß mit den Mitteln aus der Steuer irgendwas ökologisch sinnvolles geschehen würde. Sondern es sollen Rentenversicherungsbeiträge gesenkt werden." (6:109)

Die Senkung der Lohnnebenkosten würde zwar befürwortet: "*Arbeitskosten senken. Das ist richtig - aber nicht durch zusätzliche Abgaben*" (6:148). Man könne arbeitspolitische Maßnahmen nicht unter dem Etikett einer "Öko"steuer diskutieren. In der Öffentlichkeit müsse also vermittelt werden, daß Ökologie nicht durch neue Belastungen zu haben sei. Vielmehr wären Entlastungen nötig, die neue Investitionen in den Umweltschutz ermöglichen.

"Sie [müssen] eigentlich eine Umweltpolitik machen, die Investitionen in mehr Umweltschutz ermöglicht. Und dürfen nicht so mit der Keule Umweltpolitik betreiben." (6:484)

Für Investitionen sei besonders die Berücksichtigung einer Langfristperspektive unerlässlich. Einer der Fehler des ÖSR-Konzeptes sei die kurzfristige Planbarkeit für wirtschaftliche Investitionen.

"Investitionen müssen sich rechnen über 10 bis 20 Jahre. [...] die Kommission hat das [die ÖSR] jetzt für 3 Jahre genehmigt. [...] Vor diesem Hintergrund sagen sich die Investoren: da gehe ich doch lieber gleich nach Polen, oder in die Tschechei oder nach Frankreich oder nach Dänemark." (6:370)

Dieser Typ würde auch ein langfristiger angelegtes ÖSR-Gesetz ablehnen. Aber für die Konzeption anderer Umweltinstrumente müsse die langfristige Planbarkeit für Investoren berücksichtigt werden.

7.3.2 Verbesserungsmöglichkeiten aus Sicht der "win-win - Rationalität"

Das Grundziel dieses Typs ist der Schutz der Umwelt. Konkret soll dieses Ziel durch die Förderung und Verbesserung der ÖSR erreicht werden. Indirekt spiele die ÖSR auch eine wichtige Rolle bei der Modernisierung der Umweltpolitik. Die Anforderungen an den Umweltschutz hätten sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Um auf diese Anforderungen zu reagieren, sei die ÖSR besonders geeignet, da sie ökologische und wirtschaftliche Zielharmonien ausnutze. Dadurch könnten Interessen von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen berücksichtigt werden und somit Akzeptanz für Umweltschutz geschaffen werden.

Modernisierung der Umweltpolitik

Die Anforderungen an den Umweltschutz hätten sich in den letzten Jahren verändert. In der Vergangenheit sei der Umweltdiskurs stark als ein Katastrophendiskurs geführt worden. Wahrgenommen wurden insbesondere die *"Dinge, die sehr sehr ins Auge fielen und an denen so richtig die Emotionen hoch kochen konnten"* (15:280), wie z.B. die *"Tankerunglücke oder ein qualmender Schornstein"* (15:279).

[Heute sind die] *"lokalen Probleme: verschmutztes Wasser, sterbende Wälder und was alles so greifbar ist, begreifbar im wahrsten Sinne des Wortes, das ist ja fast alles gelöst. [...] Das, was wir heute an Umweltproblemen haben, liegt ja eigentlich mehr in globalen Ereignissen, Sommersmog, Ozonloch, Klimafragen. Alles so Dinge, die einen nicht so unmittelbar treffen, als wenn Sie z.B. früher im Ruhrgebiet den Schwefel in der Luft schmeckten oder den Rußrand am Kragen haben am Abend."* (8:453)

Die Probleme änderten sich von punktueller, sichtbarer Umweltzerstörung, der man mit konkreten ordnungsrechtlichen Maßnahmen beikommen könnte, zu Problemen, die in die Breite gehen. Es sei erkannt worden, daß das Ökosystem zu komplex sei, als daß die einzelnen Ursachen der Umweltzerstörung wissenschaftlich identifiziert und durch Verbote ausgemerzt werden könnten. Mit dieser Erkenntnis sei das Ende der *"Pubertät der Umweltbewegung"* (4²⁸) eingeläutet. Die Umweltdebatte habe ihr *"Erwachsenenalter"* (4) erreicht. Dieser Wandel erfordere entsprechend neue Instrumente, die nicht mehr die einzelnen Umweltzerstörungen angingen, sondern breiter ansetze und durch Anreize (Preise) den Ressourcenverbrauch reduzierten. Somit sei die *"ÖSR eben von vornherein der [...] modernere Ansatz"* (15:304). Dieser Wandel hin zu einer modernen Umweltpolitik müsse nun offensiv vorangetrieben werden und im öffentlichen Diskurs aufgezeigt werden. Dabei sehe man sich mit neuen Schwierigkeiten konfrontiert. Zum einen ist das Problembewußtsein für Umweltzerstörung zurückgegangen (vgl. auch Kap. 3), weil durch die geringere Sichtbarkeit zunächst auch der *"Leidensdruck"* weg sei. Zum anderen müsse das Problem bewältigt werden, daß diese moderne Umweltpolitik – und somit auch die *"breiter"* wirkende Maßnahme der ÖSR - eben nicht *"sofort"* und nicht *"publikumswirksam"* (15:307) wirke und somit schwieriger in der Öffentlichkeit zu vermitteln sei.

Die Vermittlung erfordere, daß *"die Umweltkommunikation wieder auf den Stand [...] der Problemdiskussion"* (10:267) gebracht würde. Diese Repopularisierung des Umweltschutzes benötige win-win-Strategien. Damit ist vor allem die Harmonisierung von

²⁸ Diesen Gedanken hat mir der Akteur, der hier mit der Nummer 4 gekennzeichnet ist, in einem weiteren Gespräch mitgeteilt. Die Zitate sind somit aber nicht in dem Transkript des Interviews Nr. 4 zu finden.

Ökologie und Ökonomie gemeint. Es müsse das Bewußtsein geschaffen werden, daß Umweltschutz nicht nur mit Beschränkung zu tun habe, sondern auch wirtschaftliche Vorteile und Arbeitsplätze schaffen könne. Die ÖSR wird als ein geeignetes Instrument zum Vorantreiben dieser Harmonisierung gesehen.

Die Handlungsvorstellungen für den Ökosteuer-Diskurs beziehen sich auf das win-win-Potential der ÖSR. Um dieses Potential nutzbar zu machen, müsse es zunächst aufgezeigt werden. Dazu müsse Überzeugungsarbeit in der Öffentlichkeit geleistet werden. Noch immer stecke in den Köpfen vieler Menschen fest: "*Öko ist irgendwie anstrengend und schmeckt nicht*" (17:304). Durch offensive Öffentlichkeitsarbeit müsse das Vorurteil behoben werden, daß Umweltschutz teuer sei, Zeit koste, der Wirtschaft schade und Arbeitsplätze vernichte.

Hier wird die Bedeutung des öffentlichen Diskurses hervorgehoben. Die öffentliche Diskussion sei nämlich Teil des ÖSR-Konzeptes. Wenn allein auf eine preisliche Lenkungswirkung durch die Steuererhöhung gesetzt worden wäre, hätte man auch still und leise die Benzinsteuern erhöhen können, wie es beispielsweise zur Zeit der Kohl-Regierung in den Jahren 1990 bis 1996 in viel höherem Maße als nun bei der ÖSR geschehen wäre. Anspruch der ÖSR sei aber auch die Förderung des Umweltbewußtseins und die Schaffung von Akzeptanz für Umweltschutzmaßnahmen in der Öffentlichkeit.

"Also wenn die ÖSR- Gesetzgebung keine Akzeptanz erfährt, dann wird das sicher ein Instrumentarium sein, das nicht sehr stark genutzt wird und das vielleicht von einer anderen Bundesregierung nicht fortgesetzt wird. Wenn die aber akzeptiert wird und auch als was sinnvolles angesehen wird, dann denke ich, ist das langfristig etwas, was funktioniert." (1:509)

Ein Verbesserungsvorschlag für die Gestaltung des Diskurses aus Sicht der "win-win - Rationalität" ist die Schaffung von öffentlicher Akzeptanz durch die Einbeziehung "Verbündeter" in die Öffentlichkeitsarbeit.

Akzeptanz durch "Verbündete"

Die Akteure der "win-win - Rationalität" nennen konkrete Veränderungsmöglichkeiten, wie trotz sich wandelnder gesellschaftlicher Prioritäten ein umweltpolitisches Instrument fruchtbar und akzeptanzschaffend diskutiert werden kann. Die Akteure sind der Überzeugung, "*...der Umweltschutz muß sich Verbündete suchen, dann hat er jetzt, Ende der 90er Jahre, Erfolg*" (4:438).

"Verbündete" können verschieden Gesichter haben:

- Zum einen müssen sie überhaupt ein Gesicht haben: "*Da muß ein Gesicht stehen*" (2:999). Ein Akteur meint, ein großer Vorteil für die Vermittlung von Umweltthemen wären prominente "*Kronzeugen*" aus den Reihen der Wirtschaft. Dadurch würde eben das Umweltproblem mit dem höher bewerteten Thema der Wirtschaftlichkeit gekoppelt und würde so wieder an Akzeptanz gewinnen. "*Das geht auch nur über Personen. Da reicht so eine Studie²⁹ nicht, das gibt ja nur einen kleinen Artikel in der Zeitung*" (2:983).
- Weiter sollten für Umweltthemen bestimmte gesellschaftliche Gruppen als Verbündete mobilisiert werden, die eine relevante gesellschaftliche Stellung einnehmen und gleichzeitig ein eigenes Interesse am Thema haben. Ein Akteur nennt beispielsweise die Ingenieure als eine solche Gruppe für die ÖSR. Die Ingenieure würden nämlich erkennen, daß die ÖSR einen technologischen Innovationsschub bringen würde: "*Wir wollen doch nicht Dinosaurier-Technologie'. - Und mit dieser plakativen Unterscheidung von Dinosaurier-Technologien und modernen Effizienztechnologien habe ich in vielen Einzelgesprächen und auch öffentlichen Vorträgen vor Ingenieuren immer ganz tolle Resonanz [für die ÖSR] gehabt*" (14:287).

Weitere (nicht personale) "Verbündete" könnten andere gesellschaftliche Diskurse sein. Die Akzeptanz der ÖSR sei eng verbunden mit der Akzeptanz anderer gesellschaftlicher Diskurse. Das seien Diskurse, die inhaltlich mit dem Ökosteuer-Diskurs verknüpft sind. Als Beispiele werden die Arbeitsplatzdebatte und der Diskurs um die Rentenreform genannt. Ebenfalls seien Diskurse relevant, die die Akzeptanz der aktiven Vertreter der ÖSR mitbestimmen. Hier wird deutlich, daß aus Sicht der "win-win - Rationalität" die öffentliche Akzeptanz nicht nur vom Gegenstand selbst, sondern ebenfalls von der Akzeptanz der entsprechenden Akteure abhängt. Und diese bekommen ihr "Image" natürlich nicht nur durch ihr Engagement im Umweltbereich:

"Nun hängt ja Rot-Grün nicht an der ÖSR. Da gibt es ja noch andere Sachen, wie der Kosovo-Krieg, wie der Leopard [Panzer] in der Türkei, was weiß ich, das gehört alles auch noch dazu. Aber Umwelt ist schon ein nicht unwichtiger Teil bei dem Gesamtauftritt." (17:422)

Um aktiv Akzeptanz zu schaffen, schlägt ein Akteur die Strategie des "*Entlastungsangriffs*" vor. Damit ist die Aufforderung an Umweltschützer gemeint, sich in die Diskussion zu

anderen gesellschaftlich salienten Themen einzumischen und Lösungsvorschläge einzubringen. Dadurch würde Raum für die Beschäftigung mit Umweltthemen frei. Für die ÖSR wird hier beispielsweise die Rentendiskussion genannt:

"Also wenn das gelingt, [...] nämlich eine Entlastung der Rentendiskussion an ganz anderer Stelle, ich denke da an Erwerbsarbeit für die dritte Lebensphase, dann wird die Senkung der Lohnnebenkosten derart spürbar, daß Schröders Programm die Arbeitslosenquote merklich zu senken, auf einmal wirklich greift. Und wenn ich dann sagen kann: Schaut mal, das ist die Modernisierung, die wir wollten: [...] das knappe Gut Umwelt wird teurer und das überhaupt nicht mehr knappe Gut Arbeit wird billiger. Und ihr seht, das Land wird moderner, [...] die Arbeitslosenquote sinkt, dann haben wir eine breite Akzeptanz [für die ÖSR]."
(14:352)

Akzeptanz durch alltägliche positive Erfahrungen

Die vorherigen Verbesserungsvorschläge für den Ökosteuer-Diskurs bezogen sich maßgeblich auf die Schaffung von Akzeptanz auf der Ebene des öffentlichen Diskurses. Akzeptanz sei aber nicht nur durch Überzeugungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu erzeugen. Es gebe auch immer noch auf der konzeptionellen Ebene der ÖSR Verbesserungsbedarf. Umweltschutz würde derzeit nur akzeptiert, wenn auch finanzielle Vorteile damit verbunden seien oder damit Arbeitsplätze geschaffen würden. Bisher würde in der Öffentlichkeit maßgeblich die Belastung durch Umweltschutz wahrgenommen. Das sei nicht immer nur ein Vermittlungs- und Wahrnehmungsproblem, sondern in vielen Fällen eben auch noch die reale Erfahrung von Nachteilen. So weist ein kritischer ÖSR-Befürworter darauf hin, daß die öffentliche Diskussion nicht alles sei. Die ÖSR müsse nun auch dringend verbessert werden, so daß ihre positive Wirkung für die Bevölkerung auch konkret im alltäglichen Leben spürbar würde.

"Das ganze halte ich für vermittelbar, wenn wir die positiven Effekte endlich zum Tragen bringen könnten. Dafür ist aber die ÖSR, so wie sie jetzt ist, zu gering angesetzt. Also mit 6 Pfennig findet kein Lenkungseffekt statt. Wenn wir wirklich sagen könnten, wir haben es erreicht, daß der Benzinverbrauch bei Autos durchschnittlich sinkt, wir könnten also richtig CO2 einsparen, wir könnten sagen, die Fahrleistung sinkt, wir könnten sagen, wenn mehr Geld reinkommt, daß der ÖPNV billiger wird – wir müßten das nicht sagen, sondern das würden die Leute ja täglich erfahren. Wenn der Regionalzug zu mir nach Hause täglich pünktlich fährt. [...] Wenn solche Erfahrungen eindeutig positiv wären. Daß es pünktlich ist, daß es sauber ist, daß ich einen Sitzplatz bekomme, etc. Das wären tägliche Erfahrungen, die dann auch sofort die Einstellung von vielen – lang nicht allen – aber von vielen verändern würden." (17:106)

²⁹ Hier wird auf die Studie von Meinecke (1997) verwiesen, die am Beispiel einiger deutscher Unternehmen dargestellt hat, daß entgegen dem Vorurteil "die ÖSR gefährdet den Wirtschaftsstandort" eine ganze Reihe von Unternehmen von der ÖSR profitieren würden.

7.3.3 Verbesserungsmöglichkeiten aus Sicht der "egalitären Rationalität"

Die Handlungsvorstellungen im Sinne der "egalitären Rationalität" beziehen sich weniger direkt auf die Verbesserung der ÖSR, da diese ja grundsätzlich abgelehnt wird. Statt dessen werden Verbesserungen hinsichtlich der Berücksichtigung der Bevölkerungsinteressen gefordert. Dazu müßte vor allem die Diskussion von den Details der ÖSR auf eine breitere Betrachtung von gesellschaftlichen Problemen erweitert werden, die mit der Umweltkrise in Zusammenhang stehen.

Schaffung eines Handlungsraumes für die Bevölkerung

Wie aus der "basisdemokratischen Sicht" auf den öffentlichen Diskurs ersichtlich, ist es ein Ziel dieses Typs, gesellschaftliche Probleme über die politische Mitbestimmung der Bevölkerung zu lösen. Aus dieser Sicht ist also die öffentliche Akzeptanz von politischen Maßnahmen entscheidend wichtig. Die Handlungsvorstellungen umfassen aber weniger eine verstärkte Öffentlichkeits- oder Überzeugungsarbeit zur Schaffung von Akzeptanz oder Reaktanz gegenüber der ÖSR. Sondern vielmehr wird die Schaffung eines Gestaltungsraumes für die Bevölkerung gefordert. So solle die Diskussion um das Demokratieverständnis stärker geführt werden. Fragen nach "*plebeszitären Elementen*", nach "*Volksentscheid*", und beispielsweise nach der "*Direktwahl*" des Bundespräsidenten werden aufgeworfen. Wenn die Bevölkerung eine größere Stimme im Ökosteuer-Diskurs hätte, müßten die ÖSR-Ablehner niemanden von der Unzulänglichkeit des Gesetzes mehr überzeugen. Denn dann würden die Bürger wahrscheinlich ohnehin gegen die ÖSR stimmen, weil "*die empfinden das nur als reine Mehrbelastung*" (9:114).

Das zentrale Thema des Ökosteuer-Diskurses aus dieser Sicht ist die soziale Gerechtigkeit bei der Verteilung von Lasten, die der Umweltschutz erfordere. Daher solle darauf auch der Schwerpunkt in der Diskussion gelegt werden.

Verlagerung der Diskussionsschwerpunkte

Der Ökosteuer-Diskurs könne dadurch verbessert werden, daß die Diskussion erweitert würde. "*Es ist eine sehr verkürzte Debatte geführt worden und Umweltprobleme nur noch als ÖSR. Andere Bereiche wurden letztendlich völlig ausgeblendet*" (9:48). Hier müßten Zusammenhänge zu anderen Diskursen in die Diskussion eingebracht werden. Die Umweltdebatte dürfe nicht auf ein "*singuläres Instrument*" verkürzt werden. Mögliche

Alternativen sollten diskutiert und abgewogen werden: *"Möglichkeiten von Alternativen auch für die Masse der Bevölkerung"* (9:448).

Insbesondere im Bereich der sozialen Verträglichkeit müßten Alternativen gesucht werden. Beispielsweise würde nur circa ein Drittel der deutschen Bevölkerung von der Senkung der Lohnnebenkosten profitieren. Die schlechtere wirtschaftliche Lage in den ostdeutschen Haushalten würde im aktuellen ÖSR-Gesetz nicht berücksichtigt. Unter diesen Bedingungen könne nicht an diesem einzelnen Konzept festgehalten werden. Eine Möglichkeit wäre, unterschiedliche Umweltinstrumente zu kombinieren. So könnten soziale Mißstände verhindert werden. Beispielsweise könne man Umweltverhalten nicht nur über Strafen erzwingen. Ebenso müßten über staatliche Subventionen und Förderprogramme überhaupt erst Bedingungen geschaffen werden, so daß ein Preisansatz greifen könne.

"...bei einer Umsteuerung innerhalb der Gesellschaft [muß] von vornherein immer beachtet werden [...], das Prinzip - das halte ich für sehr wichtig, wenn man die Masse der Bevölkerung mitnehmen will - daß das mit einem sehr hohen Grad an Freiwilligkeit und Anreizen erfolgt. Und nicht nur Strafe. Sondern auch ein Anreizsystem. Es gibt viele in der Bevölkerung, die wohnen z.B. in Häusern, die haben überhaupt keinen Einfluß darauf, wieviel Energie sie jetzt verbrauchen. Wenn die Fenster noch undicht sind, wenn die Häuser nicht isoliert sind, die können nichts machen." (9:438)

Auch andere Umweltfragen seien außen vor geblieben: *"also ökologischer Umbau von Städten, Diskussion um Arbeitswohnen, Lebensbereiche wieder zusammenzuführen [...]. Also Landes und Stadtentwicklung. Die Frage ÖPNV. Und es ist jetzt wesentlich schwieriger bestimmte Zusammenhänge zu diskutieren und öffentlich rüber zu bringen"* (9:126). Das liege auch daran, daß aus Sicht der "egalitären Rationalität" die allgemeine Umweltdebatte neben dem Ökosteuer-Diskurs in Deutschland derzeit eine untergeordnete Rolle spiele. *"Die Umweltdiskussion ist in Deutschland sehr gut kanalisiert auf die Kernenergie und vielleicht noch auf die Müllverbrennung. Sie ist kanalisiert. Ganz bewußt. Und alles andere, was davon entfernt ist, das ist eigentlich kein Umweltproblem, habe ich so den Eindruck"* (3b:426).

Dieser Typ hält also die Umweltdiskussion für unzureichend und die Frage der sozialen Gerechtigkeit würde vollends vermißt. An die Verbindung der drei Säulen der Nachhaltigkeit könne also noch gar nicht gedacht werden. Die Nachhaltige Entwicklung *"hat noch nicht den Stellenwert eines wirklichen gesellschaftlichen Diskurses erreicht. Also [schwer] zu sagen, ob man eine Umgestaltung auf das Gummiwort 'nachhaltiges Wirtschaften' erreichen kann. Aber das ist für mich in der Diskussion wirklich sehr*

oberflächlich" (9:202). Die Verbindung dieser gesellschaftlichen Bereiche müsste zukünftig auch in die Diskussion um den Umweltschutz eingebracht werden.

Als Grundlage für alle Problemlösungen sei aber die Neuauflage einer Lebensstildiskussion am wichtigsten. Für die Lösung umweltpolitischer Probleme müsse zunächst mal eine breite Wertedebatte geführt werden, wie wir sie in den 70er Jahren gehabt hätten: "Wie wollen wir leben?". Diese gesellschaftliche Zielklärung solle Orientierung für politische Maßnahmen geben - auch für die ÖSR. "*Und jegliche steuerliche Vorschläge müssen sich da klar einordnen, was man will*" (9:43).

7.4 Zusammenfassung und Pointierung der Akteurs-Typologie

Das Datenmaterial ist durch ein sehr breites Spektrum an Vorstellungen zum Ökosteuer-Diskurs gekennzeichnet. Die Fülle von Interpretationsmöglichkeiten spiegelt ein pluralisiertes Politikfeld wider, in der sich ein Phänomen durch ein weites Spektrum möglicher lebensweltlicher Bedeutungen auszeichnet.

In den vorhergehenden Kapiteln sind die Ergebnisse bereits durch die typologische Trennung und durch die getrennte Darstellung nach den drei Grundelementen subjektiver Theorien - Erklärung, Prognose, Technologie - geordnet worden. Die Typologie wurde durch die Betrachtung von Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen den befragten Akteuren über verschiedene Dimensionen rekonstruiert. Abschließend sollen nun diese Typen noch stärker auf ihren idealtypischen Charakter zugespitzt werden. Dazu werden die zahlreichen Ergebnis-Elemente zu komplexen Vorstellungsmustern über den Ökosteuer-Diskurs zusammengefaßt. Zur Übersicht sind die wichtigsten Merkmale der drei Akteurstypen in Abb. 21 noch mal in Stichworten aufgelistet.

7.4.1 Typus 1: Die "Wachstums - Rationalität"

In dieser Lesart wird der ÖSR genau die gegenteilige Wirkung zugeschrieben, als durch die Entwickler und Vertreter des ÖSR-Konzeptes proklamiert wird. Die ÖSR sei eine Steuererhöhung zur Haushaltssanierung, sie schade dem Wirtschaftsstandort Deutschland und somit dem Umweltschutz. Für das globale Thema Umweltschutz wird ein internationales Vorgehen gefordert. Die Verantwortung müsse verteilt sein: entweder eine ÖSR für alle Staaten, oder für keinen. Auf Wirtschaftsebene wird hingegen national argumentiert. Die

Konkurrenzfähigkeit des Standorts Deutschland wird verteidigt, nicht die globale wirtschaftliche Situation.

Eine intakte, wachsende Wirtschaftslage sei Voraussetzung für die Lösung gesellschaftlicher Probleme. Umweltschutz erfordere Investitionen, die sich nur eine konkurrenzfähige und finanzkräftige Wirtschaft erlauben könne. Arbeitsplätze könnten nur über eine steigende Konjunktur geschaffen werden. Diese Bewertung der ÖSR im Sinne der "Wachstums-Rationalität" ist durch die Prioritätensetzung auf den Bereich Wirtschaft geprägt. In Bezug auf die drei Säulen der Nachhaltigkeit - Ökologie, Ökonomie und Soziales - stehen aus dieser Sicht die beiden Säulen Ökologie und Soziales in Abhängigkeit von der Wirtschaft.

Der öffentliche Diskurs wird aus Sicht dieses Typs als relevant für politische Entscheidungen erachtet. Diese hohe Sensibilität der Politik für die Meinung der breiten Bevölkerung sei aber nicht wünschenswert. Der öffentliche Diskurs müsse auf einem einfachen Niveau geführt werden, da die Bevölkerung nicht in der Lage sei, die komplexen wirtschaftlichen Zusammenhänge der ÖSR zu begreifen. Die Diskussion über die ÖSR solle daher lieber als Fachdiskurs unter Experten geführt werden.

Aus Sicht der "Wachstums-Rationalität" ist der "normale Bürger" aber ohnehin weniger an dem Verstehen des Sachverhaltes interessiert, als vielmehr daran, ob das Ergebnis zu seinem persönlichen materiellen Vorteil ist. Durch dieses Menschenbild wird die Bedeutung des öffentlichen Diskurses eingeschränkt. Dieser Typ geht davon aus, daß, stärker als durch die Meinungsbildung im öffentlichen Diskurs, die Erfahrung der tatsächlichen Auswirkung der ÖSR - in dieser Lesart also die finanzielle Mehrbelastung - die Öffentlichkeit gegen die ÖSR aufbringen wird. Während also im öffentlichen Diskurs noch gesellschaftlich wichtige Werte wie Umweltschutz und Arbeitsplatzschaffung öffentliche Akzeptanz für die ÖSR schafften, würde in Zukunft die reale Erfahrung der Mehrkosten die Akzeptanz in der Bevölkerung minimieren. Für die Zukunft wird eine Meinungsänderung bei den Menschen erwartet, die bislang die ÖSR befürworteten. Durch den "Praxisschock" werden die Bürger die Nachteile der ÖSR erkennen und sich gegen die ÖSR zur Wehr setzen. Dieser Typ geht also von einer Zunahme des öffentlichen Diskurses aus, der durch Kritik und Ablehnung der ÖSR geprägt sein würde.

Handlungsmöglichkeiten zur Verbesserung des Ökosteuer-Diskurses beziehen sich hier auf die Abschaffung der ÖSR. Maßgeblich wird eine Versachlichung der Diskussion eingefordert. Diese könne durch eine größere Rolle einer neutralen Wissenschaft erreicht werden. Die Versachlichung wird aus dieser Perspektive mit der Aufklärung der Bevölkerung über die Unzulänglichkeit der ÖSR und die individuellen Nachteile durch die ÖSR

gleichgesetzt. Wenn weniger ideologisch argumentiert würde und die Bevölkerung durch seriöse Experten über die Nachteile der ÖSR aufgeklärt würden, hätte das automatisch die öffentliche Ablehnung der ÖSR zur Folge.

7.4.2 Typus 2: Die "win-win - Rationalität"

Das zentrale Merkmal der "win-win - Rationalität" ist die Befürwortung der grundsätzlichen ÖSR-Idee, die gleichzeitig den Faktor Umwelt verteuern und den Faktor Arbeit entlasten will und somit konzeptionell für die Kopplung von Ökologie und Ökonomie steht. Ebenso ist aber auch die äußerst kritische, gar ablehnende Haltung gegenüber dem aktuellen ÖSR-Gesetz charakteristisch. So präsentiert sich dieser Typ als hoffnungsvoller Realpolitiker, der eine Vorstellung vom Notwendigen hat, aber das "nur" Machbare für derzeit durchsetzbar hält. Hierin spiegelt sich die starke Prägung durch den "win-win Ansatz" wider. Für diesen Typ sind Ökologie und Ökonomie die maßgeblichen Säulen der Nachhaltigkeit. So wird hier ein fruchtbarer Kompromiß zwischen der Notwendigkeit eines ökologischen Umbaus und der gleichzeitigen Rücksichtnahme auf die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft gesucht. Das Ergebnis ist ein ÖSR-Gesetz, in dem der win-win - Ansatz aber noch nicht greife. Dieser Typ nimmt die ÖSR enttäuscht als zunächst wirkungslos wahr. Langfristig wird aber eine Weiterentwicklung der ÖSR und somit auch eine ökologische Lenkungswirkung erwartet.

Diese langfristige und schrittweise Strategie der ÖSR gründet sich stark auf der Einschätzung, daß der öffentliche Diskurs sehr relevant für die Durchsetzbarkeit der ÖSR sei. Die Stimmung in der Öffentlichkeit wird als einer der maßgeblichen Erfolgsfaktoren wahrgenommen. Ohne die öffentliche Akzeptanz sei das Umweltschutzzinstrument weder zu implementieren, noch langfristig zur größeren Wirkung weiter zu entwickeln. Die Anhebung der Steuer in kleinen Schritten sei dabei förderlich für die öffentliche Akzeptanz gewesen.

Dennoch ist aus dieser Perspektive die Diskussion in der Öffentlichkeit nicht befriedigend geführt worden. Es sei den Akteuren nicht gelungen, der Bevölkerung ausreichend Wissen und Verständnis über die ÖSR zu vermitteln. Besonders die Kopplung von der Belastung auf der Ökologie-Seite mit der Entlastung auf der Lohnnebenkosten-Seite sei nicht verstanden worden. Das mangelnde Verständnis über die ÖSR in der Bevölkerung wird in der "win-win - Rationalität" aber im Gegensatz zur "Wachstums-Rationalität" weniger der Unfähigkeit der Bevölkerung, als viel mehr der unzureichenden Vermittlung von Seiten der Akteure zugeschrieben. Es sei insbesondere Aufgabe der Regierungsparteien und der Umweltverbände, mehr Öffentlichkeitsarbeit für die ÖSR zu leisten.

Innerhalb der "win-win - Rationalität" wird für die Zukunft prognostiziert, daß sich die Wirkung der ÖSR verbessern werde. Dabei werde der öffentliche Diskurs eine wichtige Rolle spielen. Eine breitere öffentliche Diskussion könne dazu führen, daß die Bevölkerung mehr Verständnis für die ÖSR entwickle. Ebenso könne aber auch die Abnahme des öffentlichen Diskurses förderlich für die Entwicklung der ÖSR sein. Wenn nämlich die Detailfragen der ÖSR nicht mehr so polarisiert in der Öffentlichkeit diskutiert würden, könnte die ÖSR eher im Kanon der steuerpolitischen Instrumente akzeptiert werden.

Handlungsvorschläge aus Sicht der "win-win - Rationalität" beziehen sich besonders auf die bessere Organisation der befürwortenden Akteure im öffentlichen Diskurs. Es solle mehr Öffentlichkeitsarbeit geleistet und die Kommunikation zwischen den politischen Akteuren und der Bevölkerung verbessert werden. Dazu müsse eine einheitlichere Front der ÖSR-Befürworter geschaffen werden und "Verbündete" aus anderen gesellschaftlichen Bereichen mit einbezogen werden. Insbesondere Verbündete aus dem Wirtschaftsbereich könnten die fruchtbare Kopplung von Umweltschutz und Wirtschaft zum Ausdruck bringen. Des weiteren müsse die Modernisierung der allgemeinen Umweltdebatte vorangetrieben werden. Die Umweltbewegung sei an einen Wendepunkt gelangt. Sie werde nun "erwachsen" und müsse sich nicht nur um sichtbare Umweltkatastrophen, sondern viel mehr um subtilere Veränderungsprozesse kümmern. Um Akzeptanz für modernen Umweltschutz zu schaffen, müsse in der Öffentlichkeit stärker das Potential der Verbindung von Ökologie und Ökonomie vermittelt werden. Der Umweltschutz sei ein ernst zunehmender Wirtschaftsbereich und könne sowohl dem Standort Deutschland von Vorteil sein, als auch Arbeitsplätze schaffen.

7.4.3 Typus 3: Die "egalitäre Rationalität"

Der Typ der "egalitären Rationalität" lehnt die ÖSR ab, da sie besonders sozial schwächere Bevölkerungsgruppen belaste und dabei noch nicht einmal ökologische Lenkungswirkung habe. Die unsoziale Wirkung der ÖSR resultiere daraus, daß die befürwortenden Akteure den Konflikt mit den starken Lobbygruppen – insbesondere den Wirtschaftsverbänden - gescheut hätten. Die Bevölkerung hätte sich gegen Mehrbelastungen weniger wehren können, da sie keine so starke Lobby habe.

Die Bewertung der ÖSR ist durch die Prioritätensetzung auf der Nachhaltigkeitssäule "Soziales" geprägt. Dieser Typ fordert zwar stärker als die beiden vorhergehenden Typen eine ganzheitliche Politik, die alle drei Säulen verbindet. Das erste Bewertungskriterium ist aber immer die Gewährleistung einer eigenständigen Entscheidung des Bürgers über seine

Bedürfnisse. Damit unterscheidet sich auch das Menschenbild der "egalitären Rationalität" von dem der beiden anderen Typen. Es wird von einem selbstständigen, entscheidungsfähigen Menschen ausgegangen. Verstehensprobleme zwischen Experten und Bürgern werden zwar eingeräumt, aber sie seien nicht unlösbar und schmälerten nicht die Notwendigkeit eines breiten öffentlichen Diskurses. Der öffentliche Diskurs zur ÖSR ist aus Sicht dieses Typs bislang aber unbefriedigend, da die Bedürfnisse der Bürger vernachlässigt worden seien und die Bevölkerung auch keine Lobby gehabt habe, um den öffentlichen Diskurs stärker zu gestalten.

Für die Zukunft erwartet der egalitäre Typ generell eine Abnahme des öffentlichen Diskurses, weil das Thema ÖSR an Wichtigkeit und Brisanz verlieren würde. Die halbherzigen Steuererhöhungen der nächsten ÖSR-Stufen lasse weder die Gegner auf die Barrikaden gehen, noch die Befürworter in der Öffentlichkeit jubilieren.

Als Handlungskonsequenz wird vor allem die Ausweitung des öffentlichen Diskurses genannt. Damit ist aber weniger das Bemühen der Akteure gemeint, die Bevölkerung von der ÖSR zu überzeugen bzw. Stimmung gegen die ÖSR zu erzeugen. Aus Sicht der "egalitären Rationalität" solle der Bevölkerung eine stärkere Stimme im öffentlichen Diskurs eingeräumt werden. Sie solle die Chance haben, eine Gestaltungsfunktion für den Ökosteuer-Diskurs übernehmen zu können. Dazu müsse eine stärkere Diskussion über die Strukturen des demokratischen Systems geführt werden.

Des weiteren müßten Umweltfragen in einem weiteren Zusammenhang behandelt werden. Es sollten mehr Grundsatzfragen diskutiert werden, beispielsweise darüber, was der Mensch zum Leben brauche. Insgesamt sollte der Komplexität der ÖSR stärker Rechnung getragen werden. Ihre Verquickung mit sozialen Fragen, wie z.B. der Rentenreform, zeige, daß gesellschaftliche Probleme nur im Gesamtzusammenhang lösbar seien.

Typologie subjektiver Vorstellungen zum Ökosteuer-Diskurs				
	Inhaltliche Dimensionen	Typus 1 Wachstums-Rationalität N = 2	Typus 2 Win-win – Rationalität N = 14	Typus 3 Egalitäre Rationalität N = 3
Erklärung	ÖSR - Konzept	<ul style="list-style-type: none"> - Priorität auf wirtschaftlicher Entwicklung (Nachhaltigkeitssäule "Ökonomie") - ÖSR schadet Wirtschaft und Umwelt - Ökologische und wirtschaftliche Ziele sind nicht ohne weiteres zu verbinden 	<ul style="list-style-type: none"> - Priorität auf Umweltschutz; dazu Kopplung der Nachhaltigkeitssäulen "Ökologie" und "Ökonomie" - ÖSR-Idee gut; aktuelles Gesetz unzureichend - ÖSR zur Modernisierung der Umweltpolitik: durch Anpassung an nicht sichtbare, globale Probleme 	<ul style="list-style-type: none"> - Priorität auf sozialer Gerechtigkeit und Mitbestimmung (Nachhaltigkeitssäule "Soziales") - ÖSR ist unsozial und hat keine ökologische Lenkungswirkung
	Öffentlicher Diskurs (ÖD)	<ul style="list-style-type: none"> - Diskurs ist unsachlich - Gegenstand ist zu komplex für Diskussion in der Öffentlichkeit - Menschenbild: orientiert an Nutzenmaximierung; politisch ungebildet 	<ul style="list-style-type: none"> - Diskurs konnte bislang die Öffentlichkeit nicht überzeugen - Im Diskurs sollte Expertenwissen vereinfacht an Öffentlichkeit vermittelt werden - Menschenbild: orientiert an Nutzenmaximierung, aber lernfähig 	<ul style="list-style-type: none"> - Diskurs hat bisher kaum in breiter Öffentlichkeit stattgefunden - Bevölkerung hat keine Stimme im Diskurs - Menschenbild: potentiell reflexiv; demokratiefähig
Prognose	Entwicklung des ÖD	<ul style="list-style-type: none"> - Kritik an ÖSR wird Diskurs mehr und mehr dominieren 	<ul style="list-style-type: none"> - Szenario 1: ÖD ebbt ab, weil ÖSR zur akzeptierten Selbstverständlichkeit wird - Szenario 2: ÖD wird langfristig weiter geführt, weil ÖSR unbedingt notwendig ist und weiterentwickelt werden soll 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Diskurs wird kaum öffentlich stattfinden, weil die Bevölkerung weiterhin keine Stimme im Diskurs haben wird
	Wirksamkeit der ÖSR	<ul style="list-style-type: none"> - Auch zukünftig keine ökologische und arbeitspolitische Lenkungswirkung 	<ul style="list-style-type: none"> - Langfristig wird Lenkungswirkung steigen 	<ul style="list-style-type: none"> - Auch zukünftig keine ökologische und arbeitspolitische Lenkungswirkung
Technologie	Öffentlicher Diskurs (ÖD)	<ul style="list-style-type: none"> - ÖD soll stärker als Fachdiskurs von neutralen Wissenschaftlern geführt werden - Verlagerung der Diskussion auf freiwillige Selbstverpflichtungen und auf internationale Ebene - Aufklärung: Doppelte Dividende als Ideologie entlarven 	<ul style="list-style-type: none"> - Mehr Öffentlichkeitsarbeit & stärkere Einbeziehung von Experten - Akzeptanz schaffen durch Kooperation mit "Verbündeten" - Mehr positive Erfahrungen mit ÖSR ermöglichen - Modernisierung der Umweltpolitik durch ökologische und ökonomische Zielharmonisierung 	<ul style="list-style-type: none"> - Verbreiterung des ÖD durch Einbeziehung der Bevölkerung - Allgemeinere Werte-Diskussion: Wie wollen wir leben? - Problemlösungen erfordern immer den Gesamtzusammenhang der gesellschaftlichen Teilbereiche

Abb. 21: Charakteristische Merkmale der Vorstellungsmuster zum Ökosteuer-Diskurs

8 Diskussion und Ausblick

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der Untersuchung diskutiert. Die Diskussion gliedert sich in vier Hauptbereiche. Zunächst wird die Akteurstypologie, die den Rahmen der Diskursarena steckt, im Licht der Nachhaltigkeit betrachtet. Des Weiteren ist der öffentliche Diskurs als Erfolgsfaktor für den Umweltschutz von Interesse. Danach wird die Rolle sozialwissenschaftlicher Studien - insbesondere die Berücksichtigung alltäglicher Vorstellungsmuster - für die Politikberatung diskutiert. In einem Ausblick werden einige Forschungsfragen angesprochen, die sich aus den Ergebnissen dieser Untersuchung ergeben.

8.1 Die Diskursarena im Licht der Nachhaltigkeit

Die entlang der Prioritätensetzung der drei Nachhaltigkeitssäulen entwickelte Akteurstypologie umreißt eine Diskursarena, innerhalb derer der Ökosteuer-Diskurs stattfindet. Die Typologie weist auf folgende Merkmale des ÖSR-Diskurses hin, auf die ich anschließend jeweils kurz eingehen möchte:

- Das Leitbild der Nachhaltigkeit wird zwar grundsätzlich von den Akteuren unterstützt. Das Denken und Handeln im Ökosteuer-Diskurs wird aber jeweils durch die maßgebliche Orientierung an nur einer der Säulen Ökologie, Ökonomie und Soziales dominiert.
- Der öffentliche Diskurs umfaßt ein recht enges politisches Spektrum. Innerhalb dessen ist dieser aber stark polarisiert.
- Die Homogenisierung des politischen Spektrums eröffnet neue Möglichkeiten für die Umweltpolitik, birgt aber auch die Gefahr der Entstehung einer politischen "Monokultur".

Die Idee der nachhaltigen Entwicklung durchdringt die Praxis nicht

Eine Meinungsumfrage besagt, daß 1998 erst 15 Prozent der deutschen Bevölkerung von dem Begriff der "nachhaltigen Entwicklung" gehört haben (BMU, 1998, S. 78). Erwartungsgemäß ist das bei den befragten Umweltexperten anders. Die befragten Akteure scheinen mit dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung sehr vertraut zu sein und beanspruchen es auch als Leitbild für ihr politisches Handeln. Die hier entwickelte Akteurstypologie verdeutlicht jedoch, daß das umweltpolitische Denken und Handeln der Akteure nicht durch eine gleichberechtigte, vernetzte Berücksichtigung der drei Nachhaltigkeitssäulen geprägt ist. Vielmehr läßt sich aus den Vorstellungsmustern der einzelnen Akteure jeweils eine dominante Perspektive rekonstruieren, die durch eine der Säulen bestimmt wird.

Dementsprechend laufen die Vorstellungen der Akteure im öffentlichen Diskurs auseinander, obwohl sich verbal wahrscheinlich alle Akteure auf das gemeinsame Leitbild der Nachhaltigkeit einigen könnten. Wir haben es also mit einem politischen Diskurs zu tun, der durch eine homogene politische Zielsetzung bestimmt zu sein scheint und zugleich durch eine starke Polarisierung zwischen seinen Akteuren geprägt ist. Bei genauerer Betrachtung liegen aber die Zielharmonie und die Polarisierung nicht auf der gleichen Ebene. Wird nach dem Leitbild der Nachhaltigkeit als Ganzem gefragt, so liegt eine Zielharmonie insofern vor, als die Akteure eine zukunftsbeständige Entwicklung in allen drei Politikbereichen befürworten. Werden aber die Vorstellungen spezifischer auf die drei einzelnen Nachhaltigkeitssäulen und deren reziproken Zusammenhänge untersucht, zeigt sich eine unterschiedliche Zielhierarchie zwischen den Akteurs-Typen. Während innerhalb der "win-win - Rationalität" die Priorität auf dem Umweltschutz liegt und die Bereiche Ökonomie und Soziales erst an zweiter und dritter Stelle folgen, stehen für die beiden anderen Typen die wirtschaftliche Entwicklung bzw. die soziale Gerechtigkeit und Demokratisierung an erster Stelle. Die Vorstellungen der Akteure scheinen die Säulen der Nachhaltigkeit eher im hierarchischen als im integrativen Zusammenhang zu sehen. Anhand dieser divergierenden Zielhierarchien entfachen sich dann auch die Kontroversen im Ökosteuer-Diskurs. Interessensgruppen sehen jeweils ihr favorisiertes Ziel gefährdet, wodurch der Diskurs polarisiert wird.

Polarisierung im enger werdenden politischen Spektrum

Am stärksten polarisiert ist die Debatte zwischen Akteuren der "Wachstums-Rationalität" und der "win-win - Rationalität". Das ist damit zu erklären, daß diese beiden Typen sich auch mit hoher Aktivität und sogar mit "Herzblut" in diesem Politikfeld engagieren. Innerhalb der "Wachstums-Rationalität" wird das Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung als durch den Umweltschutz gefährdet gesehen. Die Akteure der "Wachstums-Rationalität" haben eine aktiv gestaltende Rolle im Ökosteuer-Diskurs und sind in der Öffentlichkeit sehr präsent. Der "win-win" - Typ hält den Umweltschutz für eine Notwendigkeit zur Sicherung der menschlichen Lebensgrundlage, hat den ÖSR-Diskurs selbst angestoßen und sich den ökologischen Umbau der Gesellschaft mit Hilfe der ÖSR als eines der primären Politikziele gesetzt. Der Austausch im öffentlichen Diskurs wird mit Begriffen wie *"festgefahrene Positionen"* und *"in den Schützengraben zurückgezogen"* beschrieben.

Die "egalitäre Rationalität" dagegen spielt eine marginalisierte Rolle im Ökosteuer-Diskurs. Die systemkritische Position dieses Typs macht ihn in der Öffentlichkeit nicht

populär. Ein kritisches Verhältnis zur Marktwirtschaft und sein Bemühen um Basisdemokratie stehen der allgemeinen Entwicklung der politischen Landschaft entgegen. Seine Vertreter machen die schwächste Gruppe im öffentlichen Diskurs aus. Sie bringen sich zwar auch in den öffentlichen Diskurs ein, das Thema ÖSR scheint für sie aber neben anderen politischen Schwerpunkten eher ein Nebenschauplatz zu sein. Somit bilden zwar die Inhalte der "egalitären Rationalität" einen weiteren politischen Pol, dieser spielt aber im öffentlichen Diskurs eine untergeordnete Rolle. Somit tritt mit diesem Typus auch der soziale Aspekt der ÖSR in der Debatte insgesamt in den Hintergrund. Historisch läßt sich das beispielsweise auch am teilweisen Ausschluß sozialer Diskursstränge aus dem Ökosteuer-Diskurs festmachen. Während noch in den 70er Jahren ein ÖSR-Konzept diskutiert wurde, das die weltweite soziale Gerechtigkeit konzeptionell mit einbezog, ist von diesem weiten Konzept im neueren Ökosteuer-Diskurs nichts mehr zu vernehmen. Vor dem Hintergrund, daß die industrialisierten Staaten den Großteil der natürlichen Ressourcen verbrauchen, war die Idee damals, das Aufkommen aus der Umwelt-Besteuerung für eine Art "automatisierte Entwicklungshilfe" zu verwenden, um so einen sozialen Ausgleich zwischen dem Norden und dem Süden zu schaffen.³⁰

Die Randstellung der Säule Soziales verengt das politische Spektrum des Ökosteuer-Diskurses. Dazu tragen noch weitere Aspekte bei. Der Ökosteuer-Diskurs ordnet sich am stärksten um die Nachhaltigkeitssäule Ökonomie an. Besonders die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland führt dazu, daß die wirtschaftliche Entwicklung als außerordentlich wichtig wahrgenommen wird. Wirtschaftswachstum wird weiterhin als der maßgebliche Weg zur Schaffung von Arbeitsplätzen angesehen.

Der Bereich Ökologie hat dagegen in der Debatte einen schwächeren Stand. Die Lösung der Umweltprobleme hat in der öffentlichen Wahrnehmung an Wichtigkeit verloren. Hinzu kommt, daß die Umweltbewegung sich in einer Neuorientierung befindet. Die Zeit der basisdemokratisch orientierten und systemkritischen "Ökos" der 70er Jahre ist vorbei. Der Übergang zum modernen Umweltschützer, der mit win-win-Strategien und Marktlösungen die globalen Umweltprobleme angeht, ist aber noch nicht vollzogen. Dieser moderne Umweltschützer leidet noch unter Glaubwürdigkeitsproblemen in der Öffentlichkeit. Einem Umweltschützer haftet noch immer das Bild des "Öko-Fundamentalisten" an, während er sich in der Praxis aber als Realpolitiker um marktwirtschaftlichen Respekt bemüht. Dieser

³⁰ Es sei angemerkt, daß eine solche "Entwicklungshilfe" wohl kaum eine Lösung für das Ausbeutungsverhältnis zwischen Norden und Süden bedeuten kann. Für diesen Kontext ist aber die geschichtliche Entwicklung des

Akzeptanzverlust führte auch im Ökosteuer-Diskurs dazu, daß die arbeitspolitische meist über die umweltpolitische Argumentation dominierte.

Der moderne Umweltschützer ist im Typ "win-win - Rationalität" beschrieben. Es wäre interessant, diesen Typus weiter zu untersuchen und den derzeitigen Transformationsprozeß der Umweltbewegung stärker zu beleuchten.

Chancen und Risiken der Kopplung von Ökonomie und Ökologie in der modernen Umweltpolitik

Das politische Spektrum im Umwelt-Diskurs ist auch insofern enger geworden, als der moderne Umweltschützer sich der Perspektive annähert, die stärker die ökonomische Nachhaltigkeitssäule in den Vordergrund stellt. Diese Annäherung ist dann im Sinne der nachhaltigen Entwicklung als Chance zu werten, wenn es dem modernen Umweltschützer gelingt, die Bereiche Ökologie und Ökonomie wirklich zu integrieren - wie es ja mit der ÖSR versucht wird. Die Kooperation von ehemals verfeindeten Interessensgruppen würde dann denkbar.

Die Annäherung birgt aber auch die Gefahr, daß die eine Priorität durch die andere ausgetauscht werden könnte und Umweltpolitik stärker unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen als unter dem der nachhaltigen Entwicklung betrieben würde.

In jedem Fall läßt sich schon jetzt eine Homogenisierung der Akteurs-Vorstellungen beobachten. Mary Douglas (vgl. Douglas & Wisldavsky, 1993) beschreibt in ihrer Kulturtheorie die Existenz einer pluralistischen politischen Landschaft als notwendig für eine funktionierende Gesellschaft. Demnach fällt eine unbedingt notwendige gesellschaftskritische Instanz weg, wenn sich eine soziale Bewegung - wie die Umweltbewegung - an das Machtzentrum im inneren des Gesellschaftssystems anschließt. Anschließend an diese Argumentation stellt sich also nicht nur die Frage, ob in Zukunft die Säulen der Nachhaltigkeit tatsächlich integriert oder nur die eine auf Kosten der anderen ausgetauscht wird. Sondern ebenso sollte grundsätzlich hinterfragt werden, ob der integrative Ansatz der nachhaltigen Entwicklung nicht grundsätzlich die Gefahr birgt, eine politische "Monokultur" zu befördern, die nach Douglas das Funktionieren der Gesellschaft gefährdet.

Bezüglich des Ökosteuer-Diskurses legt die hier entwickelte Typologie nahe, daß die Einigung im Falle des aktuellen ÖSR-Gesetzes weniger aufgrund der Integration von Ökologie, Ökonomie und Sozialem zustande gekommen ist, sondern eher durch die

ÖSR-Konzeptes ein interessantes Beispiel für die Marginalisierung der Nachhaltigkeitssäule Soziales im Ökosteuer-Diskurs.

Beschränkung des Nachhaltigkeits-Konzeptes auf die Bereiche Ökonomie und Ökologie. Positiv betrachtet ist mit dieser zusammenhängenden Betrachtung der Bereiche Ökologie und Ökonomie ein Schritt in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung gemacht worden. Negativ interpretiert ist der politische Diskurs durch den Ausschluß der Säule Soziales verengt worden.

8.2 Der öffentliche Diskurs als Erfolgsfaktor für den Umweltschutz

Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung zeigen, daß sich die befragten Akteure über die Relevanz des öffentlichen Diskurses für die Implementierung und Wirkung der ÖSR einig sind (vgl. Abb. 19 in Kap. 7). Die Stimmungen aus dem öffentlichen Diskurs werden von den Verantwortlichen sensibel aufgenommen und beeinflussen die politischen Entscheidungen.

Die hier vorgenommene Systematisierung des Ökosteuer-Diskurses erlaubt die Offenlegung einiger Probleme bei der Implementierung des Instrumentes. Es dürfte deutlich geworden sein, daß die Schwierigkeiten bei der Einführung und die Unzulänglichkeit bei der Wirkung der ÖSR nicht allein auf mangelhafte und widersprüchliche (wirtschafts)wissenschaftliche Modelle zurückzuführen sind. Die Implementierung scheint ebenso durch den öffentlichen Diskurs beeinflusst zu sein, der von meinungsbildenden Akteuren geprägt ist, deren Handeln in der Öffentlichkeit von sehr unterschiedlichen subjektiven Vorstellungen geleitet wird.

Ein Problem des öffentlichen Diskurses scheint die recht geringe und meist unsystematische Reflexion dieses Diskurses auf Seiten der Akteure zu sein. In den Interviews lenkten die Befragten häufig vom Thema des öffentlichen Diskurses schnell zurück zu technischen Fragen des ÖSR-Konzept, zu denen sie über Expertenwissen verfügten. Der öffentliche Diskurs erscheint weniger "handfest" und wird eher über alltägliche Vorstellungsmuster erklärt. Das wissenschaftliche Wissen, das für die Ergänzung subjektiver Erklärungen genannt wurde, war auf Ergebnisse aus Bevölkerungsumfragen zur ÖSR beschränkt.

Ein weiteres Problem ist, daß die Akteursgruppen den öffentlichen Diskurs zwar alle für relevant halten, aber nicht übereinstimmend für wünschenswert. Die Idealvorstellungen reichen innerhalb der "Wachstums-Rationalität" bis zum Ausschluß der Öffentlichkeit von politischen Entscheidungen. Die "egalitäre Rationalität" dagegen möchte alle Entscheidungen durch die Bevölkerung kontrolliert wissen. So sind nicht nur die Bewertungen des ÖSR-

Konzeptes polarisiert, sondern ebenso die Vorstellungen über die Sinnhaftigkeit des öffentlichen Diskurses.

Es gibt also eine Kluft zwischen der Relevanz, die dem öffentlichen Diskurs zugeschrieben wird, und der Auseinandersetzung mit dem öffentlichen Diskurs als dem politischen Raum, in dem der Erfolg oder Mißerfolg einer umweltpolitischen Maßnahme entschieden wird. Ein grundsätzliches Fazit, daß sich aus der vorliegenden Studie ziehen läßt, ist somit die Forderung nach sozialwissenschaftlicher Begleitung von politischen Prozessen, wodurch die genannte Kluft verringert werden soll.

Bislang ist die sozialwissenschaftliche Betrachtung der alltäglichen Vorstellungen, die den politischen Diskurs prägen, stark vernachlässigt. Zum Beispiel zeigen die in Auftrag gegebenen Studien zur ÖSR eindeutig, daß die ÖSR maßgeblich als wirtschaftswissenschaftliche Herausforderung betrachtet wird. Sozialwissenschaftliche Forschung könnte hier aber einen wertvollen Beitrag zum Verstehen leisten, wie politische Entscheidungen zustande kommen, um auf Grundlage dieses Verstehens die Entscheidungsfindung zu verbessern. Denn die letztendlichen Entscheidungen über das ÖSR-Gesetz scheinen auch nicht sehr nah an den zuvor in Auftrag gegebenen wirtschaftswissenschaftlichen Modellen getroffen worden zu sein (hier sei an das Eingangsbeispiel der 6-Pfennig-Entscheidung erinnert).

Weiter deuten die beruflichen Hintergründe der befragten Akteure darauf hin, daß Umweltschutz weiterhin maßgeblich als naturwissenschaftliches und wirtschaftswissenschaftliches Problem angesehen wird. Das spiegelt sich in der kleinen (nicht repräsentativen) Stichprobe dieser Untersuchung wider und läßt sich leicht durch die Betrachtung weiterer Umweltakteure bestätigen.

Auch auf die wissenschaftliche Bearbeitung von Umweltproblemen könnte man das Leitbild der Nachhaltigkeit anwenden. Das Verständnis von Umweltproblemen bedarf demnach einer interdisziplinären Herangehensweise, die auch den Menschen, der die Umweltprobleme verursacht und der sie lösen muß, mit einbezieht. Doch auch hier ist der Bereich der "Sozial"wissenschaften unterrepräsentiert. Da diese aber einen großen Beitrag zum Verständnis und zur Lösung ökologischer Probleme beitragen können, sei im folgenden die Rolle der Sozialwissenschaften für die Politikberatung angesprochen.

8.3 Die Sozialwissenschaften in der Politikberatung

"[Sociological] findings are resisted on the basis that they are already well known and familiar. Sociology, it is often argued, simply tells us what we already know." (Giddens, 1979, S. 249)

Ein wesentlicher Grund für den Widerstand gegen die Sozialwissenschaften ist die Tatsache, daß die sozialwissenschaftlichen Befunde den Handelnden prinzipiell schon bekannt und vertraut sind - eben weil sie genau auf Grund der Erfahrungen und Beobachtungen agieren, die die Sozialwissenschaftler mühsam rekonstruieren (vgl. Zapf, 1998, S. 509). Das dürfte auch für die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit gelten. Theoretisch ist diese Nähe zwischen wissenschaftlichen Ergebnissen und dem den Handelnden bereits bekannten alltäglichen Wissen schon im Konzept der Subjektiven Theorien angelegt. Was die Sozialwissenschaften für die Umsetzung umweltpolitischer Maßnahmen tun können, ist die Aufdeckung und Systematisierung von Alltagswissen. Subjektive Wissensstrukturen sollen intersubjektiv greifbar gemacht werden. In dieser Arbeit ist vorgeschlagen worden, dieses Alltagswissen insbesondere in bezug auf den öffentlichen Diskurs zu untersuchen. Denn im öffentlichen Diskurs wird das Wissen in rekursiver Interaktion generiert und verändert und an Entscheidungsträger kommuniziert. Die wissenschaftliche Konzeptionierung und die Implementierung eines umweltpolitischen Instrumentes sollte mit diesem Prozeß abgestimmt sein.

Luhmann (1977) spricht in diesem Zusammenhang von der "Verwissenschaftlichung des Alltags". Auf das hiesige Anwendungsfeld bezogen, bedeutete dies die Verwissenschaftlichung des öffentlichen Diskurses zur ÖSR, der maßgeblich durch Alltagsdenken geprägt ist. Galtung (1977, zitiert nach Fietkau, 1981, S. 38) nähert sich dem Problem von der anderen Seite und spricht von einer "Entprofessionalisierung der Sozialwissenschaften". Damit ist gemeint, daß sich die Sozialwissenschaften durch die Ankopplung wissenschaftlicher Konzepte an Alltagskonzepte im alltäglichen Leben verständlicher machen können, weil sich ihre Aussagen an vorhandene Denkstrukturen anknüpfen ließen. Beide Ansätze bemühen sich um die Annäherung von wissenschaftlichem Wissen und Alltagswissen.

Beck und Bonß (1991) bemängeln, daß die "Versozialwissenschaftlichung" der Gesellschaft die Hoffnung auf eine entsprechende Rationalisierung der gesellschaftlichen Problemverarbeitung bislang kaum erfüllt habe, weil "wissenschaftliches" und "subjektives"

Wissen hierarchisch unterschieden wurde. Die Differenz zwischen Wissenschaft und (alltäglicher) Praxis sollte aber nicht hierarchisch, sondern qualitativ gedacht werden. "Denn Wissenschaft bringt nicht notwendig ein besseres oder rationaleres, sondern zunächst einmal ein anderes Wissen" (Beck & Bonß, 1991, S. 418). Somit besteht der Wert der sozialwissenschaftlichen Forschung für die Politikberatung in der Erarbeitung neuer Interpretationen konkreter Praxiserfahrungen.³¹

8.4 Ausblick

In dieser Untersuchung wurden subjektive Vorstellungen von meinungsbildenden Akteuren im Anwendungsfeld des Ökosteur-Diskurses rekonstruiert und systematisiert. Im Zusammenhang mit der ÖSR wäre des weiteren besonders die Untersuchung von subjektiven Vorstellungen von Bürgern von Interesse. Das könnte das Verständnis der Probleme bei der Implementierung der ÖSR wahrscheinlich erheblich erweitern und die hier dargestellten Perspektiven der Akteure in einen weiteren Zusammenhang einordnen.

Die ÖSR ist hier aber nur als ein aktuelles Instrument der Umweltpolitik herausgegriffen worden. Es werden noch viele weitere umweltpolitische Bemühungen von Nöten sein, um der Entwicklung der Umweltkrise zu begegnen. Somit wäre die Betrachtung subjektiver Vorstellungsmuster ebenso bei einer Reihe anderer Themenschwerpunkte im Umweltbereich sinnvoll.

Aus den Ergebnissen dieser Arbeit ergibt sich m. E. insbesondere folgender aufschlußreicher Erkenntnisgegenstand: die Modernisierung der Umweltbewegung. Der Typus der "win-win - Rationalität" liefert einen Ausgangspunkt, von dem aus die Neuorientierung der Umweltschützer zu untersuchen wäre. In dem Zusammenhang interessiert insbesondere die Anwendung, Wirksamkeit und Weiterentwicklung der win-win Strategie.

Damit verbunden ist die Frage nach der Möglichkeit der ge"winn"bringenden Integration der drei Säulen der Nachhaltigkeit. Wird es gelingen, ökologische und ökonomische Ziele für beide Bereiche gleichsam gewinnbringend zu verfolgen? Wird auch die dritte Säule, der soziale Bereich, in solchen Strategien berücksichtigt werden? Und werden sowohl die Akteure als auch die breite Bevölkerung die Idee der nachhaltigen

³¹ Zu bedenken ist bei diesem Konzept der "Verwendungsforschung" immer die Möglichkeit der Manipulation durch die Verbreitung von einseitig interessensgeleiteten Interpretationen.

Entwicklung in ihre subjektiven Theorien integrieren, so daß die Säulen Ökologie, Ökonomie und Soziales tatsächlich in einem interaktiven Zusammenhang gedacht werden?

In dieser Untersuchung ist unter anderem deutlich geworden, daß eine win-win-Strategie schwer durchsetzbar ist, wenn sich die beteiligten Akteure nicht tatsächlich einen Gewinn auf allen gewünschten Seiten vorstellen können. Die win-win-Strategien werden m. E. noch in vielen Fällen scheitern oder nur holprig den Status Quo aufrechterhalten, wenn nicht gleichzeitig die Ambivalenz und in manchen Fällen gar die Unmöglichkeit der Zielharmonisierung mitbetrachtet wird. Eine Umweltpolitik, die auf Marktlösungen setzt und sich davon nicht nur wirtschaftliche, sondern ebenso ökologische Vorteile erhofft, sollte sich daher bemühen, die gesellschaftlichen Entwicklungen positiv und negativ zugleich zu denken, zu einem Denken zu gelangen, das gleichzeitig die nachweisbar unheilvollen Elemente der freien Marktwirtschaft und seine außerordentliche und befreiende Dynamik erfaßt (vgl. Jameson, 1986, S. 92). Die win-win-Strategie der Umweltpolitik fokussiert primär auf die möglichen "Gewinne". Hier sei auf das Eingangszitat dieser Arbeit verwiesen: "A long habit of not thinking a thing *wrong* gives it a superficial appearance of being *right*" (Thomas Paine, 1776, zitiert nach Dowie, 1995, S. 66). Ein Diskurs der versucht immer nur Gewinne in den Vordergrund zu stellen und diese nur als "richtig", nicht auch als "falsch" zu denken, läuft Gefahr, nach einer Illusion zu greifen. Ein solcher Diskurs wird m. E. langfristig in der Öffentlichkeit nicht auf Glaubwürdigkeit stoßen und keine langfristigen Lösungen für die Umweltkrise hervorbringen können. Umweltpolitische Strategien sollten im öffentlichen Diskurs ebenso in ihrer Möglichkeit als Chance, als auch in ihrer Möglichkeit als Risiko vermittelt werden. Denn auch eine Strategie, die für mehr als eine Interessensgruppe gewinnbringend ist, mag immer noch andere Interessensbereiche vernachlässigen. Das Dilemma im Umweltschutz wird bleiben, daß das Zielkriterium nicht der Gewinn möglichst vieler beteiligter Interessensgruppen sein kann, sondern einen ökologischen und somit gesamtgesellschaftlichen Gewinn erfordert.

9 Zusammenfassung

Auf dem Hintergrund alltagstheoretischer Konzepte wurden subjektive Vorstellungen von meinungsbildenden Akteuren zum Konzept und zum öffentlichen Diskurs der ökologischen Steuerreform untersucht. Ziel der Untersuchung war, die subjektiven Erklärungen, Prognosen und Handlungsvorstellungen der Akteure zu rekonstruieren und auf dieser Grundlage den öffentlichen Diskurs zu systematisieren.

Mit 19 Akteuren aus den relevanten gesellschaftlichen Akteursgruppen wurden leitfadensorientierte Interviews geführt. Die subjektiven Vorstellungen wurden zunächst für die Einzelfälle rekonstruiert. Zentrale inhaltliche Dimensionen wurden herausgearbeitet und die Fälle anhand dieser verglichen und gruppiert. Aus den Akteursgruppen wurden drei Idealtypen entwickelt, die als "Wachstums-Rationalität", "win-win - Rationalität" und "egalitäre Rationalität" bezeichnet werden.

Es zeigt sich, daß sich die Rationalitäten an den drei Säulen des Leitbildes der Nachhaltigkeit - Ökonomie, Ökologie und Soziales - orientieren. Die drei Bereiche werden aber weniger integrativ, als vielmehr in einer Zielhierarchie gedacht. Während es bereits starke Bemühungen gibt ökologische und ökonomische Ziele zu verbinden, wird insbesondere der Bereich Soziales im Diskurs vernachlässigt.

10 Literatur

- Alemann, U. von (1987). *Organisierte Interessen in der Bundesrepublik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Apel, K. D. (1964/65). Die Entfaltung der 'Sprachanalytischen Philosophie' und das Problem der 'Geisteswissenschaften'. *Philosophisches Jahrbuch* 72.
- Barthels, M. (1991). *Subjektive Theorien über Alkoholismus. Versuch einer verstehend-erklärenden Psychologie des Alkohols*. Münster: Aschendorff.
- Beck, U., Bonß, W. (1991). Verwendungsforschung - Umsetzung wissenschaftlichen Wissens. In U. Flick, E. von Kardorff, H. Keupp, L. von Rosenstiel, S. Wolff (Hrsg.), *Handbuch qualitative Sozialforschung: Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen* (S. 416-419). München: Psychologie Verlags Union.
- Berger, P. L., Luckmann, T. (1980). *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Bergold, J. B., Flick, U. (1987a). Die Sicht des Subjekts verstehen: Eine Einleitung und Standortbestimmung. In J. B. Bergold, U. Flick (Hrsg.), *Ein-Sichten. Zugänge zur Sicht des Subjekts mittels qualitativer Forschung* (S. 1-18). Tübingen: DGVT.
- Bergold, J. B., Flick, U. (Hrsg.) (1987b). *Ein-Sichten. Zugänge zur Sicht des Subjekts mittels qualitativer Forschung*. Tübingen: DGVT.
- Biedermann, C. (1989). Subjektive Führungstheorien: die Bedeutung guter Führung für Schweizer Führungskräfte. In *Schriftenreihe des Instituts für Betriebswirtschaft, Wirtschaftswissenschaftliches Zentrum an der Universität Basel* (Bd. 16). Bern: Haupt.
- Binswanger, H. C., Frisch, H., Nutzinger, H. G., Schefold, B., Scherhorn, G., Simonis, U. E., Strümpel, B. (1983). *Arbeit ohne Umweltzerstörung: Strategien für eine neue Wirtschaftspolitik*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Binswanger, H. C., Geissberger, W., Ginsburg, T. (Hrsg.) (1979). *Wege aus der Wohlstandsfalle - Der NAWU-Report: Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung*. Frankfurt/M.: Fischer.
- BMU - Bundesministerium für Umwelt (Hrsg.) (1996). *Umweltbewußtsein in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage 1996*. Berlin.
- BMU - Bundesministerium für Umwelt (Hrsg.) (1998). *Umweltbewußtsein in Deutschland 1998. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage*. Berlin.
- Bohnsack, R. (1992). Dokumentarische Interpretation von Orientierungsmustern. Verstehen-Interpretieren-Typenbildung in wissenssoziologischer Analyse. In M. Meuser, R. Sackmann (Hrsg.), *Analyse sozialer Deutungsmuster. Beiträge zur empirischen Wissenssoziologie* (S. 139-160). Pfaffenweiler: Centaurus.
- Bortz, J., Döring, N. (1995). *Forschungsmethoden und Evaluation*. Berlin: Springer.
- Brinkmann, C., Deeke, A., Völkel, B. (Hrsg.) (1995). Experteninterviews in der Arbeitsmarktforschung. Diskussionsbeiträge zu methodischen Fragen und praktischen Erfahrungen. *Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit Nürnberg, BeitrAB 191*.

- Dann, H.-D. (1983). Subjektive Theorien: Irrweg oder Forschungsprogramm? Zwischenbilanz eines kognitiven Konstrukts. In L. Montada, K. Reusser, G. Steiner (Hrsg.), *Kognition und Handeln* (S. 77-92). Stuttgart: Klett-Cotta.
- Deeke, A. (1995). Experteninterviews - ein methodologisches und forschungspraktisches Problem. In C. Brinkmann, A. Deeke, B. Völkel (Hrsg.), *Experteninterviews in der Arbeitsmarktforschung. Diskussionsbeiträge zu methodischen Fragen und praktischen Erfahrungen. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit Nürnberg, BeitrAB 191*.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (1996). Antrag auf Einstieg in eine ökologisch-soziale Steuerreform. *BT-Drucksache, 13/3555*.
- Dexter, L. A. (1970). *Elite and Specialized Interviewing*. Evanston: Northwestern University Press.
- DIW - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (1994). *Ökosteuer - Sackgasse oder Königsweg? - Gutachten im Auftrag von Greenpeace*. Berlin.
- Dorsch, F. (1994). *Dorsch Psychologisches Wörterbuch* (12. Aufl.). Bern: Huber.
- Douglas, M., Wildavsky, A. (1993). Risiko und Kultur. In W. Krohn, G. Krücken (Hrsg.), *Riskante Technologien: Reflexion und Regulation. Einführung in die sozialwissenschaftliche Risikoforschung* (S. 113-137). Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Dowie, M. (1995). *Losing Ground: American Environmentalism at the Close of the Twentieth Century*. Cambridge: MIT Press.
- Esser, H. (1996). *Soziologie. Allgemeine Grundlagen*. Frankfurt/M: Campus.
- Fietkau, H.-J. (1981). Sozialforschung und Alltagserwartung. In H.-J. Fietkau, D. Görnitz (Hrsg.), *Umwelt und Alltag in der Psychologie* (S. 25-40). Weinheim: Beltz.
- Flick, U. (1987). Das Subjekt als Theoretiker? Zur Subjektivität Subjektiver Theorien. In J. B. Bergold, U. Flick (Hrsg.), *Einsichten. Zugänge zur Sicht des Subjekts mittels qualitativer Forschung* (S. 125-134). Tübingen: DGVT.
- Flick, U. (1998). *Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Fritz, P., Huber, J., Levi, H. W. (1995). Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung als neue Etappe der Suche nach einem umweltverträglichen Entwicklungsmodell der modernen Gesellschaft. In P. Fritz, J. Huber, H. W. Levi (Hrsg.), *Nachhaltigkeit in naturwissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Perspektive* (S. 7-16). Stuttgart: Wissenschaftliche Verlags Gesellschaft.
- Furnham, A. F. (1988). *Lay Theories. Everyday Understanding of Problems in the Social Sciences*. Oxford: Pergamon Press.
- Gerhardt, U. (1991a). *Gesellschaft und Gesundheit. Begründung der Medizinsoziologie*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Gerhardt, U. (1991b). Typenbildung. In U. Flick, E. von Kardorff, H. Keupp, L. von Rosenstiel, S. Wolff (Hrsg.), *Handbuch qualitative Sozialforschung: Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen* (S. 435-439). München: Psychologie Verlags Union.
- Giddens, A. (1979). *Central Problems in Social Theory*. London: Macmillan Press.

- Glaserfeld, E. von. (1992). Konstruktion der Wirklichkeit und des Begriffs der Objektivität. In H. Gumin, H. Meier (Hrsg.), *Einführung in den Konstruktivismus* (S. 9-39). München: Piper.
- Groeben, N. (1986). *Handeln, Tun, Verhalten als Einheiten einer verstehend-erklärenden Psychologie: wissenschaftstheoretischer Überblick und Programmwurf zur Integration von Hermeneutik und Empirismus*. Tübingen: Francke.
- Groeben, N., Scheele, B. (1977). *Argumente für eine Psychologie des reflexiven Subjekts: Paradigmawechsel vom behavioralen zum epistemologischen Menschenbild*. Darmstadt: Steinkopff.
- Groeben, N., Wahl, D., Schlee, J., Scheele, B. (1988). *Forschungsprogramm Subjektive Theorien. Eine Einführung in die Psychologie des reflexiven Subjekts*. Tübingen: Francke.
- Grothmann, Torsten. (1999). *Ökologisches Verantwortungsbewußtsein am Arbeitsplatz: Welche Rolle spielen Emotionen? Unveröffentlichte Diplomarbeit, Institut für Arbeits-, Organisations, und Gesundheitspsychologie, Freie Universität Berlin*.
- Habermas, J. (1968). *Erkenntnis und Interesse*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Habermas, J. (1969). *Technik und Wissenschaft als 'Ideologie'*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Heins, B. (Hrsg.) (1998). *Ökosteuern auf dem Prüfstand der Nachhaltigkeit*. Berlin: Analytica.
- Hoff, E.-H. (1985). Datenerhebung als Kommunikation: Intensivbefragung mit zwei Interviewern. In G. Jüttemann (Hrsg.), *Qualitative Forschung in der Psychologie: Grundfragen, Verfahrensweisen, Anwendungsfelder* (S. 161-186). Weinheim: Psychologie Verlags Union.
- Hoff, E.-H. (1992). *Arbeit, Freizeit und Persönlichkeit. Wissenschaftliche und alltägliche Vorstellungsmuster*. Heidelberg: Asanger.
- Hoffmann, C., Fietkau, H.-J. (1998). Subjektive Theorien von Diskursgestaltern zur Beeinflussung von Entscheidungsträgern durch unterschiedliche Diskursformen am Beispiel Transrapid. *Forschungsbericht des Wissenschaftszentrums Berlin*.
- Homburg, A. (1995). Subjektive Vorstellungen zur Umweltkrise. Eine empirische Studie zum Umweltbewußtsein. *Bericht des Forschungszentrums Jülich; Jül-3153*.
- Homburg, A., Matthies, E. (1998). *Umweltpsychologie: Umweltkrise, Gesellschaft und Individuum*. Weinheim: Juventa.
- Huber, G. L., Mandl, H. (1982). Verbalisationsmethoden zur Erfassung von Kognitionen im Handlungszusammenhang. In G. L. Huber, H. Mandl (Hrsg.), *Verbalisationsmethoden. Anwendungsmöglichkeiten in Erziehungswissenschaft und Pädagogischer Psychologie* (S. 11-42). Weinheim: Psychologie Verlags Union.
- Humpert, W. (1983). Erfassbarkeit und Erfassung subjektiver Theorien: zum allgemeinen Stand der Diskussion. In H.-D. Dann, W. Humpert, F. Krause, K.-C. Tennstädt (Hrsg.), *Analyse und Modifikation subjektiver Theorien von Lehrern. Ergebnisse und Perspektiven eines Kolloquiums. Zentrum für Bildungsforschung, SFB 23, Forschungsbericht 43*. Konstanz.
- Infas Sozialforschung. (1995). Einstellungen und Meinungen zur Einführung einer Öko-Steuer im Verkehr. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung im Bundesgebiet. In Daimler-Benz AG / Deutsches Verkehrsforum e. V. (Hrsg.), *Ökosteuer -*

- Kostenwahrheit oder Etatsanierung?* Stuttgart/Bonn.
- Inglehart, R. (1977). *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Jaeggi, E., Faas, A., Mruck, K. (1998). Denkverbote gibt es nicht! Vorschlag zur interpretativen Auswertung kommunikativ gewonnener Daten. *Forschungsbericht aus der Abteilung Psychologie am Institut für Sozialwissenschaften der Technischen Universität Berlin, Nr. 98-2*.
- Jameson, F. (1986). Postmoderne - zur Logik der Kultur im Spätkapitalismus. In A. Huysen, K. R. Scherpe (Hrsg.), *Postmoderne. Zeichen eines kulturellen Wandels* (S. 45-102). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Kallenbach, C. (1996). *Subjektive Theorien. Was Schüler und Schülerinnen über Fremdsprachenlernen denken*. Tübingen: Narr.
- Kardorff, E. von. (1991). Qualitative Sozialforschung - Versuch einer Standortbestimmung. In U. Flick, E. von Kardorff, H. Keupp, L. von Rosenstiel, S. Wolff (Hrsg.), *Handbuch qualitative Sozialforschung: Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen* (S. 3-8). München: Psychologie Verlags Union.
- Kelle, U., Kluge, S. (1999). *Vom Einzelfall zum Typus: Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Keller, R. (1997). Diskursanalyse. In R. Hitzler, A. Honer (Hrsg.), *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik* (S. 309-334). Opladen: Leske + Budrich.
- Keller, R. (1998). Zum methodischen Vorgehen bei der Diskursanalyse am Beispiel der Umweltpolitik. *Vortrag für die Arbeitstagung "Diskursanalysen und politisches Lernen" der Ad-hoc-Gruppe "Politik und Kognition" der DVPW vom 30.10. bis 1.11.1998 in Hamburg*. Internet: <http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/Soz/PolKog/keller.htm>.
- Keller, R., Poferl, A. (1998). Vergesellschaftete Natur - Öffentliche Diskurse und soziale Strukturierung. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Cultural Theory. In K.-W. Brand (Hrsg.), *Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven* (S. 117-144). Opladen: Leske + Budrich.
- Kelly, G. A. (1955). *The Psychology of Personal Constructs*. New York: Norton.
- Kleining, G. (1995). *Lehrbuch entdeckende Sozialforschung. Band 1*. Weinheim: Psychologie Verlags Union.
- Kluge, S. (1999). *Empirisch begründete Typenbildung. Zur Konstruktion von Typen und Typologien in der qualitativen Sozialforschung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Kluwe, R. H. (1990). Gedächtnis und Wissen. In H. Spada (Hrsg.), *Lehrbuch Allgemeine Psychologie* (S. 115-188). Bern: Huber.
- Kopfmüller, J. (1995). Ungelöste Probleme der Sustainability-Leitidee. In P. Fritz, J. Huber, H. W. Levi (Hrsg.), *Nachhaltigkeit in naturwissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Perspektive* (S. 105-114). Stuttgart: Wissenschaftliche Verlags Gesellschaft.
- Krebs, C., Reiche, D. (1998). Vier Typen, drei Optionen. Die ÖSR im gesellschaftlichen Diskurs der Bundesrepublik - ein historischer Abriß. In *Politische Ökologie* (Bd. 56, S. 24-27). München: Ökom.

- Krebs, C., Reiche, D. (1999). Zur Geschichte der Ökologischen Steuerreform: Aufstieg, Restriktionen, und Durchsetzung eines umweltpolitischen Themas. *Unveröffentlichtes Manuskript einer Dissertation an der Universität Hannover, Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften*.
- Krebs, C., Reiche, D., Rocholl, M. (1998). *Die Ökologische Steuerreform: was sie ist, wie sie funktioniert, was sie uns bringt*. Berlin: Birkhäuser.
- Kretschmer, E. (1967/1921). *Körperbau und Charakter. Untersuchungen zum Konstitutionsproblem und zur Lehre von den Temperamenten* (25. Aufl.). Berlin: Springer.
- Kriz, J., Lück, H. E., Heidbrink, H. (1996). *Wissenschafts- und Erkenntnistheorie*. Opladen: Leske + Budrich.
- Kuckartz, U. (1988). Computer und verbale Daten. Chancen zur Innovation sozialwissenschaftlicher Forschungstechniken. In *Europäische Hochschulschriften, Reihe 22, Soziologie, Bd. 173*. Frankfurt/M.: Peter Lang.
- Kuckartz, U. (1995). Case-Oriented Quantification. In U. Kelle (Hrsg.), *Computer-Aided Qualitative Data Analysis. Theory, Methods, and Practice* (S. 158-166). London: Sage.
- Lafontaine, O. (1999). *Das Herz schlägt links*. München: Econ.
- Lamnek, S. (1993a). *Qualitative Sozialforschung. Band 1: Methodologie* (2. Aufl.). Weinheim: Psychologie Verlags Union.
- Lange, H. (2000). Das Leitbild der Nachhaltigkeit als Schlüssel zum Umwelthandeln? In H. Heid, E.-H. Hoff, Klaus Rodax (Hrsg.), *Ökologische Kompetenz. Jahrbuch Bildung und Arbeit 1998* (S. 51-66). Opladen: Leske + Budrich.
- Laucken, U. (1974). *Naive Verhaltenstheorie*. Stuttgart: Klett.
- Lecher, T., Hoff, E.-H., Distler, E., Jancer, M. (1992). Zur Erfassung des ökologischen Verantwortungsbewußtseins. Ein Interviewleitfaden mit Erläuterungen. In *Berichte aus dem Bereich "Arbeit und Entwicklung", Nr. 1*. Berlin: Freie Universität, Psychologisches Institut.
- Legewie, H. (1997). Globalauswertung. Arbeitsanleitung zur systematischen Auswertung transkribierter Interviews und ähnlicher Texte. *Forschungsbericht im ATLAS-Archiv, Institut für Sozialwissenschaften, Fachgebiet Psychologie, Technische Universität Berlin*.
- Lück, H. E. (1991). *Geschichte der Psychologie*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Luhmann, N. (1977). Theoretische und praktische Probleme der anwendungsorientierten Sozialwissenschaft. In Wissenschaftszentrum Berlin (Hrsg.), *Interaktion von Wissenschaft und Politik* (S. 16-39). Frankfurt/M.: Campus.
- Mandl, H., Huber, G. L. (1982). Subjektive Theorien von Lehrern. *Forschungsbericht 18, Deutsches Institut für Fernstudien an der Universität Tübingen*.
- Mandler, G. (1975). *Mind and Emotion*. New York: John Wiley.
- Mayring, P. (1988). *Qualitative Inhaltsanalyse*. Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Meinecke, M. (1997). Einzelwirtschaftliche Auswirkungen einer Ökologisch-sozialen Steuerreform - untersucht am Beispiel der Quelle Schickedanz AG & Co. und der Vorleistungsbetriebe AEG Hausgeräte GmbH und Klaus Steilmann GmbH & Co. KG.

Schriftenreihe des IÖW, 118/97.

- Meuser, M., Nagel, U. (1991). ExpertInneninterviews - vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In D. Garz, K. Kraimer (Hrsg.), *Qualitativ-empirische Sozialforschung* (S. 441-471). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Meuser, M., Sackmann, R. (1992). Zur Einführung: Deutungsmusteransatz und empirische Wissenssoziologie. In M. Meuser, R. Sackmann (Hrsg.), *Analyse sozialer Deutungsmuster: Beiträge zur empirischen Wissenssoziologie* (S. 9-38). Pfaffenweiler: Centaurus.
- Neppl, R. (1993). *Subjektive Theorien: Spezialbibliographie deutschsprachiger psychologischer Literatur*. Universität Trier: Zentralstelle für Psychologie. Information und Dokumentation.
- Nisbett, R. E., Wilson, T. D. (1977). Telling More Than we can Know: Verbal Reports on Mental Processes. *Psychological Review*, 84 (3), 231-259.
- Nüse, R., Groeben, N., Freitag, B., Schreier, M. (1991). *Über die Erfindung/en des radikalen Konstruktivismus: Kritische Gegenargumente aus psychologischer Sicht*. Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Ortega y Gasset, J. (1994). The Barbarism of "Specialization". In M. Gardner (Hrsg.), *Great Essays in Science* (S. 123-129). New York: Prometheus Books.
- Pigou, A. C. (1920). *The Economics of Welfare*. London.
- Schank, R., Abelson, R. (1977). *Scripts, plans, goals, and understanding: an inquiry into human knowledge structures*. Hillsdale, N.Y.: Erlbaum.
- Scheele, B., Groeben, N. (1988). *Dialog-Konsens-Methoden zur Rekonstruktion Subjektiver Theorien: die Heidelberger Struktur-Lege-Technik (SLT), konsensuale Ziel-Mittel-Argumentation und kommunikative Flussdiagramm-Beschreibung von Handlungen*. Tübingen: Francke.
- Schmölders, G. (1966). *Psychologie des Geldes*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Seel, N. M. (1991). *Weltwissen und mentale Modelle*. Göttingen: Hogrefe.
- Sohr, S., Macpherson, M. (1999). *Forschungsbericht zu einer Delphi-Studie mit ökologischen ExpertInnen und Experten*. Berlin: PSAMRA.
- Spada, H., Mandl, H. (1988). Wissenspsychologie: Einführung. In H. Mandl, H. Spada (Hrsg.), *Wissenspsychologie* (S. 1-16). München: Psychologie Verlags Union.
- Spehr, C. (1996). *Die Ökofalle: Nachhaltigkeit und Krise*. Wien: Promedia.
- Stern, P. C., Dietz, T., Kalof, L. (1993). Value Orientations, Gender and Environmental Concern. *Environment and Behavior*, 25 (3), 322-348.
- Thompson, M., Ellis, R., Wildavsky, A. (1990). *Cultural Theory*. Boulder: Westview Press.
- UPI - Umwelt- und Prognose-Institut Heidelberg (Hrsg.) (1988). Okosteuern als marktwirtschaftliches Instrument - Vorschläge für eine ökologische Steuerreform. *UPI-Bericht Nr.9*.
- Wahl, D., Schlee, J., Krauth, J., Mureck, J. (1983). Naive Verhaltenstheorien von Lehrern. *Abschlußbericht eines Forschungsvorhabens zur Rekonstruktion und Validierung subjektiver psychologischer Theorien*.
- Weber, M. (1968/1904). *Methodologische Schriften*. Frankfurt/M.: Fischer.

- Weizsäcker, E. U. von (1988/89). Plädoyer für eine ökologische Steuerreform. *Scheidewege*, 18, 197-203.
- Weizsäcker, E. U. von (1992). *Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Wiswede, G. (1991). *Einführung in die Wirtschaftspsychologie*. München: E. Reinhardt.
- Witzel, A. (1982). *Verfahren der qualitativen Sozialforschung. Überblick und Alternativen*. Frankfurt/M: Campus.
- Witzel, A. (1985). Das problemzentrierte Interview. In G. Jüttemann (Hrsg.), *Qualitative Forschung in der Psychologie: Grundfragen, Verfahrensweisen, Anwendungsfelder* (S. 227-255). Weinheim: Psychologie Verlags Union.
- Zapf, W. (1998). Zu organisatorischen Problemen der Sozialwissenschaften und der Sozialberichterstattung. In H. P. Galler, G. Wagner (Hrsg.), *Empirische Forschung und wirtschaftspolitische Beratung: Festschrift für Hans-Jürgen Krupp zum 65. Geburtstag* (S. 507-521). Frankfurt/M.: Campus.